PROTOKOLL

über die 30. ordentliche Sitzung des Gemeinderates

der Stadt Steyr

am Donnerstag, 15. November 2007, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER:

Ing. David Forstenlechner

VIZEBÜRGERMEISTER/IN:

Friederike Mach

Gerhard Bremm

Ing. Dietmar Spanring

STADTRÄTE/IN:

Wilhelm Hauser

Gunter Mayrhofer

Walter Oppl

Ingrid Weixlberger

GEMEINDERÄTE:

DI Christian Altmann

Kurt Apfelthaler

Karl Baumgartner

Rudolf Blasi

Dr. Braunsberger-Lechner Birgitta

Harald Dunst

Roman Eichhübl

Ernst Esterle

Ute Fanta

Helga Feller-Höller

Mag. Martin Fiala

Mag. Michaela Frech

Monika Freimund

Ing. Wolfgang Hack

Gerald Hackl

Ing. Franz-Michael Hingerl

Mag. Stephan Keiler LL.M.

Mag. Gerhard Klausberger

Rudolf Kohl

Andreas Kupfer

Hans Payrleithner

Rosa Rahstorfer

Dr. Michael Schodermayr

Rudolf Schröder

Mag. Erwin Schuster

Silvia Thurner

Ursula Voglsam

Eva-Maria Wührleitner

Dr. Helmut Zöttl

VOM AMT:

MD OSR Dr. Kurt Schmidl

MD-Stv. Präs. Dir. SR Dr. Gerhard

Alphasamer

SR Mag. Helmut Lemmerer

Dr. Michael Chvatal

ENTSCHULDIGT:

-

PROTOKOLLFÜHRER:

MD-Stv. Präsidialdirektor

SR Dr. Gerhard Alphasamer

Gabriele Obermair

TAGESORDNUNG:

- 1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG, FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER
- 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN
- 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS
- 4) AKTUELLE STUNDE
- 5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES GEM. § 54 ABS. 3 STS
- 6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 5 der Tagesordnung:

Fin-213/05

Beschaffung eines Einsatzfahrzeuges für den Bergrettungsdienst Österreich.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER ING. FORSTENLECHNER DAVID:

- 1) BauT-55/00 Kleingartenverein Resthof; Subventionierung des Hauptkanalstranges in der Kleingartenanlage.
- 2) Fin-110/07 Nachtragsvoranschlag 2007.
- 3) Präs-752/07 Antrag des Bürgerforums und der ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend sogenanntes „Derflerhaus“, Grünmarkt 25; Ankauf durch die Stadt Steyr.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

- 4) SH-157/07 Sozialhilfekosten; Überschreitung der Budgetmittel.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

- 5) ÖAG-7/07 Verkauf der Liegenschaft EZ 1304; Grundbuch Steyr, an die Reichenpfader Privatstiftung.
- 6) Sport-8/07 Sportehrenzeichenverleihung 2007.
- 7) ÖAG-7/03 Burg Design GmbH; Abschluss eines zweiten Nachtrages zur Optionsvereinbarung vom 23. 7. 2003.

BERICHTERSTATTER STADTRAT WILHELM HAUSER:

- 8) Stw-249/07 Stadtbuss; Preisanpassungsvorschlag per 1. 1. 2008.
- 9) Stw-253/07 Städt. Wasserversorgung – Wassergebühren; Änderung zum 1. 1. 2008

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

- 10) Wi-23/07 Tourismuskommission Steyr; Entsendung von Mitgliedern (Fraktionswahlen!)
- 11) BauT-7/06 Kanalisation Stadt Steyr; Einzugsbereich Gründberg – Spitalsbach, Neubau; Verpflichtungserklärung – Interessentenbeitrag der Stadt.

- 12) K-1/07 Verleihung des Ehrenzeichens „Steyrer Panther 2006“; Auszeichnung der Stadt Steyr für besondere Verdienste in der Denkmalpflege.
- 13) BauGru-59/06 Bebauungsplan Nr. 63 – Jägerberg; Änderung Nr. 1.
- 14) BauGru-55/04 Neuplanungsgebiet Nr. 5 – Hausleiten; Verordnung; 1. Verlängerung.
- 15) BauGru-54/04 Neuplanungsgebiet Nr. 4 – Tiefgarage Werndlpark; 2. Verlängerung.
- 16) BauGru-21/05 Neuplanungsgebiet Nr. 11 – Hofergründe, 1. Verlängerung
- 17) BauGru-9/06 Neuplanungsgebiet Nr. 12 – Glinsnerwiese.
- 18) BauGru-10/06 Neuplanungsgebiet Nr. 13 – Kammermayrstraße.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hoher Gemeinderat, werte Gäste, liebe Vertreter der Medien und der Presse. Ich darf Sie herzlich zur heutigen GR-Sitzung begrüßen. Ich darf feststellen, dass ordnungsgemäß einberufen wurde und dass die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Protokollprüfer sind heute GR Mag. Klausberger Gerhard und GR Eichhübl Roman. Ich sehe, dass der Gerhard Klausberger noch nicht da ist. Bestimmen wir kurzfristig GR Keiler Stephan, als seinen Nachbarn, als Protokollprüfer. Entschuldigt ist heute niemand. Ich nehme an, dass der GR Klausberger dann in den nächsten Minuten auftauchen wird.

Ich komme zu Punkt 2), **Beantwortung von allfälligen Anfragen.**

Frau Gemeinderätin MMag. Frech richtete mit Schreiben vom 7. November folgende Anfrage an mich.

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Gem. § 10 der Geschäftsordnung des Gemeinderates für die Stadt Steyr stelle ich hiermit nachfolgende Anfrage mit der Bitte um Weiterleitung an den zuständigen Referenten und Beantwortung in der Gemeinderatssitzung vom 15. November 2007.

Jahrelang wurde von Mandataren des Gemeinderates immer wieder verlangt, Litfass-Säulen und damit legale Plakatierungsmöglichkeiten für Kulturvereine bzw. Kulturschaffende in Steyr zu errichten.

Jahrelang wurde seitens des jeweiligen Stadtoberhauptes aber stets argumentiert, dass dies aus Gründen des Denkmalschutzes leider nicht möglich wäre, da Litfass-Säulen angeblich nicht ins Steyrer Stadtbild passen. Nun

schießen aber seit einiger Zeit derartige Litfass-Säulen plötzlich wie diese sprichwörtlichen Schwammerln aus dem öffentlichen Steyrer Boden, die - so war im Kulturausschuss zu erfahren - dem Werbering gehören.

In diesem Zusammenhang ergeben sich für mich folgende Fragen:

Frage 1:

Wie viele derartige Litfass-Säulen befinden sich derzeit auf öffentlichem Grund im Steyrer Stadtgebiet? Sind trotzdem noch weitere Litfass-Säulen geplant, wenn ja: wie viele und in welchem Zeitraum?

Frage 2:

Wie hoch sind die jährlichen Einnahmen für die Stadt Steyr im Zusammenhang mit der zur Verfügung stehenden Stellung dieser öffentlichen Flächen an den Werbering? Was ist die konkrete Berechnungsgrundlage für diese Einnahmen? Wie hoch sind die gesamten jährlichen Einnahmen aus den Verträgen mit dem Werbering?

Frage 3:

Wofür werden diese Einnahmen verwendet?

Frage 4:

Was gedenkt die Stadt Steyr zu unternehmen, damit Steyrer Kulturschaffende die Möglichkeit haben, legal zu plakatieren bzw. kostenlos oder zumindest sehr kostengünstig diese Litfass-Säulen zu nutzen?

Frage 5:

Entsprechen diese Litfass-Säulen den Kriterien der Abteilung Altstadterhaltung? Wurde die Abteilung vor der Aufstellung der Säulen überhaupt mit der Thematik befasst? Wenn nein, warum nicht?

Frage 6:

Hat es auch andere Interessenten als den Werbering gegeben, die Interesse an der Aufstellung solcher Litfass-Säulen in Steyr gehabt hätten?

Hiezu kann ich Folgendes berichten:

Einleitend wird darauf hingewiesen, dass gem. § 27 Abs. 2 öö. Bauordnung 1994, LGBl. 66/1994 idgF, die beabsichtigte Errichtung, Anbringung oder wesentliche Änderung von Werbe- oder Ankündigungseinrichtungen - und dazu zählen zweifelsfrei Litfasssäulen - der Baubehörde vor Ausführung des Vorhabens anzuzeigen sind. Nach Auskunft der FA f. Baurechtsangelegenheiten wurde bis dato die Errichtung von insgesamt zehn Litfasssäulen durch die Firma Gutenberg-Werbering Gesellschaft mbH baubehördlich genehmigt.

Diese Standorte befinden sich in der:
Gaswerkgasse (Jugend- und Kulturhaus Röda),
Karl-Punzer-Straße
Wieserfeldplatz
Werner-von-Siemens-Straße
Pachergasse - Johannesgasse,
Bergerweg - Paddlerweg,
Bahnhofstraße (Busbahnhof),
Leopold-Werndl-Straße 3,
Stelzhammerstraße (Stadtsaal),
Kaserngasse - Kreuzung Mozartstraße.

Die FA f. Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung hat im Jahr 2002 ein Konzept für Werbung im Straßenraum mit möglichen Standorten für Werbesäulen erstellt. Bei der Wahl der Standorte war die innerstädtische Wegführung von Fußgängern (Haltestellen, Bahnhof, Parkplatz etc.) entscheidend. Das Standortkonzept wurde von der Firma Werbering aufgegriffen und die eingangs erwähnten 10 Standorte bei der Baubehörde eingereicht. Die Prüfung der Aufstellungsstandorte erfolgte im Zuge des Bauver-

fahrens durch die FA f. Stadtplanung, die FA f. Altstadterhaltung, Denkmalpflege u. Stadterhaltung sowie durch die Behörden, nämlich die FA f. Baurechtsangelegenheiten und die FA f. Verkehrsrecht.

Die Werbesäulen stehen jedem Veranstalter zur Verfügung, die Wartung führt der Werbering durch.

Aus Sicht der FA f. Altstadterhaltung erscheint eine geordnete Plakatierung zweckmäßig, da bei freier Möglichkeit der Plakatierung auf Werbesäulen die Wartung und die Frage der Haftung besondere Probleme beinhalten. Anstelle von freien Werbesäulen ermöglicht die Stadt Steyr die Verwendung von geordneten Werbesäulen. Derzeit besteht die Möglichkeit, Plakate auf den vorgesehenen Säulen zu veröffentlichen. Die Handhabung ist jedoch nicht unentgeltlich, ebenfalls sind Vorgaben über Plakatgrößen einzuhalten.

Die Stadt Steyr hat in privatrechtlicher Hinsicht am 08.10.1993 mit der Firma Gutenberg-Werbering GmbH in Linz eine Vereinbarung zur Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs getroffen, die einerseits die Errichtung von neuen Wartehäuschen vorsieht und andererseits die Verpflichtung für den Werbering enthält, 55 sogenannte Stadtinformationsanlagen aufzustellen. Die Hälfte der vorhandenen Fläche ist für Stadtinformationen gedacht, deren Betreuung dem GB VI, FA f. Kulturangelegenheiten, obliegt und die zweite Hälfte für Werbung der Fa. Werbering.

Der gegenständliche Vertrag sieht vor, dass auf Wunsch der Stadt Steyr diese Stadtinformationsanlagen auch in Form von Litfasssäulen erfolgen können. Sowohl die Festlegung der Standorte als auch das Aussehen der Litfasssäulen wurde festgelegt.

Die Fa. Gutenberg-Werbering GmbH hat im Finanzjahr 2006 im ersten Halbjahr 27.378,01 Euro für Lichtmastwerbung, Großflächenplakate und Kulturplakatierung an die Stadt Steyr abgerechnet. Im zweiten Halbjahr wurde eine Überweisung im Ausmaß von 28.529,17 Euro vorgenommen. Eine Aufteilung hinsichtlich der Litfasssäulen wird von der Fa. Werbering in ihrer Abrechnung nicht vorgenommen. Öffentliche Abgaben wie allenfalls eine Anzeigen- oder Ankündigungsabgabe dürfen aufgrund der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes nicht mehr erhoben werden. Das entsprechende Landesgesetzblatt wurde vor Jahren bereits aufgehoben.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Herr Bürgermeister, da sind einige Frage nicht beantwortet worden. Sie haben erwähnt, dass 50 % der Litfasssäulen die es gibt, 55 Stadtinformationssäulen aufzustellen, 50 % davon darf der Werbering haben. Die Frage war ja, in welchem Zeitraum werden die nächsten Säulen dann folgen und wie ist der Vertrag aus dem Jahr 1993, das ist schon eine Weile her, läuft der bis zum St. Nimmerleinstag?

MAGISTRATSDIREKTOR

OSR DR. KURT SCHMIDL:

Eine Stadtinfo-Anlage ist was anderes als eine Litfass-Säule.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Das sind noch nicht 56. Wo sind die restlichen, wann werden die gemacht?

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Das ist die Frage. Und die andere Frage, die auch nicht beantwortet worden ist: Was gedenkt die Stadt Steyr jetzt zu unternehmen, damit Steyrer Kulturschaffende wirklich die Möglichkeit ha-

ben, legal zu plakatieren, und zwar kostengünstig zu plakatieren.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das passiert ja schon.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Immerhin haben Sie uns gerade erklärt, dass die Stadt 55.000 Euro pro Jahr durch die Litfass-Säulen einnimmt und ich denke mir, die Frage ist legitim, was macht die Stadt, dass auch Steyrer Kulturschaffende kostengünstig plakatieren können.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Also die Kulturschaffenden, soweit ich informiert bin, können jetzt schon kostengünstig plakatieren.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Wo?

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das ist genau festgelegt. Ich kann das jetzt auch nicht genau erklären, so im Detail.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Ich sehe nicht ein, dass die Stadt 55.000 Euro einnimmt ...

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das nimmt sie eh nicht von den Kulturschaffenden alleine ein.

Da können wir noch einmal in einem Ausschuss darüber diskutieren, wie man das ganz genau weiter macht.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Wie lange geht dieser Vertrag noch?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das weiß ich nicht.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Die Frage ist auch nicht beantwortet worden, welche anderen Interessenten gibt es, außer dem Werbering, die auch gerne plakatieren möchten?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Es gibt Interessenten, aber für diesen Fall war das Thema mit Werbering vereinbart.

So, wir kommen zu Punkt 3), **Mitteilungen des Bürgermeisters.**

Marlen Haushofer Literaturpreis

Viele junge Autorinnen und Autoren haben beim heurigen Marlen Haushofer Literatur-Wettbewerb der Stadt Steyr mitgemacht.

Darunter auch mehrere heimische Literaten. Die Gewinner werden am Freitag, 30. November 2007 um 19.00 Uhr im Alten Theater, Promenade 3, von einer hochkarätigen Jury gekürt.

Die Jurorinnen und Juroren sind: Ursula Pasterk (Vorsitzende), Karin Fleischanderl, Lisa Petutschnig, Klaus Stimer, Wolfgang Kodada. Das Thema des Marlen Haushofer Literatur-Wettbewerbs 2007 ist „(Neue) Armut“. Ausgeschrieben hat den Preis, der mit 7.300 Euro dotiert ist, die Stadt Steyr gemeinsam mit der Wiener Städtischen Versicherung, der Sparkasse Oberösterreich, dem Tabor Warenhaus GmbH und der Marlen Haushofer Nachlassverwalterin.

Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage

Die Arbeitslosenquote im Oktober 2007 betrug 3,9 % und ist im Vergleich zum Vormonat um 0,3 % niedriger. Auch gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr verringerte sie sich um 0,3 %.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im Oktober 2007 1.697. Diese verringerte sich gegenüber dem Vormonat um 6,8 % (d.s. 124 Personen) und gegenüber dem Vorjahr verringerte sie sich um 6,0 % (d.s. 109 Personen).

Im Oktober 2007 sind 546 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat um 25 Stellen mehr und gegenüber dem Vorjahr um 76 Stellen weniger.

Ich komme nun zu Punkt 4), „**Aktuelle Stunde**“.

Das Bürgerforum Steyr ersucht um Abhaltung einer „Aktuellen Stunde“ zum Thema „Kulturentwicklung in der Stadt Steyr“.

Ich ersuche nun Frau Mag. Frech um nähere Ausführungen.

GR Mag. Gerhard Klausberger kommt um 14.20 Uhr in die Sitzung.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, ich denke mir die Sache ist relativ bekannt, es geht um das Thema Kulturentwicklung und wie man mit Kultur in Steyr umgeht. Warum „Aktuelle Stunde“? Das Thema Kulturentwicklung selbst ist eines das uns seit Jahrzehnten beschäftigt. Warum „Aktuelle Stunde“? Weil es einen Kulturentwicklungsplan geben hätte sollen den wir heute beschließen hätten sollen und der am Montag öffentlich präsentiert werden hätte sollen. Ja,

die Betonung auf sollen, weil es ist nicht passiert, wie Sie auch auf der Tagesordnung des Gemeinderates entnehmen und alle jene von Ihnen ein Schreiben bekommen haben mit einer lapidaren Absage, dass die Präsentation des Kulturentwicklungsplanes, die für nächsten Montag festgesetzt worden wäre, abgesagt worden ist. Lapidare Begründung: Die Endfassung ist noch nicht ganz fertig und es bedarf noch politischer Diskussionen. Mit einem Schlag hat man hunderte Menschen wieder ausgeladen, nachdem man sie vorher eingeladen hat. Versteht man nicht ganz.

GEMEINDERAT
GERALD HACKL:
Hunderte?

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Ja, es gibt schon hunderte Menschen, weil das waren die ganzen Kulturvereine, die ganzen Kulturinteressenten die auch mitgewirkt haben bei der Entwicklung dieses Planes und dazu gab es ja auch mehrere Workshops. Ich finde es auch eine Sache von Kultur, in diesem Fall von mangelnder Kultur, wie man mit Menschen umgeht in dieser Stadt, indem man zuerst eine Bürgerbeteiligung macht, eine Beteiligung der Kulturinteressierten, der Kulturschaffenden die sich dann auch wirklich dieser Beteiligung stellen, die sich die Zeit nehmen, manche müssen sich Urlaub nehmen, frei nehmen, irgendwie freischaufeln und die sind zu diesen Workshops gekommen. Jeder der bei diesen Workshops war hat gesehen wie vielfältig die Steyrer Kulturszene ist, hat gesehen wie engagiert die Leute dabei waren. Was mich persönlich, das gebe ich ganz offen zu, zum Teil sogar überrascht hat. Positiv überrascht hat, weil ich ja weiß, dass es nicht so ganz einfach ist, weil es viele Frustrationen aus der Vergangenheit gegeben hat. Aber trotzdem war der

Punkt da, dass man gesagt hat, was früher war, was früher und wir fangen neu an und alle waren motiviert dabei. Es ist auch etwas Tolles entstanden. Und jeder der sich diesen Kulturentwicklungsplan durchgelesen hat, und dazu hatte jeder die Gelegenheit, der war im Internet, man konnte über Internet auch seine Meinung dazu kundtun, das war working in progress. Da ist nicht jemand hergegangen und hat was aufs Auge gedrückt. Das ist eine Arbeit von vielen verschiedenen Personen. Jeder da herinnen hat die Möglichkeit etwas zu sagen, lieber Stephan, wenn ihm etwas nicht passt, aber ich würde es auch für ein Zeichen von Kultur halten, dass man jemanden der heraußen steht fertig reden lässt, egal was man von ihm hält oder ob man seine Meinung teilt oder nicht. Redekultur, Gesprächskultur, das würde ich mir auch mehr wünschen. Aber wie gesagt, das zieht sich mitunter über viele Bereiche hindurch.

Und jetzt ist dieser Kulturentwicklungsplan fertig und jetzt stößt man die Leute vor den Kopf. Aber das ist ja irgendwie egal, anscheinend, man kann es ja machen. Ich sage dieses Mal nicht bewusst die SPÖ, weil ich will das gar nicht glauben. Ich will nicht glauben, dass die SPÖ wirklich diesen Kulturentwicklungsplan, wie er hier vorliegt, ablehnt oder mit dem nicht leben kann. Das glaube ich nicht. Ich glaube, dass es einzelne Personen sind die das nicht können. Aber ich bin der festen Überzeugung, dass es viele in der SPÖ gibt die hier heute sitzen, die sehr wohl Kulturverständnis haben, die sich für die Kultur engagieren und die habe ich auch kennen gelernt im Kulturausschuss. Wir haben im Kulturausschuss wirklich ein sehr positives, konstruktives Klima. Auch bei diesen Workshops waren Mandatäre der SPÖ. Und die, die sich da engagiert haben, die da mitgemacht haben, die haben auch die Gelegenheit genutzt

sich einzubringen. Andere haben das nicht getan. Andere haben es vorgezogen im Nachhinein plötzlich zu sagen, aber das gefällt mir nicht und da war ich zuwenig informiert oder sonst etwas. Ich sage bewusst nicht die SPÖ ist Kulturverweigerer. Das wäre falsch, das stimmt nicht. Ich habe die Hoffnung, und ich glaube das auch, dass die Mehrheit in der SPÖ nicht anders denkt. Aber leider setzt sich halt mitunter eine Minderheit durch, die mächtiger ist, machtvoller ist, mit Kultur vielleicht weniger zu tun hat oder auch manches missverstehen wollte. Weil ein Gefühl habe ich schon. 10 Jahre ist es her, der Andy Kupfer wird es mir bestätigen, 1997, das war einer der Aktivitäten die wir gesetzt haben im Kulturausschuss, dass wir gesagt haben, Steyr braucht einen Kulturentwicklungsplan. Im Laufe der Zeit ist es auch gelungen alle anderen zu überzeugen, dass das notwendig und sinnvoll ist. Es gab ja auch einen ersten Anlauf dazu. Nur dieser erste Anlauf ist halt leider kläglich gescheitert. Wir haben trotzdem nicht aufgegeben im Kulturausschuss und versucht, das Ganze noch einmal zum Leben zu erwecken. Es ist auch geglückt und es hat super funktioniert. Das Ergebnis hier zeigt das auch, wie viel an kulturellem Potential in dieser Stadt ist, wie viel Know-how da ist, wie viel Engagement. Nur, ich muss Ihnen ehrlich sagen, ich habe inzwischen den Eindruck gewonnen, aufgrund der Ereignisse der letzten Wochen, dass anscheinend einige hier herinnen wirklich von Anfang an sich gedacht haben, Kulturentwicklungsplan wollen wir ohnedies nicht, wir lassen es zwar zu, dass da jetzt wieder an einem gebastelt wird, aber irgendwie gehen wir davon aus, da kommt eh nichts raus. Aber es ist was rausgekommen. Es haben auch alle Fraktionen diesen Kulturentwicklungsplan so akzeptiert und sich eingebracht. Und plötzlich hat man keine Ausrede mehr, dass man sagen kann,

na schaut her, die einen wollen das nicht und die anderen wollen das nicht, wir haben alle an einem Strang gezogen. Jetzt auf einmal, wo es ernst wird, wo es darum geht auch Farbe zu bekennen - wollen wir Kultur in Steyr? - auf einmal versucht man das Ganze abzuwürgen, die Leute wieder vor den Kopf zu stoßen, zu frustrieren. Will man das wirklich?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das ist Polemik.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Das ist nicht Polemik, Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Na sicher.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
So schlecht kann dieser Kulturentwicklungsplan nicht sein, wenn der Herr Bürgermeister in dem Vorwort, welches es schon gibt, und darum kann er auch nicht so unvollständig sein, weil sonst gäbe es auch noch kein Vorwort, ein Vorwort kann ich machen wenn etwas fertig ist, und da drinnen steht: „Die Autorinnen und Autoren haben eine hervorragende Arbeit abgeliefert, auf deren Basis weiter aufgebaut werden kann und die dazu beitragen wird, dass Steyrer Bürgerinnen und Bürger, sowie die Besucherinnen und Besucher unserer Stadt auch zukünftig ein hochwertiges Kulturleben genießen können“. So schlecht kann das wohl nicht sein.

Eines zur Aufklärung, weil das immer herumgeistert, es ist auch in den Medien zitiert worden, weil es einfach auch vom Rathaus so kommuniziert worden ist, oder von einzelnen Teilen,

dass man diese Präambel nicht unterschreiben könnte, weil diese Präambel rechtlich so verbindlich wäre, dass man aus Verantwortungsbewusstsein so nicht eingehen kann. Das stimmt auch nicht. Es steht ein einziger lapidarer Satz drinnen: „Der politische Rückhalt zeigt sich dabei insbesondere durch die Bekräftigung des eigenständigen und hohen Wertes von Kunst und Kultur sowie durch die ausreichende finanzielle Absicherung der Steyrer Kunst- und Kulturschaffenden“. Mehr ist es nicht. Die ausreichende finanzielle Absicherung. Da heißt es nicht, dass man jemanden vor dem Konkurs rettet, gar nichts. Selbst diese Dinge haben in anderen Bereichen, wir haben heute das Thema „Vorwärts“ wahrscheinlich noch am Tapet, da waren wir bereit, 20 Millionen auszugeben für jemanden der konkursreif ist. Aber hier steht das nicht einmal drinnen. Eine ausreichende finanzielle Absicherung. Ich glaube nicht, dass es jemanden in diesem Raum gibt, der dagegen etwas einzuwenden hätte.

Was könnte man dann noch an diesem Kulturentwicklungsplan so falsch finden? Die Leitziele? Ich gehe nicht auf jedes einzelne Leitziel ein, nur auf das wo ich glaube, dass hier der Knackpunkt ist. Steyr positioniert und präsentiert sich als eine moderne, zukunftsorientierte und internationale Kunst- und Kulturstadt. Genau das ist es aber wo viele wahrscheinlich, oder manche, ich sage manche, ich sage nicht viele, wo manche anscheinend ein Problem sehen, weil sie noch nicht erkannt haben, noch immer nicht erkannt haben, welches Potential diese Stadt hat, welche Goldgrube diese Stadt ist. heute sieht man es vielleicht nicht so, weil der Schnee drüber liegt, aber diese Stadt ist eine Goldgrube. Wir haben eine der schönsten Städte der Welt. Wir leben in einer der schönsten Städte der Welt. Das ist nicht übertrieben. Schauen Sie sich heute Reiseführer an, schlagen Sie nach. Wir haben das

bedeutendste Wirtschaftsgebäude der Renaissance in Steyr stehen. Wir haben Innenhöfe, davon können andere nur träumen. Wir haben eine Kunst- und Kulturszene die äußerst lebendig ist. Wir bringen Schriftsteller von Welt-rang hervor. Wir haben tollste Maler, die in der Albertina ihre Werke hängen haben. Wir sind eine Goldgräberstadt was das anbelangt, nur wir sehen dieses Gold irgendwie nicht. Wir sehen dieses Potential nicht. Leider gibt es halt einige noch herinnen die sagen, nein, Steyr ist keine Kulturstadt, Steyr ist eine Industriestadt. Das stimmt schon, Steyr ist eine Industriestadt. Steyr ist aber noch viel mehr. Und auch eine Industriestadt braucht heute, und da können Sie mit BMW reden, mit SKF, mit jedem Firmenchef, jeder Industriebetrieb setzt heute auch Wert auf Lebensqualität, auf Kultur. Was glauben Sie warum BMW ein Musikfestival sponsert? Das hängt zusammen. Ich würde mir wirklich wünschen, dass man endlich dieses Goldstück, das Steyr ist, aufpoliert und ihm wirklich diesen Stellenwert gibt, das es hat, wo man nicht weiterhin auch Menschen vor den Kopf stößt. Ich glaube nicht, dass die Mehrheit in der SPÖ Steyr nicht als Kulturstadt haben will. Es sind einige wenige. Ich würde mir nur wünschen, dass jene Kräfte in der SPÖ die kulturbefließen sind, die Verständnis für Kultur und Kunst haben, dass die sich durchsetzen in der eigenen Fraktion. Das würde ich mir wünschen, und dass jene, die bis jetzt das Verständnis nicht aufgebracht haben, sich einmal einen Ruck geben und sich überlegen, was kann denn passieren, wenn man diesen Kulturentwicklungsplan beschließt. Ich sage Ihnen was passieren kann. Im schlimmsten Fall gar nichts. Im besten Fall eine absolute Aufbruchstimmung und die Möglichkeit Steyr dort hinzustellen wo es längst hingehört. Geben Sie sich einen Ruck.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Jede Fraktion hat eine Wortmeldung. ÖVP.

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Presse, sehr geehrte Damen und Herren. Die Steyrer, die gute Steyrer Kultur darf nicht wirklich durch eine politische Unkultur in Verruf geraten und dadurch enormen Schaden erleiden, weil das, was sich da jetzt abgespielt hat, in den letzten Tagen und Wochen, ist absolut letztklassig. Da gibt es eine Einladung. Da gibt es viele Leute die zuerst einmal sehr lange, sehr intensiv auch immer unter Aufsicht des Kulturamtsleiters, mehr oder weniger, daran arbeiten, gute Dinge hervorzubringen, die bemühen sich, die arbeiten wirklich heldenhaft und super daran. Dann geht es in die Endfassung, da gibt es ein Schreiben, Einladung zur öffentlichen Präsentation durch den Herrn StR Vzbgm. Spanring und meine Wenigkeit. So, und dann gibt es irgendetwas was nicht passt. Obwohl genau die Leitlinien vorgegeben wurden, obwohl genau der Zeitplan jedem bekannt war. Ich habe es ausgedruckt aus dem Internet, so oft, ich weiß nicht, es sind sieben oder mehr, wurden alle gebeten und aufgefordert Stellungnahmen abzugeben. Das könnt ihr gerne nachlesen. Es wurde immer wieder darauf hingewiesen, es wurde eine super Arbeit geleistet, war wirklich dahinter, aber offensichtlich ist Kultur im Grundordner am besten aufgehoben hier im Haus. So, und dann gibt es auf einmal eine lapidare Presseaussendung. Die Präsentation wird verschoben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Das hat die Frau GR Frech bereits alles gesagt.

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Nein, es gibt ja da noch viel mehr Sachen.

Dann gibt es noch ein Schreiben, öffentliche Präsentation des Kulturentwicklungsplanes der Stadt Steyr wird verschoben. So, unterschrieben von Herrn Mag. Augustin Zineder. Dann fragt man den Bürgermeister wie es den dazu gekommen ist, wer verantwortlich ist, wer das Ganze in die Wege geleitet hat. Da hat er gesagt, nein, das hat er jetzt gar nicht gewusst, wir haben so schnell geschossen. Dann fragt man „wer“? Dann sagt er: „Na die“. Dann frage ich einmal den Herrn Mag. Zineder wie das war und dann sagt er: „Ich war es“, und mit den wunderbaren Worten, die wirklich im Bereich der Kultur sehr gut da dazu passen, „Service is our success“.

Gelächter

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Es war eine wunderbare Formulierung. Herr Mag. Zineder, ich glaube Sie sollten für die Kultur kämpfen und nicht für die SPÖ einen Service ausüben. Ich meine, das ist ja wirklich das Höchste in der Vorgangsweise was es überhaupt gibt. Die Aussage ist verbürgt, das war vor Zeugen, sonst hätte ich es mir gar nicht sagen getraut, weil so etwas gibt es normal gar nicht. Ich meine, die Vorgangsweise die hier, nur um unpassende Dinge für eine Fraktion wegzubringen, gewählt wurde, abgesehen vom Mehwald, das hat ja die Michaela Frech eh schon dargelegt und das ist auch schon nachzulesen, das ist wirklich von der feinsten Kultur in Steyr. Danke.

Beifallskundgebung

verschiedener

Mandatare

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. F.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Eigentlich sind wir zuerst dran.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich habe da so eine Reihenfolge.

GEMEINDERAT
ANDREAS KUPFER:
Aber man beginnt bei der Reihenfolge glaube ich mit der kleinsten Fraktion und geht hoch zur größten Fraktion. Unabhängig davon, das ist ja völlig egal.

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Ich bin der Meinung, dieses Thema sehr unaufgeregt zu betrachten und ich halte meinen Vorrednern auch ein bisschen vor, den Wahlkampf scheinbar vorzuziehen, denn diese Redeübungen die da jetzt abgehalten worden sind, sind Meldungen die eigentlich seit den Medienberichten bekannt sind und auch allen anderen hier herinnen bekannt sind. Also das waren Nacherzählungen. Aber vielen Dank für die Erinnerungen.

Dass wir für das Kulturentwicklungs-konzept seit vielen Jahren kämpfen ist bekannt. Ich denke mir, wir haben vor einem Jahr einen wichtigen Schritt genommen, nämlich ein professionelles Institut damit zu beauftragen und die haben einen transparenten, sehr professionellen Prozess durchgeführt. Dieser Prozess, daran haben sehr viele Leute in Steyr teilgenommen und die Politik hat sich eingebracht. Der Zeitplan ist halt zum Schluss nicht ganz gehalten worden. Mein Gott na, das kann doch passieren. Diese Termine waren über ein Jahr bekannt, das stimmt, und dass sich eine Fraktion zum Schluss nicht ganz sicher war,

das kann auch passieren. Es ist nicht besonderes professionell, das gebe ich zu. Der Entwurf war über viele Monate im Internet nachzulesen und man hätte Stellungnahmen abgeben können. Dass der Diskussionsprozess in der SPÖ länger gedauert hat ist schade, aber jetzt davon zu sprechen, es gibt da so arme Kulturleute und alle sind so arm weil wir jetzt am 19. die Veranstaltung nicht durchgeführt haben, das finde ich einfach Schwachsinn. Niemand ist arm, dass wir den Kulturentwicklungsplan vielleicht um einige Wochen oder Tage später beschließen. Angesagte Revolutionen finden meistens nicht statt. Diese Revolution die hier geplant worden war, war einen parteipolitische. Eindeutig. Dass die Kulturschaffenden da nicht mitgemacht haben, finde ich ehrlich gesagt ganz gut, weil wir Vertrauen in die Kultur gegeben haben, dass sie mitarbeiten bei diesem Konzept. Aber jetzt müssen wir es natürlich auch einlösen. Da ist jetzt mein Appell an die Mehrheitsfraktion, dass wir wirklich mit Dezember, mit der nächsten Gemeinderatssitzung, den Kulturentwicklungsplan beschließen.

Aber eines darf nicht sein und das ist glaube ich ganz, ganz wichtig. Wir haben beim sozialen Entwicklungskonzept ein Leitbild beschlossen. Wir haben uns ganz bewusst beim Kulturentwicklungsplan dafür entschieden nicht nur ein Leitbild sondern auch ein Maßnahmenkonzept zu beschließen. Das ist mir ganz, ganz wichtig. D. h., dieses Maßnahmenkonzept darf nicht rauskommen, das haben wir allen versprochen und das muss auch drinnen bleiben.

Ich bitte den Vizebürgermeister und auch Vorsitzenden der Steuerungsgruppe für diesen Kulturentwicklungsplan, Vzbgm. Spanring, in der nächsten Kulturausschusssitzung, ich glaube wir haben sie nächste oder übernächste Woche, dass wir uns da wirklich Zeit nehmen und dass diese Änderungs-

wünsche, die es von der SPÖ gibt, die uns nicht bekannt sind, niemanden bekannt sind, außer innerhalb der SPÖ-Fraktion, dass wir die dort diskutieren und dann einen Kulturentwicklungsplan, einen Entwurf, zusammen bringen den wir dann in der Budgetsitzung beschließen. Das wäre mein Appell. Alles andere ist ein bisschen ein Theaterdonner.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. FPÖ? Doch jetzt du.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:
Ja, dann kommt der Herr Payrleithner.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das geht nicht, es geht nur einer.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:
Das macht nichts, der Kollege Payrleithner hat eh dann noch die Möglichkeit. Wieso nur einer?

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
„Aktuelle Stunde“!

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:
Beim letzten Mal, Herr Bürgermeister, hast du mehrere Möglichkeiten gegeben. Ich werde das Zwiegespräch natürlich beenden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, geschätztes Präsidium, werte Gäste. Ich habe an und für sich nicht die Absicht gehabt mich zu diesem Thema zu Wort zu melden, nachdem Sie ja wahrscheinlich erkannt haben, aufgrund des

Zwiegespräches, dass der Herr Kollege Payrleithner sich bereit erklärt hat, nachdem er im Kulturausschuss ist, seine Meinung dazu zu sagen. Veranlasst hat mich die Wortmeldung vom Herrn Kollegen Kupfer. Ich habe den Eindruck da gibt es zwei Andreas Kupfer in der Grünen Fraktion, denn ich bin überzeugt davon, der eine oder andere wird sich noch an die vorletzte Ausgabe der Steyrer Rundschau erinnern, da gibt es eine Seite mit Leserbriefen und da beschimpft im wahrsten Sinne des Wortes der Herr Kupfer die SPÖ. Ich habe eh nichts dagegen, dass er das macht, ...

Gelächter

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:
... aber heute stellt er sich hier heraus und sagt, es kann einmal passieren, dass ein bisschen was verschoben wird, dass ein bisschen was nicht eintritt, das ist ja nicht so harmlos, das ist alles Theaterdonner. Also es ist wirklich unwahrscheinlich, wie hier in diesem Gemeinderat von so einigen Mandataren das Wort ergriffen wird. Das ist wirklich, meiner Meinung nach, einer Aufklärung erforderlich und bedarf einer Aufklärung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist nicht so, dass wir uns für die Kultur nicht interessieren, das möchte ich auch sehr deutlich sagen, aber es ist schon eines passiert. Es hat ja bereits einer meiner Vorredner darauf hingewiesen, dass es schon vor einigen Jahren, ich glaube die Kollegin Frech war es, Bestrebungen gegeben hat die Kulturschaffenden mit einzubinden in das was in Zukunft im kulturellen Bereich geschehen soll. Dann hat man zugewartet, vonseiten der SPÖ, ob es hier irgendwelche Reaktionen gibt. Dann hat es natürlich gutgemeinte Reaktionen gegeben. Das war aber dann der Anlass dafür, dass man gesagt hat, in so einen wichtigen

Bereich möchte man natürlich eine Einstimmigkeit haben und wir werden daher das Ganze wieder auf Eis legen. Jetzt ist interessanterweise das nicht passiert. Es hat keine Einwendungen geben. Daher liegt es an der SPÖ, oder ist es daran gelegen, dass die SPÖ aus verschiedenen Gründen, mag sein aus finanziellen Gründen, vermute ich, einen Rückzieher gemacht hat, denn in diesem Kulturkonzept wird ja tatsächlich eine finanzielle Absicherung all dieser Wünsche verlangt. Es dürften aber doch auch einige andere Gründe mitgespielt haben. Aber es wird ja noch Wortmeldungen geben vonseiten der SPÖ, der Herr Bürgermeister nickt, wo man da noch weitere Aufklärung bekommen wird. Ich danke Ihnen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Gerhard bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Ich verstehe eigentlich die Aufregung nicht. Wenn man das verstehen würde, dann müsste man sagen man ist in einem nicht demokratischen Land. Weil wenn es nicht mehr möglich ist, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, dass man, bis zu dem Zeitpunkt wo eine Beschlussfassung herbeigeführt wird, darüber diskutiert, dass man vielleicht, wenn man nicht der Auffassung ist, dass auch Termine verschoben werden können. Wir haben überhaupt niemandem den Rücken gezeigt oder vor die Türe gesetzt, sondern wir haben uns nur erlaubt etwas Zeit zu gewinnen, noch zu diskutieren, weil wir halt doch auch eine Meinung dazu haben. Wir haben eine Meinung dazu und eine sehr konkrete Meinung. Frau Kollegin Frech, du bist widersprüchlich. Ich verstehe jetzt schon langsam warum wir bei der PISA-Studie so schlecht abschneiden. Wenn ich dir

zuhöre, das ist ja fast nicht zum Aushalten. Auf der einen Seite führst du an welche hervorragenden Künstlerinnen und Künstler in den verschiedensten Bereichen in Steyr hervorgegangen sind, was für tolle Leute das sind. Ich bestätige das, ich kann das nur unterstreichen. Dann sprichst du wieder von Frustration. Es gibt keine hervorragende Kultur, wenn alle nur in Frust ausbrechen. Das weißt du, weil ein Sportler bringt auch keine Leistung, wenn er nur Frust hat und jeder andere auch. Da wird nur versucht, es ist eh schon gesagt worden vom Kollegen Kupfer, 2009 jetzt schon näher zu bringen, den Wahlkampf schon zu beginnen. In Wirklichkeit ist das Polemik mal 3. Ich bin enttäuscht von dir, weil ich hätte von dir etwas anderes erwartet als Pädagogin. Das muss ich ganz ehrlich sagen. Zu unterstellen, wollen wir in Steyr Kultur oder wollen wir in Steyr nicht Kultur. Also, da hat es dich noch gar nicht gegeben, da war die SPÖ federführend in der Kultur und ist immer für die Kultur eingetreten. Da hat es deine Fraktion noch nicht gegeben. Fraktion ist eh übertrieben, weil mit einer Person kann man ja eh keine Fraktion sein. Du hast es ja leicht, du diskutierst vormittags mit dir und nachmittags hebst du die Hand was du am Vormittag alleine beschlossen hast. Also, da zu unterstellen ob wir Kultur wollen oder nicht wollen, da möchte ich gar nicht in die Tiefe gehen in der Debatte, das ist auch Polemik mal 3. Du hast dann gesagt, was kann passieren, wenn wir das Papier beschließen. Im schlechtesten Fall nichts. Und genau das ist es Kollegin. Wir versuchen da Politik zu machen wo sich auch jeder daran orientieren kann. Wir wollen Beschlüsse fassen wo hinten nach dann, und auch Jahre später, weil so ein Kulturentwicklungsplan ist ja nicht ein Papier oder ein Plan den wir heute beschließen am 17. November und am 1. Jänner 2008 gilt er nicht mehr. Das wäre das Unfairste, das wäre das

Schlechteste was wir tun können. Wenn wir einen Kulturentwicklungsplan da herinnen beschließen, dann sollen sich die Kulturschaffenden auch daran orientieren können und auch darauf verlassen können, dass wir das auch ernst meinen was wir da beschlossen haben. Da gibt es halt einige Dinge in den Vorschlägen was legitim ist. Ich sage immer, es ist alles legitim wenn solche Workshops, Arbeitskreise tätig sind, es kann jeder einmal seine Wünsche, seine Anliegen, seine Forderungen, es kann jeder alles stellen. Das ist alles legitim. Zu dem macht man auch solche Veranstaltungen, dass man eine Vielfalt von Meinungen hereinbekommt. Aber es muss natürlich auch möglich sein, und das muss auch gestattet sein, dass jene, die das zu beschließen haben, da auch ihre Meinung dazu haben. Dann einfach sagen, die verstehen von Kultur nichts, also, das lasse ich mir von dir in keinsten Weise sagen. Das ist eine Überheblichkeit bis dort hinaus. Einfach sich herzustellen und zu sagen da gibt es ein paar in der SP die haben keine Ahnung von der Kultur, die verstehen das nicht. Wähle ein bisschen deine Sprachführung. Überlege dir das was du sagst. Das ist nämlich bodenlos.

Es müssen sich einfach auch die Kulturschaffenden verlassen können darauf was wir hier beschließen. Es gibt, und ich möchte da nicht in die Details gehen, wir werden die Gelegenheit noch haben die Diskussionen mit allen die bisher tätig gewesen sind auch zu führen. Wir werden uns vor dieser Diskussion nicht drücken, aber wir haben dazu eine Meinung. Es gibt, wie ich schon gesagt habe, eine Reihe von Dingen die man stark hinterfragen muss. Vielleicht nur ein Beispiel für die Gäste. Wenn wir im Kulturentwicklungsplan als Maßnahme beschließen wir sollen die Schlossgalerie kaufen. Die Schlossgalerie ist gar nicht zu kaufen. Sie steht nicht zur Disposition. Al-

so da muss ich mir die Ernsthaftigkeit solcher Dinge überlegen und das muss man ausdiskutieren. Wenn wir sagen wir wünschen uns die Schlossgalerie, dann ist das was anderes, dann kann man sich das wünschen. Aber als Maßnahme das zu beschließen dass wir die kaufen, das ist nicht nachvollziehbar. Und über eine Reihe anderer Dinge muss man halt auch noch darüber diskutieren. Wir machen da überhaupt keinen Rückzieher in der SPÖ. Wir schätzen die Arbeit die geleistet worden ist. Ich möchte mich da auch ganz offiziell bei allen recht herzlich bedanken für den Einsatz, für die Kultur in Steyr, für die vielen Stunden die aufgewendet worden sind.

Aber auch noch einmal in Richtung Kulturschaffende. Auch hier erwarten wir uns das Verständnis wenn man sich zusammen setzt und ein Papier erarbeitet und dann niederschreibt, dass man darüber halt auch bis zum letzten Abdruck darüber diskutieren können muss. Es soll dann ein gemeinsames Papier werden und es sollte hier ein Konsens auch hergestellt werden. Ich glaube es dient niemanden wenn man zum jetzigen Zeitpunkt dort und da halt die Parole ausgibt, an dem Papier darf kein Punkt und Beistrich geändert werden. Du hast es eh angekündigt, da darf nichts geändert werden da drinnen. Das ist ja keine Ausgangsbasis für ein gemeinsames Konzept, wenn ich sage da darf ich nichts ändern. Das ist so nicht möglich. Ich hoffe doch, und es gibt auch andere Signale, dass wir hier zu einem Entwicklungsplan kommen wo nicht alle Wünsche und alle Vorstellungen von allen Seiten her realisiert werden, aber dass wir ein Konsenspapier für die weitere Entwicklung im Kulturleben in Steyr erreichen.

Ich möchte hier auch, weil der Termin angeführt worden ist, im Dezember soll das im Gemeinderat kommen, von unserer Seite warnen wieder einen Ter-

min vorzugeben und möglicherweise den dann nicht einhalten können. Wir brauchen nämlich die Diskussion. Wir müssen mit den Kulturschaffenden diskutieren, wir müssen im Kulturausschuss diskutieren, wir müssen mit dem Steuerungskreis diskutieren. Das werden alles ja nicht ganz einfache Diskussionen und da braucht man einfach auch etwas Zeit dazu. Jetzt zu sagen am 15. Dezember bei der Budgetsitzung muss der drinnen sein, dann wäre das keine gute Ausgangssituation. Es ist für die Kultur in Steyr, für die Zukunft, nicht ausschlaggebend ob wir das im Dezember 2007 beschließen oder vielleicht im Jänner oder März 2008. Das ist so nebensächlich in Wirklichkeit. Was wichtig ist, dass wir hier einen Kulturentwicklungsplan erarbeiten und beschließen können wo dann alle gemeinsam sagen, okay, das ist eine zukunftsweisende Unterlage.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Ich hätte noch eine Zusatzmeldung.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ich probiere es noch einmal. Beim Kulturentwicklungsplan geht es nicht darum, dass man jetzt seitens der Politik sagt, das und das gefällt uns nicht und das ändern wir jetzt, sondern der Kulturentwicklungsplan ist das was entstanden ist aus diesen Workshops was auch in Kooperation mit der Politik passiert ist. Ich gebe Ihnen schon Recht Herr Kollege Bremm, da sind manche Dinge drinnen die wird man

wahrscheinlich nicht umsetzen. Aber das ist dann ohnedies Aufgabe der Politik zu sagen das können wir umsetzen und das geht nicht. Das was jetzt vorliegt ist das wie die Kulturschaffenden, die Kulturinteressierten das Ganze sehen. Es ist ein Richtpapier für die Politik. Die Politik kann jetzt dann sagen das und das setzen wir um, das setzen wir rasch um, das setzen wir vielleicht ein bisschen später um und manches geht einfach aus rechtlichen Gründen nicht oder anderen Dingen. Das ist auch legitim und das sehen auch die Kulturschaffenden so. Aber wovor ich schon warnen würde ist etwas das von der Basis erarbeitet worden ist plötzlich umzuändern und dann zu sagen, das ist das was die Basis erarbeitet hat. Jetzt haben wir im Prinzip eine klare Trennung. Wir haben einen Kulturentwicklungsplan der erarbeitet worden ist und die Politik ist jetzt am Zug und kann dann sagen, das und das machen wir und das und das machen wir nicht. Wir haben ja auch ein Stadtentwicklungskonzept wo wir nicht alles umgesetzt haben. Sehen Sie da irgendwo eine Aufstiegshilfe Tabor? Sehen Sie eine Parkgarage? Sehen Sie andere Dinge? Steg über die Enns? Das ist alles nicht da. Das war eine Absichtsgeschichte und genauso ist dieser Kulturentwicklungsplan eine Leitlinie für die Politik. Aber ich kann doch nicht eine Präambel die andere verfasst haben plötzlich sagen, der Satz gefällt mir nicht, den streiche ich raus. Dann ist das nicht mehr die Präambel der Steuerungsgruppe, dann ist das eben die Präambel des Bürgermeisters. Damit kann ich wunderbar leben, aber ich warne vor einer Vermischung. Ich glaube das ist auch das zentrale Grundproblem, dass manche jetzt davor Angst haben, wenn man das jetzt beschließt, dann wird das alles 1:1 umgesetzt und muss so sein. Das ist es aber nicht. Wir haben ja auch die Steuerungsgruppe im Kulturausschuss gehabt, die sieht das ja

auch genau so, der ist genau bewusst, dass nicht alles umsetzbar ist. Aber es ist etwas, was Visionen hat. Vielleicht nicht morgen, vielleicht nicht übermorgen manches, aber irgendwann einmal. Ich würde Sie wirklich bitten, das ein bisschen getrennt zu sehen und nicht, da muss jetzt was geändert werden und wenn die nicht nachgeben und sonst irgendetwas. Das liegt vor, das kann man emotionslos beschließen. Dann liegt es an uns, wie wir das Ganze umsetzen.

Ich möchte nicht auf Bemerkungen im Detail eingehen, vom Kollegen Bremm, die er am Anfang getätigt hat. Eigentlich, ja, ich muss mich aufgewertet fühlen, weil wenn die Frau Professor Frech dermaßen viel Einfluss hat, dass das gesamte PISA-Ergebnis, das schlecht war von ganz Österreich, auf ihren Schultern beruht, na ja gut, dann bin ich die Frau Unterrichtsminister oder sonst wer. Ich halte es aber generell für problematisch, dass, was auch hier herinnen immer mehr Platz greift, man irgendwo Meldungen unter die Gürtellinie macht und jemanden auch noch versucht die berufliche Kompetenz abzusprechen. So schlecht können meine Schüler nicht sein, wenn sie laufend Projektwettbewerbe gewinnen, wenn laufend Schüler von uns mit Auszeichnung maturieren, zu den Besten gehören, wenn die HAK Steyr im Ranking so gut abschneidet, dann ist das ein Erfolg der Lehrerinnen und Lehrer an der HAK Steyr, an dem ich sicherlich auch nicht ganz unbeteiligt bin. Sie können beruhigt sein, Herr Kollege Bremm, ich bin nicht schuld am schlechten Ergebnissen der PISA-Studie.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Nicht austeilen und dann empfindlich sein.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Gut, dann hoffe ich Herr Kollege Bremm Sie können auch einstecken, weil es gibt ein Sprichwort, dass es einen Unterschied gibt zwischen Clowns und Politiker. Der Unterschied liegt darin, dass Clowns ihre Dummheiten im Regelfall beabsichtigen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine geschätzten Damen und Herren, gestatten Sie mir auch noch ein paar Worte zum Thema Kulturentwicklungsplan. Ich habe wirklich den Eindruck heute, es ist das Fernsehen wieder einmal da und da wird halt ganz besonders noch einmal ein Schäuferl nachgelegt zu Themen, die eigentlich für die Stadt Steyr sehr ernste Themen sind. Wir haben gesagt, einen Kulturentwicklungsplan wollen wir in Steyr haben und zwar einen, der wirklich auch von allen mitgetragen werden kann. Wenn da Formulierungen im Kulturentwicklungsplan drinnen sind, wie sie jetzt da sind, die meiner Ansicht tendenziell sind, die Aussagen und Wertungen beinhalten, dann muss man auch noch einmal darüber reden können, dann muss es auch ein Gegenüber geben. Es geht nicht um das was die Basis alleine sagt, sondern es geht auch um das wie die Politik dazu steht. Das möchte ich auch ganz klar noch einmal festhalten, dass das ein wichtiges Thema ist, dass es hier auch einen Interessensausgleich geben muss. Ich bin überzeugt, dass wir einen guten Kulturentwicklungsplan vorlegen werden. Ob das jetzt im Dezember, Jänner, Februar oder März ist, werden wir demnächst sehen.

So, ich komme jetzt zu Punkt 5) und bitte um die **Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates**. Punkt 6) sind dann die **Verhandlungsgegenstände** und ich bitte die Frau Vizebürgermeisterin den Vorsitz zu übernehmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Danke, ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BE: BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem ersten Punkt geht es um den Kleingartenverein Resthof, Subventionierung des Hauptstranges der Kleingartenanlage. Hier ist ja eine Kleingartenanlage entsprechend kanalisiert worden und es hat auch entsprechende Unterstützung der Stadt Steyr gegeben. Die Verantwortlichen des Vereines dieser Kleingartenanlage haben uns gebeten hier entsprechende finanzielle Unterstützung zu leisten, was wir auch getan haben. Es geht ja hier um den Kanalstrang der sich im öffentlichen Gut befindet. Ich bitte diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

1) BauT-55/00

Kleingartenverein Resthof, Subventionierung des Hauptkanalstranges in der Kleingartenanlage.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 24. 10. 2007 wird dem Kleingartenverein Resthof für die von ihm errichtete Kanalisationsanlage ein Subventionsbetrag von EUR 26.746,08 zuerkannt. Zusätzlich wird im Vollzug des Beschlusses des Stadtsenates vom 12. 1. 2006 die bei der Stadt erliegende Förderung für das Kanalisationsprojekt der Kommunkredit Publik Consulting in Höhe von EUR 19.195,20 weitergeleitet. Von dem sich daraus errechnenden Gesamtbetrag von EUR 45.941,28 ist die Anschlussgebühr für das gesamte Kleingartengebiet einschließlich aller 83 Kleingartenhütten und des Vereinshauses in Höhe von insgesamt EUR 38.217,74

einzubehalten. Die Subvention in Höhe von EUR 26.700,-- und die bei der Stadt erliegende Förderung in Höhe von EUR 19.200,-- wird jeweils bei der VA-Stelle 1/851000/777000 als Kreditüberschreitung bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat mit einem Betrag von EUR 26.700,-- durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln und mit einem Betrag von EUR 19.200,-- durch Mehreinnahmen bei der Landesförderung zu erfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich komme zu meinem zweiten Punkt, Nachtragsvoranschlag. Wie jedes Jahr gibt es auch heuer wieder einen Nachtragsvoranschlag. Im ordentlichen Haushalt haben sich die Einnahmen und Ausgaben erhöht von 96.265.800 auf 98.113.600. Es wird ein Abgang erwartet von 2,45 Millionen. Der Abgang ist vermindert von 4,77 auf 2,55 Millionen, wobei ich hoffe, dass wir bis Jahresende, wie auch in den vergangenen Jahren, noch weiter runter kommen, sodass wir in der Nähe einer schwarzen Null zumindest anlangen.

Zum außerordentlichen Haushalt. Hier gibt es eine Steigerung um 9.171.800 Euro. Diese Ausgabenerhöhung entstand zum Großteil durch Verschiebung von geplanten Vorhaben in die folgende Periode. Man muss auch ganz klar dazu sagen, voriges Jahr war ein sehr warmes Jahr, es haben die Bauarbeiten hier auch entsprechend Raum gefunden.

Bei der Übersicht über die Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes ist ein Punkt dabei, der sicher heute noch zu diskutieren sein wird und zwar die Haftung "Vorwärts". Ich nehme auch an, dass deswegen heute entsprechendes Medieninteresse vorhanden ist. In diesem Punkt geht es um die Vorsorge, um einen Betrag von 800.000,-- Euro, der für dieses Thema reserviert ist.

Ich bitte um Diskussion.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich bereits der Herr Kollege Payrleithner. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, werter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Gäste. Der Nachtragsvoranschlag, wie der Herr Bürgermeister bereits angemerkt hat, birgt tatsächlich eine brisante Zahl heuer und zwar die Haftung, die doch für viele von uns vollkommen überraschend plötzlich in Rechnung gestellt wurde durch die Raika, ich nehme an durch ihren Anwalt. Es trifft uns nämlich auch finanziell auf dem falschen Fuß, weil ja das Budget bekannter Maßen auch nicht gerade in bester Verfassung ist. Ich spreche jetzt auch von den Ausgaben für das kommende Jahr, und zusätzliche Ausgaben von 800.000 Euro sind immerhin nach dem alten Geld über 11 Millionen Schilling, eine gewaltige Belastung für die Stadt Steyr darstellen wird. Im Zusammenhang mit dieser doch für uns überraschend aufgetauchten Haftung stellen sich für uns schon einige Fragen. Ich nehme auch an für andere Fraktionen ebenso.

Beschlossen wurde die Haftung am 26. Jänner 1995. Das ist jetzt 12 Jahre her. Ich weiß schon, es sind von den

handelnden Personen, mit Ausnahme vom Fraktionskollegen Eichhübl und vielleicht der Kollege Bremm und ein zwei andere, der Kollege Apfelthaler, nicht mehr viel heute politisch aktiv. Dennoch sollte man nicht kommentarlos an derartigen Entscheidungen vorbeigehen, vor allem auch im Hinblick auf zukünftige Entscheidungen, sollte noch einmal an die Stadt ein derartiges Ansinnen herangetragen werden. Es ist ja letzten Endes der Steuerzahler der das alles begleichen muss und es handelt sich ja nicht gerade um Bagatelleträge. Es hat damals schon kritische Stimmen gegeben, und der damalige Finanzreferent Zagler hat das nicht nur versucht beiseite zu wischen, sondern hat auch Argumente aufgetischt die eigentlich, im Nachhinein betrachtet, in keinster Weise gestimmt haben. Es stellt sich für uns die Frage, warum sind nicht 9 Millionen jetzt zur Haftung, sondern 800.000 Euro sind ja bekanntlich über 11 Millionen Schilling. Das 2. ist: Was ist mit der berühmten Haftung des Vorstandes? Er hat damals gemeint, wenn der Vorstand des Vereines Vorwärts, dem ja so berühmte Politiker, Lokalgrößen, Nationalratsabgeordnete, ich möchte jetzt namentlich gar nicht alle erwähnen, wahrscheinlich von euch werden eh die meisten kennen, durchaus honorige Steyrer Politgrößen dort mit ihrer Haftung persönlich eingetreten sind, dann frage ich mich, ist diese Haftung von diesen Herrschaften jemals schlagend geworden. Das war nämlich einer der Gründe, warum man das dem Gemeinderat schmackhaft gemacht hat. Man hat argumentiert, na ja, wenn die dafür gut stehen mit ihrem sozusagen privaten Vermögen, dann kann doch die Stadt hinten gar nicht anstehen, das auch zu tun. Das ist doch ein ganz geringes Risiko. 3 Millionen Schilling waren das damals für die der Vorstand gehaftet hat. Was ist mit diesen Herrschaften? Ich nehmen an, dass die alle, ohne Ausnahme, aus der Vor-

wärts sich verabschiedet haben und keiner ist von denen zur Kassa gebeten worden. Es wird nur der Steuerzahler jetzt heute mit diesem Nachtragsvoranschlag, und wir leben in einem Rechtsstaat, wir müssen das natürlich beschließen, zur Kassa gebeten. Das sollte uns zu denken geben. Wir haben uns die Mühe gemacht ein bisschen nachzublättern in dem damaligen Protokoll. Ich weiß schon, es ist lange her, aber trotzdem, für die Zukunft sollte man vielleicht ein bisschen etwas lernen daraus. Wenn uns Banken ein derartiges Geld geben wo eine Bürgerschaft eigentlich gar nicht gebraucht wird, dann stellt sich die Frage, warum der Gemeinderat Derartiges beschließt. Das hat der Finanzstadtrat Zagler damals gemeint.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Aber ihr habt da auch zugestimmt.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:
Es haben nicht alle zugestimmt.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bis auf zwei von neun. Sieben von euch haben zugestimmt.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:
Zwei haben nicht zugestimmt und diese zwei haben das auch in Wortmeldungen entsprechend damals schon argumentiert und sie haben darauf hingewiesen und es ist leider eingetreten Herr Bürgermeister. Das sollte uns zu denken geben und das ist ja unser gutes Recht heute noch einmal darüber zu diskutieren, weil wir müssen es jetzt bezahlen. Es ist ja nicht erledigt. Die Geschichte ist ja nicht abgeschlossen, sondern wir sind ja heute hier zusammengekommen um diesen Beschluss zu fassen. Ich werde das trotzdem, auch wenn es vielleicht un-

angenehm ist, noch einmal kurz aufholen wie das zustande gekommen ist. Er hat eben sinngemäß gemeint, na ja, bei der Gemeinde ist ja das nur eine theoretische Angelegenheit die wird ja nie haftbar werden. Na ja, heute schaut das etwas anders aus. Oder z. B. wenn man sich vorstellen würde es würde die Vorwärts sterben. Die Vorwärts würde, seinen Worten nach, sterben, wenn wir diesen Betrag nicht stellen. Jetzt sterben wir um das Geld und die Vorwärts ist leider auch nicht den Weg gegangen den wir uns damals vorgestellt haben. Oder ähnliche Wortmeldungen, eine vielleicht noch. Er hat dann tatsächlich auch gesagt, wenn 3 Millionen Schilling durch persönliche Haftungen übernommen werden, dann kann überhaupt nichts passieren in dieser Stadt. Das ist leider alles nicht eingetreten. Die Kritiker der damaligen Zeit, sie sind leider nicht mehr in der Gemeindepolitik tätig, auch seitens unserer Fraktion, haben leider Recht behalten. Ich hoffe nur, und ich appelliere an jene die uns in Zukunft derartige Beschlussfassungen vorlegen in der Gemeinderatssitzung, ich denke jetzt z. B. an die Reithoffergeschichte, ob dann auch diese Beträge wirklich halten. Das ist zwar keine Haftung aber da legen wir jetzt auch 13 Millionen Schilling hin. Nicht, dass es dann am Ende wieder 16 oder 17 oder 18 Millionen Euro sind die dann der Steuerzahler berappen muss. In einer angespannten Budgetsituation, und ich gehe davon aus, dass wahrscheinlich auch in den nächsten Jahren die Budgetsituation nicht besser wird bei dem Schuldenstand und bei dem Zinsendienst. Ich bitte darum, dass man vielleicht in Zukunft derartige Berichte etwas seriöser vorbereitet als man es hier getan hat. Am Ende hat eigentlich fast nichts gestimmt. Wir müssen jetzt sehr viel Geld in die Hand nehmen das uns fehlt, Herr Finanzreferent, weil du wirst ja nicht sagen, dass 800.000 Euro die Portokasse der Stadt Steyr sind.

Sie werden uns fehlen. Man hat uns teilweise hinters Licht geführt. Man hat uns mit Argumenten zu einer Mehrheit damals gebracht, durchaus auch Mandatare unserer Fraktion, das möchte ich gar nicht in Abrede stellen, wo sich nachher herausgestellt hat, dass es hinten und vorne nicht gestimmt hat. Man hat sogar einen Kontrollamtsbeamten damals in den Vorstand entsandt, der Bürgermeister Leithenmayr, um den Herrschaften dort auf die Finger zu schauen. Offensichtlich ist auch dieser Herr Doktor, das war nicht der Mag. Lemmerer, das war sein Vorgänger, und dem hat man offensichtlich dort nur jene Dinge gezeigt die man aus der Sicht des Vereines für opportun gehalten hat ihm zu zeigen und die wichtigen Dinge hat man ihm vorenthalten. Der Bürgermeister Leithenmayr hat das ja im Nachhinein indirekt bestätigt. Den hat man jahrelang, wie man so schön sagt, am Schmah gehalten. Also auch seitens des Vorstandes der Vorwärts ist man mit der Stadt, ich will es jetzt einmal milde ausdrücken, äußerst unseriös umgegangen. Wir sollten aus all diesen Dingen für die Zukunft die Lehre ziehen. Das ist unser Geld das uns nicht nur in der Kassa fehlt, es ist auch Geld, das der Steuerzahler letzten Endes berappen muss. Ich hoffe, wir ziehen daraus auch die entsprechenden Schlüsse und Konsequenzen für die Zukunft.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Vertreter der öffentlichen Medien, wer-

te Gäste. Nachdem dieser Nachtragsvoranschlag ja nicht nur diese unangenehme Situation „Vorwärts“ beinhaltet wo 800.000 Euro fällig werden wie mein Vorredner soeben Ihnen sehr detailliert mitgeteilt hat, werde ich auch einige andere Bereiche dieses Nachtragsvoranschlages, die mir wichtig erscheinen, ansprechen. Auch dieser Budgetverlauf hat, wie ja der Nachtragsvoranschlag für 2007, um den geht es ja, bereits einen Verlauf den man als Tradition bezeichnen kann. So wie in den vergangenen Jahren sind einerseits die Einnahmen im ordentlichen Haushalt z. B. durch Mehreinnahmen Kanalbenützungsgebühr, die ja einer jährlichen Steigerung unterzogen wird und wie jeder weiß vom Gemeinderat zuletzt 2005 über eine Funktionsperiode hinaus beschlossen wurden und auch heute wieder ein Thema sein werden, aber auch durch gestiegene Ertragsanteile, um nur zwei Beispiele zu nennen, in Summe um 4,2 Millionen höher ausgefallen. Dennoch konnte, der Herr Bürgermeister hat bereits darauf hingewiesen, der bisherige Abgang von 4,77 Millionen Euro, ich sage nur, um 2,32 Millionen Euro reduziert werden, weil den höheren Einnahmen auch höhere Eingaben aber auch mindere Einnahmen in verschiedenen Bereichen gegenüber stehen. Vor allem machen sich die immer höher werdenden Sozialausgaben bemerkbar, auch dazu gibt es heute wieder einen Antrag, und diese höheren Sozialausgaben werden sich auch fortsetzen in den Budgets der kommenden Jahre.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im außerordentlichen Haushalt ist ebenfalls wieder eine enorme Ausweitung, so wie in den vergangenen Jahren, feststellbar, dieses Mal überdimensional, und für diesen Abgang im außerordentlichen Haushalt mussten 11,9 Millionen Euro neue Schulden aufgenommen werden. Die Erhöhung

hat folgendermaßen ausgesehen: Ursprünglich waren 10,74 Millionen vom Gemeinderat beschlossen und tatsächlich steigen diese Ausgaben im außerordentlichen Haushalt auf 19,9 Millionen Euro und das ist, wie ich vorhin erwähnt habe, eine sehr enorme Anhebung, nämlich nahezu eine Verdoppelung dieser Summe. Nicht nur die Verschiebung von geplanten Vorhaben führten zu diesen massiven Aufstockungen im außerordentlichen Haushalt, sondern vor allen Dingen auch die bereits angesprochenen 800.000 Euro für eine Haftung von Vorwärts. Damals beschlossen im Jahr 1995 in diesem Gemeinderat. Die Vergangenheit, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat uns also diesbezüglich eingeholt und wird nach 12 Jahren schlagend. Trotz der damaligen Zusicherung, und ich war ja bei all diesen Diskussionen dabei, vor allen Dingen muss man auch sehr, sehr deutlich sagen, von SPÖ-Funktionären hat man immer wieder betont, dass diese Haftung für Vorwärts eher eine symbolische Funktion, einen symbolischen Charakter hat und nur dazu dienen soll um Vorwärts wieder die Möglichkeit zu bieten aus eigener Kraft aus diesem finanziellen Schlamassel herauszukommen. Gekommen ist es allerdings anders wie man heute in diesem Nachtragsvorschlag ja deutlich nachlesen kann. Diese 800.000 Euro werden schlagend. Ich kann nur sagen, da sind wir wohl den falschen Propheten aufgesessen. Nicht nur auf politischer Ebene. Das sei hier auch sehr deutlich gesagt. Es hat ja da einige andere Herrschaften auch gegeben die ich namentlich ja nicht nennen möchte, weil ja interessanterweise bei so manchen Gerichtsverhandlungen eigentlich auch nicht das herausgekommen ist was man sich erwartet hat, dass auch diese Herren zur Kassa gebeten werden. Leider, wurde auch schon erwähnt, sind nur mehr sieben Personen in diesem Gemeinderat die damals bei die-

ser Beschlussfassung teilweise mitgewirkt haben, denn es hat ja auch, wenn man im Protokoll nachsieht, einige fehlende Personen gegeben die aus beruflichen Gründen oder aus anderen Gründen die Gemeinderatssitzung damals nicht besucht haben. Aber ich hätte ganz gerne, das sage ich auch ganz offen, diese Diskussion aus heutiger Sicht mit so manchem geführt, der sich damals so sehr eingesetzt hat und uns zugesichert hat, dass, wie gesagt, diese Haftung nie schlagend wird, dass, wie im Gegensatz, so wie der Kollege Payrleithner bereits betont hat, auch der Vereinsvorstand bereit ist, 3 Millionen Euro sozusagen in privater Hinsicht als Gutsteher zu übernehmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Schilling!

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Pardon, das waren damals Schilling. Danke für den Hinweis. Das waren damals 3 Millionen Schilling. Herr Kollege Hackl Sie haben vollkommen Recht, das war damals auch sehr viel Geld für jene Funktionäre die sich dazu bereit erklärt haben. Aber wie gesagt, ich habe nie gehört, dass diese Haftungen schlagend geworden sind. Offensichtlich hat man sich da nur an die Stadt gewandt.

Aber ich möchte schon noch auch eines sagen. Es hat ja dann noch weitere Diskussionen gegeben um das bekannte Baurecht das man der Raika damals eingeräumt hat am Vorwärtsplatz dort oben. Auch da darf ich in Erinnerung rufen, hat man den Gemeinderat sehr oft nur mit Halbwahrheiten informiert. Da haben große Teile von Akten, ich erinnere mich an die Wortmeldung vom Dr. Pfeil, ich sage es einmal umschrieben, gefehlt um

hier tatsächlich zu erkennen um was es geht.

Herr Bürgermeister, ich wäre eigentlich der Ansicht, dass man jetzt diese 800.000 Euro nicht so einfach bezahlt, sondern ein Rechtsgutachten einholt, das sollte man eigentlich riskieren, diese geringe Summe die dafür aufzuwenden wäre, um in neuerliche Verhandlungen mit der Raika zu treten. Ich glaube, da sind einige Dinge noch aufklärungsbedürftig. Ich würde jedenfalls an deiner Stelle als Finanzreferent nicht so ohne Weiteres diese 800.000 Euro, die ja schließlich die Steuerzahler aufzuwenden haben, der Raika übermitteln.

Abschließend, meine sehr geehrten Damen und Herren, muss festgehalten werden, dass der Negativtrend bei den Stadtfinanzen weiter anhält und sich sogar verschärft. Stark sinkende Rücklagen stehen ständig steigenden Schulden gegenüber. Der finanzielle Spielraum für wirklich wichtige Dinge, vor allen Dingen auch im Sozialbereich, da werden wir ja heute noch davon reden können, werden immer geringer, immer weniger und das beweisen ja auch die vorliegenden Zahlen für das Budget des Jahres 2008.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist GR Apfelthaler.

GEMEINDERAT

KURT APFELHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren im Gemeinderat. Es ist normalerweise mit 11. 11. immer so eine lustige Zeit, Beginn der lustigen Zeit. Das ist so ein Tiefschlag was da seitens des Nachtragsvoranschlags hier geboten wird. Vieles ist ja heute schon

angesprochen worden. Was mich ehrlich gesagt am meisten erschüttert beim ordentlichen Haushalt, diese 1,8 Millionen sind auch nicht angenehm aber das hält sich in etwa noch in Grenzen. Aber fast eine Verdoppelung um fast 80 bis 90 % beim außerordentlichen Haushalt ist schon ein Hammer, im wahrsten Sinne des Wortes, weil ich mir denke wenn ich heute höre, dass das ja eh nur aufgrund der Vorhaben die wir seinerzeit beschlossen haben zustande gekommen ist, dann ist es genau das was ich immer predige, dass wir fast schon eine Endlosliste von Dingen haben die wir schon beschlossen haben und eines Tages kommen sie. Also, man kann nicht damit argumentieren, dass man jetzt überrascht ist, dass wir das durchführen. Vieles ist eh notwendig, das ist mir ganz klar. Nur wenn man die Unterlagen betrachtet die wir für das Budget 2008 bekommen haben, dann muss ich meinem Vorredner Recht geben, es schaut nicht besonders gut aus. Ich habe mir ja gedacht, dass es mit der absoluten Mehrheit der SPÖ sozusagen das Budget insofern im Griff ist, weil es ja immer heißt, dass die Opposition eh nur die Hand aufhalten will, nichts beiträgt dazu, dass das Budget saniert wird. Aber jetzt gelingt es anscheinend der SPÖ auch nicht das Budget so in den Griff zu bekommen, dass man für die nächsten Jahre eine Vision hat. Ich bin ja dem Herrn Mag. Lemmerer eh immer, insgeheim und heute öffentlich, dankbar wenn er quasi sich die Latte ohnehin recht legt und am Ende des Jahres schaut es dann ein bisschen besser aus. Nur wenn man sich um fast 80 % vertut beim Nachtragsvoranschlag im außerordentlichen Budget ist das halt bitter. Bitter nämlich für alle jene die da draußen etwas erwarten von der Stadt. Ich möchte auch damit endlich einmal Schluss machen, dass wir ja so arm sind in Steyr, dass wir ja ständig immer gewurzt werden seitens des Landes

und, und, und. Wenn man sich nämlich bei den Einnahmen anschaut wie viel wir letzten Endes zurückbekommen, es stimmt schon, dass wir mehr zahlen müssen als wir zurückbekommen, aber wir bekommen nicht so wenig zurück. Aber zu sagen die sind jetzt schuld, ...

GEMEINDERAT
GERALD HACKL:
Wir sind schon arm!

Gelächter

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Aber so arm, lieber Gerry Hackl, sind wir dann doch wieder nicht, weil letzten Endes auch diese Zahlen bemessen werden daran wie die Wirtschaftskraft hier herum funktioniert. Es ist ja erstaunlich, dass trotz dieser Budgets, die in den letzten Jahren vorgelegt worden sind, die Wirtschaftskraft ja eher am steigen ist. Gott sei Dank muss man sagen. Wir werden immer mehr und mehr Kredite aufnehmen müssen, das steht eh da herinnen, und wenn man den Zahlen Glauben schenken darf die uns für 2008 vorgelegt sind, bei den Rücklagen werden wir vielleicht bei einer zerquetschten Million anlangen, außer der Herr Finanzreferent hat noch das eine oder andere Glückspakerl, aber recht viel mehr als eine Million wird es wahrscheinlich nicht werden bei den Rücklagen. Wenn wir uns die Schulden anschauen die wir haben, können wir auch nicht unbedingt glücklich sein.

Was die Vorwärts anbelangt finde ich ja den Hinweis, so lapidar mit plus 800.000 Schilling da drinnen im Nachtragsvoranschlag ...

STADTRÄTIN
INGRID WEIXLBERGER:
Euro!

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Schilling wäre schön. Mit 800.000 Euro im Nachtragsvoranschlag, das ist der nächste Tiefschlag der kommt. Wie seinerzeit die Grünen gesagt haben vor mittlerweile 12 Jahren, das ist Toto-Spielen mit Steuergeldern, haben sie uns gehauen und haben gesagt, seid ihr wahnsinnig, das kann man ja nicht sagen, wir müssen doch einen Verein stützen. Das ist mir alles klar. Emotionen sind damals genug an der Tagesordnung gewesen. Ich habe auch insgeheim gehofft, dass das eines Tages nicht so werden wird, dass wir das bezahlen müssen. Patsch, jetzt müssen wir es zahlen. Komisch. Oder? Es ist irgendwie erstaunlich.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Irgendwann muss man was bezahlen.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Ja, aber das hätte man sich damals auch schon überlegen können. Es hat aber auch interessanterweise immer so eine Art Verdrängungsmechanismus da herinnen stattgefunden, weil es ist ja nicht das erste Mal, dass wir was für die Vorwärts bezahlt haben. Ich erinnere an die Gemeinderatssitzung im April, wo wir den Zwangsausgleich finanzieren mussten mit 6 Millionen Schilling. Jetzt kommen die 800.000 Euro dazu. Also, wenn das nicht irgendwie bei den zuständigen Damen und Herren, die das dann sozusagen auch mehrheitlich beschließen, ankommt, dann frage ich mich wirklich mit dem Nachtragsvoranschlag und mit dem was wir heute da zahlen müssen, ob nicht eine Kursänderung in den nächsten Jahren unbedingt notwendig ist. Ich würde auch dringend bitten, wenn Anfragen aus dem Gemeinderat zu diesem Thema sind, dass man uns reinen Wein einschenkt. Die Anfrage

war ja auch irgendwann einmal heuer oder Ende vom vorigen Jahr ...

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Vor einem Jahr.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

... wo damals auch sehr bewusst peinlich befragt worden ist was ist denn jetzt mit unserer Haftung und so, und da ist auch schön geredet worden. Also irgendwie lügen wir uns selbst ins Sackerl. Das gebe ich halt zu bedenken.

Der Nachtragsvoranschlag ist in einer derartigen Höhe verändert, dass ich eigentlich nicht zustimmen kann. Ich weiß aber auch sehr wohl, dass es unter der momentanen politischen Voraussetzung auch nicht anders möglich sein wird. Oder man denkt grundsätzlich um in der Richtung.

Vielleicht zum Abschluss noch. Ich glaube, dass, ob jetzt Wahljahr hin oder her, es gut wäre sich wirklich auch gemeinsam mit allen anderen Fraktionen zu überlegen wie man die finanzielle Gebarung der nächsten Jahre händeln muss. Da wird es wahrscheinlich, so wie in den vergangenen Jahren oder im vergangenen Jahrzehnt, heftige Diskussionen geben. Ich kann mich noch erinnern, damals beim Herrn Bürgermeister Leithenmayr wie wir 30 Stunden beisammen gesessen sind und gehachelt haben damit wir das Budget machen können. Aber interessanterweise ist es uns dann gelungen, obwohl die eine oder andere Fraktion abgesprungen ist. Aber es ist uns gelungen, dass wir das Budget so hingebraucht haben, dass es ansehbar war. Ich meine, ich will eh nicht dass wir was weiß ich, es wäre schön, aber es ist unrealistisch, dass wir so und so viel Plus schreiben. Das wird wahrscheinlich kaum gehen. Aber ich bitte darum, auch einzugestehen, eines Ta-

ges einmal, dass es wahrscheinlich mit dieser Vorgangsweise, wie wir es die letzten vier Jahre gemacht haben, an den Baum angeht. Also, wir müssen schauen, dass wir uns zusammen setzen und gemeinsam überlegen, und ich appelliere an dich Herr Bürgermeister als den zuständigen Finanzreferenten, auch deinen eigenen Schatten zu überspringen und einmal wirklich einzuladen und damit wir uns einmal Gedanken machen über das Budget, weil ich habe ehrlich gesagt keine gute Hoffnung.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Mayrhofer. Ich erteile es ihm.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Der Herr Apfelthaler hat gesagt, wir lügen uns selbst in den Sack, wenn wir die Augen verschließen und nicht in voller Kenntnis der Auswirkungen eigentlich Entscheidungen treffen. Ich glaube, das ist das Entscheidende. Der Hauptteil dieses Nachtragsvoranschlages sind schon beschlossene Vorhaben die finanziert werden müssen. Teilweise resultieren diese Beträge auch aus Übertragungen. Ich weiß das aus meinem eigenen Bereich, das sind Bauvorhaben die z. B. im letzten Jahr nicht mehr durchgezogen werden konnten und im heurigen Jahr anfallen. Das ist alles in Ordnung, das ist so. Nur zum Zeitpunkt der Budgeterstellung sind diese Dinge bekannt. Im Dezember, wenn das Budget beschlossen wird, wissen alle Fachabteilungen genau was sie heuer noch machen können und was in das nächste Jahr geht. D. h., es kann beim Budget berücksichtigt werden. Es ist unvorstell-

bar bitte schön, dass ich fast eine Verdoppelung des außerordentlichen Haushaltes zusammen bringe. D. h., das ist nicht in Ordnung. Ganz unberücksichtigt, dass viele der Dinge die da drinnen sind klar sind, selbstverständlich sind. Es ist nur eine Verfälschung. Es ist eine Schönfärberei des Budgets in der Hoffnung im Nachtragsvoranschlag da fällt es nicht so auf, da lassen wir es dann wieder reinlaufen. Der einzige Unterschied in diesem Nachtragsvoranschlag sind einige Positionen. Auch bekannt. Ich erinnere an die Budgetsitzung letzten Jahres, wo wir schon darauf hingewiesen haben, dass gewisse Ansätze viel zu gering angesetzt sind. Sozialausgaben z. B., die wir nicht in Zweifel gezogen haben, dass die Notwendigkeit dafür da ist, sondern die Höhe haben wir bezweifelt, weil wir darauf hingewiesen haben wie hat sich die Entwicklung in den letzten Jahren entwickelt. Wie war das? Und siehe da, wie überraschend, sie sind tatsächlich um 1,7 Millionen zu gering. D. h., das war bekannt. Die Fachabteilung hat das schon gewusst. Warum lässt man dann das bitte schön nicht ins Budget einfließen? Das ist vollkommen unverständlich. Wenn ich so etwas in der Privatwirtschaft mache, dann verliere ich meinen Job auf die Stunde.

In diesem Nachtragsvoranschlag ist aber diese eine Position drinnen die alle meine Vorredner schon angesprochen haben. 800.000 Euro unter Schadensfälle. Das ist einmal richtig. Das ist mit Sicherheit eine treffende Geschichte. Das ist ein Schadensfall. Ich möchte vorausschicken, dass fast über alle Fraktionen hinweg die Situation der Vorwärts analysiert wurde seinerzeit, 1995, 1997 und dass hier auf breiter Basis Entscheidungen getroffen wurden von fast allen Fraktionen. Auch meine war dabei, überhaupt keine Frage. Man hat gesagt, man hat zwei Möglichkeiten. Entweder wir tun nichts,

dann wird es diesen Verein so nicht geben, dann wird es diese Sportart so nicht mehr geben und damit, und das müssen wir auch sagen, sehr viele Steyrer wären mit dieser Vorgangsweise nicht einverstanden gewesen. Unsere Vorgänger haben sich das nicht leicht gemacht. Ich habe versucht ein bisschen nachzulesen in den Protokollen. Ich möchte aber auf eines jetzt vorweg noch hinweisen. Es ist mir vollkommen unverständlich wenn heute beschlossen werden soll, dass wir einem Nachtragsvoranschlag zustimmen und hier eine Position über 800.000 Euro drinnen ist, dass wir keine Akteneinsicht bekommen. Das kann es nicht sein. Mit welcher Begründung wird uns bei so einer Summe wo wir die Hand heben sollen, wo wir die Haftung übernehmen sollen, wo wir dafür gut stehen sollen, jeder von uns wie wir da herinnen sitzen, alle 36, wie sollen wir bitte schön, wenn wir da nicht einmal Akteneinsicht bekommen, entscheiden.

Diskussion verschiedener Mandatare

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Herr Blasi, wissen Sie überhaupt, welche Haftung wir übernommen haben?

Die GEMEINDERAT

RUDOLF BLASI:

Die Haftung ist ja schon 1995 beschlossen. Um die diskutieren wir ja jetzt nicht.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Wir diskutieren sehr wohl darüber und ich garantiere Ihnen, dass sich noch sehr viele Leute damit beschäftigen werden.

Ich darf Ihnen nämlich erstens einmal Auszüge darüber geben aus dem Amtsbericht vom 19. Jänner 1995. „Die Stadt übernimmt nicht, wie von der Raiffeisenkasse gewünscht, eine Haf-

tung als Bürger und Zahler, sondern lediglich eine Ausfallbürgschaft nach § 1345 des ABGB. Zur weiteren Sicherstellung des Kredites hat der SK Vorwärts dem Kreditinstitut das ihm gehörige Baurecht zu verpfänden“. Alles ganz klar. „Um das Risiko der Stadt zu einer Zahlung aus dieser Bürgschaft verhalten zu werden zu minimieren, ist im abzuschließenden Bürgschaftsvertrag festgehalten, dass im Fall des Zahlungsrückstandes eine Befriedigung der aushaftenden Forderung zunächst aus dem den Kreditnehmer zitierten Werbevertrag über sämtliche Werberechte im Bereich des Sportplatzes zu erfolgen hat. Aus diesem Werbevertrag usw. steht das zu.“ Weiters steht drinnen: „Wichtig erscheint, dass in Hinkunft Einnahmen aus Spielerverkäufen zur Abdeckung des Kredites zu verwenden sind.“ Weiters steht drinnen: „Sollte die Tilgung des Kredites ordnungsgemäß erfolgen, können, so wie bisher, die Lustbarkeitsabgabe und die Kommunalsteuer einbehalten werden und werden am Jahresende endgültig nachgesehen.“ Was ist jetzt? Haben wir die in Rechnung gestellt oder nicht? Sind die angerechnet worden? Sind diese Beträge zur Tilgung des Kredites verwendet worden? Ja oder nein? „Zudem haften die Vorstandsmitglieder des Vereines für einen finanziellen Nachteil der Stadt aus einer Verletzung der Vereinbarung auch über den Betrag von drei Millionen hinaus. Um sicher zu stellen, dass nicht jener Kredit für den die Vorstandsmitglieder persönlich haften rasch abbezahlt wird und die Stadt zur Rückzahlung des von ihr besicherten Kredites in Anspruch genommen wird, ist in der Vereinbarung vorgesehen, dass die Vorstandsmitglieder insgesamt drei Millionen mithaften und zwar so lange bis der von der Stadt besicherte Kredit auf 6 Millionen getilgt würde.“ So, und dann geht es noch weiter. „Und für den Fall, dass der Kredit nicht ordnungsgerecht abgestat-

tet wird, nicht in eine Zahlungsverpflichtung bei Auflösung des Baurechtes zu kommen, ist zusätzlich der mit dem SK Vorwärts Steyr abgeschlossene Baurechtsvertrag in der Form abzuändern, dass die im Rahmen des Baurechts aufgeführten Bauwerke bei Beendigung des Baurechts unentgeltlich in das Eigentum der Stadt Steyr übergehen.“ So, dann steht drinnen: „Unbeschadet der vereinbarten Vertragsdauer von 80 Jahre, *das bezieht sich jetzt, meine sehr geehrten Damen und Herren, auf das Baurecht der Vorwärts*, steht der Stadt das Recht zu diesen Baurechtsvertrag mit sofortiger Wirkung aufzulösen, wenn über das Vermögen des Bauberechtigten ein Konkursverfahren eingeleitet wurde.“ Herr Bürgermeister, ist das passiert? Weil jetzt ist es so, wenn wir das bezahlen tritt zwar die Raiffeisenkasse vom Baurecht zurück aber es hat noch immer die Vorwärts das von uns gewährte Baurecht, das wir aber sofort bitte schön kündigen hätten können bei Eintritt des Konkurses. Ich darf noch einmal in Erinnerung rufen, damit das nicht ein Konkurs geworden ist sondern ein Ausgleich haben wir ja eh schon 6 Millionen Schilling bezahlt. Das hat eh schon die Stadt gemacht. Nicht aus Geld das uns gehört sondern aus Steuergeldern. Das muss auch schon einmal klar sein. Jetzt stellen sich schon für mich einige Fragen. Erstens einmal. Da hat es doch schon Rückzahlungen vom Vorwärtsverein gegeben. Oder? Es hat ja in der Zwischenzeit Spielerverkäufe gegeben. Es hat Werbeeinnahmen gegeben. Da muss sich doch dieser Kredit, so wie hier im Vertrag festgelegt, geändert haben. Das muss doch schon heruntergegangen sein. Was ist mit dem? Sind alle Schritte vonseiten der Stadt genommen? Wir sind ja nicht der richtige Haftende wir haben ja nur eine Ausfallbürgschaft. Ist zuerst einmal, nachdem ja der Verein weiter besteht und im Prinzip aufgrund des Ausglei-

ches auch entschuldet worden ist, ist da nicht zuerst einmal das fällig gestellt worden bei der Vorwärts? Oder hat die Bank da womöglich, entgegen der rechtlichen Situation, sofort den Griff Richtung uns gemacht? Warum sollen wir das jetzt gleich bezahlen? Wo ist der Akt? Wo kann ich Einsicht nehmen um zu sehen ist das wirklich rechtens? Ich habe heute, mit deiner Einwilligung, eine Seite, nein, zwei Seiten waren es, ein Schriftstück gesehen. Und zwar ist das ein Schriftstück der Bank in dem sinngemäß drinnen steht: „Nachdem alle unsere Bemühungen anderweitig zu dem Geld zu kommen gescheitert sind, stellen wir diese Haftung fällig.“ Und zwar sind bisher angelaufen, aufgrund von einer dreijährigen Verzinsung, das ist nach dem ABGB die Möglichkeit drei Jahre retour zu verlangen, 998.000. Sollte die Stadt bis 31. 8. 2007 diese 800.000 bezahlen, dann sieht die Bank praktisch diesen Differenzbetrag nach. Nachdem mir nicht bekannt ist, dass wir bis 31. 8. bezahlt haben, gehe ich davon aus, dass wir 998.000 zahlen müssen, weil ich habe keine andere Kenntnis davon. Wir haben überhaupt keine Kenntnis davon. Am 13. Juli bitte ist dieses Schriftstück der Bank eingelangt. Wir haben in der Zwischenzeit gehabt Finanz- und Rechtsausschusssitzung, wir haben x Stadtsenatssitzungen gehabt, wir haben Gemeinderatssitzungen gehabt, wir haben Fraktionsvorsitzendenkonferenz gehabt. Der Bürgermeister und ich haben einmal im Monat ein Jour fixe. Nie, nie ist das auch nur einmal angesprochen worden. Jetzt frage ich schon: Will man überhaupt informieren? Will man zusammen arbeiten? Oder, wie haben Sie gesagt, lügen wir uns in den Sack? Da muss ich sagen, ich glaube die Bezeichnung „Lügen wir uns in den Sack“ ist falsch. Man müsste das anders formulieren. So wie es da ist, zum derzeitigen Zeitpunkt, ist für mich eine Zustimmung vollkommen unvorstellbar.

Nicht nur das. Damit wir überhaupt diese Haftung übernehmen konnten hat es der Zustimmung der Landesregierung bedurft. Ich schlage also hier wirklich vor, dass wir die Landesregierung auch jetzt prüfen lassen, ob wir wirklich diesen Betrag zu zahlen haben oder ob nicht jemand anderer genauso auch zur Kassa gebeten werden muss. Ich ersuche wirklich eindringlich, im Sinne der Bürger von Steyr, im Sinne der Mittel die wir für die Steyrer Bürger verwalten, dass wir alles machen, dass wir das nicht so hinnehmen und dass endlich einmal bitte eine Transparenz hier in diesem Raum herrscht und dass wir nicht für blöd verkauft werden. Danke schön.

Beifallskundgebung *verschiedener Mandatare*

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Nächste zu Wort gemeldet ist die Kollegin Frech. Ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, ich bin dem Kollegen Mayrhofer dankbar, dass er aus diesem Amtsbericht zitiert hat, weil dieser Amtsbericht wäre mir persönlich gar nicht zugänglich, weil ich ja keine Akteneinsicht habe. Ich habe im Vorfeld dieser Sitzung natürlich versucht auch Akteneinsicht zu nehmen. Die Akten selber habe ich nicht, da ja diese Bürgerschaft beschlossen worden ist in der GR-Sitzung vom 26. Jänner 1995 und da war ich noch nicht im Gemeinderat. Die Antwort die ich bekam war, Einsichtsrecht habe ich da natürlich nicht, derzeit ist „Vorwärts“ nicht Tagesordnung der Sitzung, es gibt keinen Antrag dazu. Meines Erachtens ist es sehr wohl auf der Tagesordnung der Sitzung über diesen Nachtragsvorschlag, aber da kann man natürlich

wieder versuchen das ein bisschen abzuwürgen. Ich habe auch versucht das Schreiben der Raika zu bekommen, aber das darf ich auch nicht in Kopie bekommen, da hat es der Kollege Mayrhofer anscheinend irgendwie besser geschafft.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Einsicht nicht.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Gut. D. h., man versucht diese Dinge wirklich von uns Mandataren fern zu halten. Es war auch nicht möglich diesen Bürgschaftsvertrag zu sehen, aufgrund dessen wir heute zahlen. Die Antwort war, ich kann ja in den Gemeinderatsprotokollen nachlesen. Das ist sehr nett, das tu ich auch, das Gemeinderatsprotokoll ist im Internet, nur im Gemeinderatsprotokoll lesen Sie die Wortmeldungen der Mandatäre und Sie lesen dann den Beschluss und im Beschluss steht nur drinnen, Zustimmung zur Bürgschaft, Vertrag siehe Beilagen. Aber die Beilagen die darf ich nicht sehen und die sind nicht öffentlich. Ich weiß gar nicht, was in diesem Vertrag steht. Ich weiß gar nicht, wie weit die Raika berechtigt ist Zinsen zu verrechnen. Das kommt jetzt auch dazu. Natürlich ist sie generell berechtigt Zinsen zu verlangen, weil, und das hätte den Leuten hier herinnen, jetzt nicht Ihnen aber die damals am Werk waren, auch klar sein müssen, dass eine Bürgschaft auch bedeutet, dass man nicht nur für das Kapital haftet sondern auch für alle anfallenden Kosten. Nicht nur für das Kapital sondern auch für alle anfallenden Kosten. In diesem Fall sind das die Zinsen. Was ich nicht weiß ist, ob Zinsen dezidiert ausgemacht worden sind, in welcher Höhe, keine Ahnung. Es lässt sich nur rückrechnen aus dem was jetzt im Nachtragsvoranschlag drinnen ist, dass selbstverständlich Zinsen dazu

gekommen sind in Höhe von ungefähr 2 Millionen Schilling. Ich sage deshalb bewusst Schilling, weil der Ursprungsbetrag waren ja die 9 Millionen Schilling. Na ja, dann sind wir schon bei 11 Millionen Schilling. Außerdem betonen ja manche Mandatäre da herinnen immer wieder sie tun sich mit Schilling leichter und haben sich auf den Euro noch nicht so eingestellt.

Der nächste Punkt ist, meine Damen und Herren, diese 0,8 Millionen Euro die jetzt da drinnen sind, oder ungefähr 11 Millionen Schilling, das ist es ja gar nicht, weil wenn Sie sich den Nachtragsvoranschlag angesehen haben, dann müssen wir uns dafür ein Darlehen aufnehmen. Wenn ich jetzt dafür ein Darlehen aufnehme, und selbst wenn ich jetzt nur, ganz einfach gerechnet, 5 % Zinsen hernehme, für 5 Jahre, das ist einigermaßen realistisch, das ist schon so verdammt niedrig, unser Finanzreferent Lemmerer kann aber gut verhandeln also sind es nur 5 %, dann bin ich plötzlich bei der Summe von 1 Million Euro. Dann sind wir schon fast bei 14 Millionen Schilling. Und, der Kollege Mayrhofer hat das kurz erwähnt, das ist ja nicht das erste Mal, dass wir zahlen für Vorwärts. Es gab ja auch, und das ist heute schon kurz angesprochen worden, aber das ist ein bisschen unter gegangen, damals diese Garantieerklärung in der Gemeinderatssitzung vom 18. 6. 1998. Da war ich ja schon dabei und da hat die Stadt Steyr eine Garantieerklärung für Vorwärts übernommen in der Höhe von 6 Millionen Schilling. Wenn Sie sich die Protokolle durchlesen, dann hat sich das Spiel von 1995 de facto wiederholt. Es gab wieder Mandatäre herinnen die gesagt haben, ach, das ist ja gar kein Cash, wortwörtlich, das ist ja nur eine Haftung, das werden wir ja nie zahlen müssen. Und wenn die 6 Millionen schlagend werden, dann gibt es ja diesen Baumeister Müllner, mit dem haben wir ja einen Untervertrag und der muss dann 3 Mil-

lionen Schilling bezahlen. Nur dieser Baumeister Müllner hat meines Wissens nie 3 Millionen Schilling gezahlt sondern Vorwärts hat dann einen Zwangsausgleich finanziert bekommen, der hat uns, was glauben Sie wie viel gekostet, genau diese 6 Millionen Schilling. Diese 6 Millionen aus der Garantieerklärung. D. h., wir sind jetzt bei einer Summe von 20 Millionen Schilling und den Fußballclub haben wir auch nicht für die für die Bundesliga gerettet.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDRIKE MACH:
Warum 20 Millionen?

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Die 14 Millionen mit den Zinsen plus die 6 Millionen. 20 Millionen Schilling. 6 Millionen aus der Finanzierung des Zwangsausgleiches plus die 9 Millionen Schilling plus die 2 Millionen Zinsen die wir der Raika zahlen müssen plus die Zinsen die wir dann noch zahlen müssen, weil wir uns ja einen Kredit aufnehmen müssen und das sehen Sie ja im Nachtragsvoranschlag, sind wir bei 20 Millionen Schilling. Wenn ich mir anhöre, und das weiß jeder von Ihnen ganz genau, bei wie vielen kleinen Minibeträgen man da herinnen kämpfen muss damit was weiter geht, weil es heißt wir haben das Geld nicht dazu und da hatte man es, 20 Millionen Schilling. Und heute tut jeder so, na ja, eine Bürgschaft, wir haben uns über den Tisch ziehen lassen. Wissen Sie, jeder weiß das, dass, wenn man haftet für einen Bürgen, dann haftete man für die Gesamtschuld, man haftet für die anfallenden Kosten und es wird auch so behandelt von einer Bank als hätte man selbst ein Darlehen aufgenommen. D. h., die Kreditwürdigkeit sinkt. Das ist ja auch ein Grund, warum ein Privater das nicht tun würde. Ich kann mich noch gut erinnern wie es um diese Garantieerklärung gegangen ist

und ich die Frage herinnen gestellt habe: „Wer von Ihnen würde diese Garantieerklärung auch als Privater tätigen?“ Da war Schweigen. Keiner hätte das privat gemacht. Aber als Gemeinderat, so anonym irgendwo, da geht das ja. Ich glaube die Auswirkung einer Bürgschaft war einigen schon bewusst. Aber privat prägt man das natürlich nicht. 20 Millionen Schilling im Endeffekt hat uns dieser, unter Anführungszeichen, Spaß gekostet.

Eines nur so als Detail am Rande, damals in dieser Gemeinderatssitzung vom 18. Juni 1998 war ich die Einzige die nicht mitgegangen ist mit dieser Garantieerklärung. Ich habe mich prügeln lassen müssen, verbal, von allen anderen, weil Fußball, das ist ja eine zentrale Geschichte, Brot und Spiele und da schießt man ja ...

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Der Stimme enthalten.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
- das ist auch eine Gegenstimme -. nach Wählerstimmen. Nur das Interessante war, der Herr Bürgermeister hat dann gesagt, damals noch der Herrmann Leithenmayr, Frau Frech, wenn es nach Ihnen ginge, dann würden wir jetzt 8,2 Millionen Schilling in den Sand setzen. Würden Sie dafür die Verantwortung übernehmen? So, wie viel haben wir jetzt in den Sand gesetzt? 20 Millionen. Hätten wir damals rechtzeitig die Reißleine gezogen, dann hätten wir uns zumindest diese 12 Millionen Schilling erspart. Jetzt sind wir bei diesen 20 Millionen.
Zurück zu dieser Akteneinsicht.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
Es ist praktisch, wenn man das ganze Jahr gegen alles ist, dann ist man nie an etwas Schuld.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Herr Kollege Payrleithner, Sie können sich gerne noch die Argumente anschauen die ich gebracht habe. Und jeder, der das mitbekommen hat, und das habe ja nicht nur ich gesagt, auch in Ihrer Fraktion hat es diese Stimmen gegeben 1995, von einem Herrn Schwager beispielsweise bzw. dann 1998 von einem Herrn Stieglitz, die sehr wohl gewarnt haben diese Haftung einzugehen. Aber das hat man eben ignoriert. Jetzt wundert man sich plötzlich was passiert. Ich bin auch der Auffassung, dass man hierzu einen Tagesordnungspunkt machen hätte müssen. Ich weiß auch warum nicht, weil wenn etwas auf der Tagesordnung einer Sitzung steht hat man ein Akteneinsichtsrecht. Ich glaube, das fürchtet man hier herinnen wie der Teufel das sprichwörtliche Weihwasser. Ich weiß wovon ich spreche, weil ich habe mich damals bemüht, wie es um die Garantieerklärung gegangen ist, diese Akteneinsicht zu bekommen, weil mir jeder erklärt hat, damals waren Sie ja noch nicht dabei, das können Sie alles nicht wissen. Ich habe gesagt gut, ich möchte die Akte Vorwärts sehen. Garantieerklärung ist auf der Tagesordnung, Akt „Vorwärts“. Das Amt hat auch die Akte „Vorwärts“ kopiert, das war natürlich ziemlich viel, weil ich wollten den gesamten Akt sehen, und wie ich dann gekommen bin hat es plötzlich geheißen, es tut uns Leid, wir haben es zwar schon fertig kopiert, die Überschriften habe ich dann noch schnell oben gesehen, ich kann Ihnen auch dazu noch ein bisschen was sagen, und dann hat man gesagt nein, das dürfen Sie gar nicht sehen, weil heute ist ja nur ein kleiner Teil zum Thema „Vorwärts“ auf der Tagesordnung. Da hat man irgendwie so den Begriff Teilakt erfunden. Ich darf nur diesen Teilakt sehen. Inzwischen weiß ich natürlich auch, das Land OÖ hat das bestätigt, so etwas wie Teilakte in

diesem Sinn gibt es nicht, ich hätte eine volle Akteneinsicht gehabt. Nur, das Dumme ist, dann war die Sitzung vorbei und nach der Sitzung hat man ja wieder keine Akteneinsicht. Und dass es brisant sein muss, dieses „Äktchen“ oder diese Akte „Vorwärts“, zeigt schon, dass dieser Amtsbericht, den Sie heute vor sich liegen haben, zum Thema Nachtragsvoranschlag, da steht einfach oben „vertraulich“, so wie auf all diesen Amtsberichten. Dann gibt es die, die besonders heikel sind, da steht „sehr vertraulich“. Aber wissen Sie, das Einzige was ich erblicken durfte von der Akte „Vorwärts“ war ganz dick und fett „strengstens vertraulich“. Hoch geheim. Da frage ich mich schon, was da so hoch geheim und so strengstens vertraulich ist und was da so an möglichen Leichen im Keller liegt. Ich weiß es ja nicht, ich kann ja nichts dazu sagen, ich darf es ja nicht sehen. Da denke ich mir, das kann es nicht sein. Wenn hier und heute, und wir haben heute schon einmal das Thema Demokratie gehabt, man Mandatären Informationen die zur ihrer Entscheidungsfindung beitragen vorenthält, weil möglicherweise wäre ja auch damals das mit der Garantieerklärung anders ausgegangen und wir hätten uns die 6 Millionen erspart, wenn alle Mandatäre hier herinnen auch wirklich Information gehabt hätten und nicht immer nur alles aus zweiter Hand.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Vzbgm. Bremm.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Das Thema „Vorwärts“, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist ja ein sehr bekanntes Thema. Ich glaube, dass es kaum, weil man so tut als ob da irgendwo etwas geheim gehalten wird, dass irgendwo Leichen sind. Die

Leiche war 2000 die „Vorwärts“. Das war die Leiche. Es war äußerst unangenehm, unerfreulich, aus sportlicher Sicht und natürlich auch mit den Nachwehen, die wir damals gewusst haben, was auf uns als Stadt zukommen wird. Das ist ja nicht irgendwie überraschend, dass wir heute sagen, och, mit dem haben wir nicht mehr gerechnet. Das wissen wir mittlerweile 7 Jahre wo die Vorwärts in den Zwangsausgleich geschickt worden ist, dass möglicherweise, seitens des Bankinstitutes, diese Haftung von uns eingefordert wird. Also, wenn man das absichtlich verdrängen will, weil man das nicht hören will, dann hat man gewusst, dass auf uns das zukommen wird. Heute, nach 12 Jahren, 1997 oder 1998 wo wir noch einmal mit den 6 Millionen das gemacht haben, ...

Zwischenruf: 2000.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

2000 war der Zwangsausgleich, aber wir haben dann noch einmal 6 Millionen mit dem Müllner damals diese Garantieerklärung abgegeben.

Heute zu sagen das war ein Blödsinn und das war nicht gescheit und das war fahrlässig und was weiß ich alles, das kann man leicht sagen. Ich möchte aber nur erinnern an die damalige Stimmung die vorhanden war. Darum sind diese Beschlüsse auch in einem hohen Ausmaß von allen Fraktionen, bis auf einzelne Mitglieder, mitgetragen worden. Da heute den Stab darüber zu brechen über die, die nicht mehr da sind und sagen das ist nicht gescheit und richtig gewesen, da macht man sich die Debatte relativ einfach. Es war damals die allgemeine Stimmung, und auch in der Öffentlichkeit ist der Druck auf die Stadt vorhanden gewesen. Es hätte sich niemand, so ehrlich muss man heute sein, getraut damals die Vorwärts über die Klinge springen zu

lassen. Das hätte sich niemand getraut. Deswegen, unter diesem öffentlichen Druck, der auch über die Medien gekommen ist, haben wir uns weich klopfen lassen und haben diese Haftungen übernommen. Heute ist es schmerzlich. Wenn man es bezahlen muss, dann ist es schmerzlich, aber wenn man wo eine Bürgschaft oder Haftung übernimmt, muss einem immer bewusst sein, dass diese möglicherweise zum Tragen kommen wird. Es gibt da überhaupt keine Geheimnisse, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Unterlagen, die Bürgschafts- oder die Haftungsverträge und das, das hat es zum damaligen, ich glaube der Kollege Apfelthaler hat das, er ist da ein Archivar, er ist sehr ordentlich in seinem Büro und hat sich das alles abgelegt, weil das müsste nämlich bei jedem Einzelnen, der damals dabei war, in seinen Akten sein. Der Kollege Alphasamer würde sagen, das ist in Verstoß geraten. Also, das findet man nicht mehr. Aber es hat diese Unterlage ja alle gegeben. Es sind ja diese Verträge da im Gemeinderat beschlossen worden. Dass du es noch nicht hast Kollegin Frech, du warst halt noch nicht da.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Da geht es um den gesamten Schriftverkehr des Aktes wo z. B. Beamte davor warnen diese Bürgschaft einzugehen.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Es hilft uns ja heute nichts, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn es damals so kluge Beamte gegeben hat die davor gewarnt haben diese Haftungen nicht einzugehen. Das war auch nicht eine Entscheidung die auf Beamtenebene zu treffen war, sondern das ist eine politische Entscheidung gewesen und die ist mit überwiegender

Mehrheit da im Gemeinderat beschlossen worden.

Noch einmal. Es gibt da keine Geheimnisse. Wir müssen das bezahlen. Dass das jetzt im Nachtragsvoranschlag so drauf ist, na net, wo soll es denn sonst sein. Es muss ja das Geld zur Verfügung gestellt werden. Ob das noch einmal einen separaten Amtsbericht notwendig macht, das wird angeschaut werden oder ob das in dieser Form im Nachtragsvoranschlag möglich ist. Also, das wird abgeklärt werden. Heute wird ja nicht der eine Punkt „Vorwärts“ beschlossen, sondern in der Gesamtheit der Nachtragsvoranschlag.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Nächster ist der Herr StR Mayrhofer zum zweiten Mal.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Geschätzte Damen und Herren, ich habe auch nicht erwartet, dass ich vom Kollegen Bremm die Antwort auf meine Fragen bekomme. Ich hoffe aber, dass ich sie vom Bürgermeister bekomme. Für die Gäste und auch für die Presse, es gibt die „Aktuelle Stunde“ z. B. wo man Themen thematisieren kann. Das ist für die Referenten und auch für den Bürgermeister nicht einfach, weil er sich schwer vorbereiten kann. Es gibt allerdings auch die Möglichkeit eine offizielle Anfrage im Gemeinderat zu machen. Zu der greift man als Gemeinderat, wenn man über ein Thema nicht Bescheid weiß, wenn man keine Informationen erhält. Hier haben die Statuten vorgesehen, dass man Anfragen machen kann zu denen der Bürgermeister sich vorbereiten kann, er kann auch delegieren an einen Referenten, aber auf jeden Fall wo man hier als Gemeinderat erschöpfende, voll inhaltlich richtige Aussagen bekommt.

Wir haben vor einem Jahr in der GR-Sitzung, in der 23. ordentlichen GR-Sitzung, am 16. November, also ziemlich zeitgleich vor einem Jahr die Anfrage gestellt, wie es mit diesen Haftungen ausschaut. Sind noch Haftungen offen? Wie werden diese bereinigt? Wann müssen wir mit einer Bezahlung rechnen? Gibt es schon Vereinbarungen mit der Bank oder anderen Verhandlungspartnern? Die Antwort des Herrn Bürgermeisters war, dass der Bericht der Nachrichten vom 7. 11. 2006 richtig ist, nämlich, dass aus dem Konkurs das Baurecht nach wie vor aufrecht begründet ist und dass die beiden vorgenannten Pfandrechte sichergestellt sind. Es wird weiters festgestellt, dass die Haftung für den Kredit nicht auf die Stadt unmittelbar übergegangen ist. D. h., Haupthaftender ist die Vorwärts. Aussage des Herrn Bürgermeisters. Ebenfalls angesprochen vom Bürgermeister wurde, dass wir für den Zwangsausgleich 6 Millionen zugesichert haben. Die Frage nach der Bereinigung der Haftungen bzw. welche Vereinbarungen in diesem Zusammenhang getroffen worden seien, erübrigt sich, da wie dargestellt eine formelle Entlassung aus der Haftung aus dem Bürgerschaftsvertrag des Jahres 1995 noch nicht erfolgt ist. Ich habe dann noch gefragt, d. h., brauchen wir die 6 Millionen Schilling nicht mehr bezahlen. Der Bürgermeister antwortet darauf, ist mir nicht bekannt, dass da was zu bezahlen wäre. Also ist für uns nur diese 9 Millionen-Summe aktuell.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, am 13. Juli ist dieses Schreiben an die Stadt ergangen. Ich möchte in Erinnerung rufen, dass es am 26. Juni eine außergerichtliche Einigung gegeben hat zwischen einer Immobiliengesellschaft und einem Privatbeteiligten. Was jetzt schon sehr komisch ist, dass hier der Zeitraum wo die Haftung dann fällig gestellt wird so unmittelbar knapp dahinter gestellt wird. Ich glaube, dass

jetzt der Zeitpunkt ist wo man wirklich die Karten auf den Tisch legen sollte. Ich ersuche wirklich dringend, dass wir von diesem Nachtragsvoranschlag die 800.000 heraus nehmen und das zurückstellen und über diese Causa eine eigene Sitzung machen. Mit voller Offenlegung, weil nur so, Herr Bürgermeister, können Sie ausräumen, dass Sie fahrlässig gehandelt haben oder dass Sie zum Nachteil der Steyrer Bürger gehandelt haben. Das kann nicht in Ihrem Interesse sein, weil da geht es nicht nur um Ihre Person sondern da geht es um die Stadt Steyr. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Frau Frech zum zweiten Mal.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Gestatten Sie mir noch ein paar Worte zum Nachtragsvoranschlag an sich, der ja sehr viel umfangreicher ist und weiter über das hinaus geht was jetzt diese Haftung und Bürgschaft für Vorwärts angelangt. Man sollte sich hier herinnen schon bewusst sein, dass in diesem Nachtragsvoranschlag zusätzliche Schulden aufgenommen werden von 1,3 Millionen Euro. Was das wiederum an Zinsendienst bedeutet, brauche ich Ihnen nicht erklären. Zusätzlich hat man alleine im ordentlichen Haushalt 2,5 Millionen Euro an Rücklagen aufgelöst. Das aber, obwohl, das haben Vorredner von mir heute auch schon betont, die Rückflüsse von Land und Bund sich gar nicht so schlecht entwickeln. Warum entwickeln sie sich nicht so schlecht? Weil wir derzeit eine gute Konjunkturlage haben. Auch das sieht

man im Nachtragsvoranschlag, indem wir mehr an Kommunalsteuer auch einnehmen. D. h., in einer Situation wo es der Wirtschaft gut geht, handeln wir im Prinzip ganz anders. Wir müssen Rücklagen auflösen, wir müssen Schulden aufnehmen. Was tun wir denn dann in den magern Jahren, wenn wir jetzt in den fetten Jahren bereits unsere ganzen Rücklagen auflösen und zusätzliche Schulden aufnehmen? D. h., wir können nur froh sein, dass die Wirtschaft da draußen derzeit boomt und dass wir dermaßen viele gute Unternehmen in Steyr haben und die Auftragsbücher voll sind. Ich möchte nicht wissen was los wäre, wenn dem nicht der Fall wäre.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Dann sparen wir.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Ja wovon denn?

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Herr Bürgermeister bitte das Schlusswort.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
So, meine sehr geehrten Damen und Herren, das Thema Nachtragsvoranschlag ist heute mit Sicherheit zur Diskussion zum Thema Vorwärts geworden. Ihr könnt mir einmal glauben, als ich da Bürgermeister und Finanzreferent geworden bin war mir auch klar, dass diese Haftung, diese Bürgschaft irgendwo einmal schlagend werden kann. Jeder, der heute eine Bürgschaft unterschreibt, muss sich dessen bewusst sein, dass eine Bürgschaft irgendwann einmal wirksam, schlagend wird. Ich habe mir die Protokolle der Sitzungen, zu dem Zeitpunkt wo ich noch nicht Bürgermeister war, sehr

genau durchgelesen. Ich habe mir auch ein Bild gemacht wie die rechtliche Situation war und wie sie sich jetzt darstellt. Beim letzten Thema, und das war schon im Jahr 2000 wo ich schon im Gemeinderat gesessen bin, als kleiner Gemeinderat, hat es eine Sitzung am 13. April gegeben da hat es nur einen Tagesordnungspunkt gegeben, den Tagesordnungspunkt „Vorwärts“ – Zwangsausgleich. Zu dieser Sitzung war unter anderem Dr. Tillman Schwager als Rechtsexperte eingeladen und hat uns dort die harte Wirklichkeit vor Augen geführt. Der Kassmannhuber war auch noch da. Ich habe mir den Textteil herausgeschrieben wo steht: „D. h. im Klartext, wir haben auf alle Fälle eine Haftung von 9 Millionen Schilling aus dem Bürgschaftsvertrag, wir haben eine mögliche Haftung von 3 Millionen Schilling aus der Sachhaftung und wir haben eine strittige aber noch alles andere als ausjudizierte Gefahr einer Haftung von weiteren 6 Millionen Schilling“. Das ist so damals berichtet worden. Dieser Zwangsausgleich und diese Folgen dieses Zwangsausgleiches sind damals mit 25 Stimmen (SPÖ, ÖVP und GAL) und 7 Gegenstimmen (FPÖ und LIF) beschlossen worden. Das ist Sache. Im Anschluss hat es dann Gespräche gegeben, d. h., die Herren der Raika waren bei mir und haben gesagt sie wollen entweder die Haftung fällig stellen oder dieses Baurecht umsetzen. Dann habe ich gesagt okay, es gibt ein Baurecht auf dem Vorwärts-Vorplatz und das können sie verwenden. Da hat es auch Gespräche gegeben was da alles machbar wäre, ein Parkhaus oder Geschäfte dort zu errichten. Irgendwann sind sie zu mir gekommen, ich glaube es war im Laufe des vergangenen Jahres, Ende des vergangenen Jahres, Anfang dieses Jahres, wo sie mir dann gesagt haben, wirtschaftlich nicht umsetzbar. D. h., sie werden auf mich zukommen und die Haftung irgendwann schlagend

machen, also fällig stellen. Das war im Juli diesen Jahres. Wir stehen jetzt vor der Situation, dass wir demnächst diese Haftung bezahlen müssen. Sie können mir glauben, als Finanzreferent der Stadt Steyr wäre mir alles lieber als diese Summen zu bezahlen. Aber es ist halt einmal so. Die rechtliche Situation ist so, dass jetzt bezahlt werden muss. Es hat natürlich auch Auswirkungen auf unser Budget, das ist überhaupt keine Diskussion. Aber es ist halt auch notwendig, dass man irgendwann einmal reinen Tisch macht und dass entsprechende Maßnahmen gesetzt werden. Zum Thema Baurecht werden wir sicher noch reden müssen wie das weiter geht mit Vorwärts und der Frage des Baurechtes mit der Vorwärts.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Was ist mit den Zinsen?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Die Zinsen die hier zu bezahlen sind die haben sie mir vorgerechnet, das würde in Summe jetzt schon 998.000 Euro kosten. Sie haben mir das Angebot gemacht, dass mit 800.000 Euro ...

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Bis Ende August.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Also da habe ich mit dem Verantwortlichen der Raika gesprochen und die wären bereit, diesen Zeitpunkt auch nach hinten hinauszuschieben.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Sie haben eine schriftliche ...

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Es tut mir Leid Gunter, ich habe mit dem Verantwortlichen diese Zusage und diese Zusage gilt. Von dem kannst du ausgehen.

Aber das ist das Thema Vorwärts und da hier einen Zusammenhang zu konstruieren, dass da irgendetwas mit einem Grundbesitzer in Steyr gelaufen wäre, das ist deine Interpretation aber nicht meine.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Was war das genau?

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das musst du mit dem Gunter Mayrhofer besprechen.

Gut, ich bitte diesen Nachtragsvoranschlag in der vorliegenden Form, vielleicht kann man auch noch dazu sagen, selbstverständlich gibt es das eine oder andere Problem und das ist auch schon heute erwähnt worden, das Thema Sozialausgaben ist kein Thema wo man so drüber hinweggehen kann, sondern es gibt auch entsprechende Maßnahmen die im nächsten Jahr gesetzt werden müssen um hier auch wieder eine gute Entwicklung im Budget herbeizuführen. Aber das sind so die Eckpunkte des Vertrages.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

D. h. Herr Bürgermeister die 800.000 Euro bleiben drinnen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

So, das war jetzt das Schlusswort Herr Kollege Mayrhofer.

Wir kommen, meine sehr geehrten Damen und Herren, zur Abstimmung

über den Nachtragsvoranschlag. Wer dafür ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ. Wer ist dagegen? ÖVP, GAL, FPÖ und Bürgerforum Steyr. Der Nachtragsvoranschlag wurde mit Mehrheit angenommen. Danke, nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Der nächste Punkt ist der Antrag des Bürgerforums und der ÖVP zum Thema „Derflerhaus“. Es gibt ein Schreiben von der Frau Gemeinderätin Frech und sie schreibt:

3) Präs-752/07

Antrag des Bürgerforum und der ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend sogenanntes „Derflerhaus“, Grünmarkt 25; Ankauf durch die Stadt Steyr

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Ing. David Forstenlechner!

Gemäß § 6 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr stellen das Bürgerforum Steyr und die ÖVP-GR-Fraktion folgenden Antrag für die GR-Sitzung am 15. November 2007:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Folgende Personen werden hiermit beauftragt noch vor Jahresende 2007 in Verhandlungen mit der Eigentümerin des sogenannten „Derflerhauses“, Grünmarkt 25, zu treten, um sämtliche Möglichkeiten auszuloten, dieses Gebäude langfristig für die Stadt Steyr zu sichern.

- Bgm. Ing. David Forstenlechner (in seiner Funktion als Finanzreferent)
- Vzbgm. Ing. Dietmar Spanring (in seiner Funktion als Kulturstadtrat)

- Vzbgm. Gerhard Bremm (in seiner Funktion als Liegenschaftsreferent)
- StR Gunter Mayrhofer (in seiner Funktion als Bau- und Tourismusstadtrat)

Die ersten Ergebnisse dieser Gespräche/Verhandlungen sind dem Gemeinderat spätestens in der ersten Gemeinderatssitzung des neuen Jahres mitzuteilen.

Begründung:

Das Haus Grünmarkt 25 steht – wie allgemein bekannt ist – derzeit zum Verkauf. Dieses Gebäude „am Eingang zur Stadt Steyr“, in einer strategisch sehr interessanten Lage könnte für zahlreiche Nutzungen zur Verfügung stehen und eröffnet eine Reihe von Perspektiven im Sinne nachhaltiger Stadtentwicklung, die man keinesfalls ungenutzt verstreichen lassen sollte.

Ich bitte den Antrag zu behandeln.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Danke, zu Wort gemeldet hat sich die Kollegin Frech. Ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, in diesem Antrag vom Bürgerforum und der ÖVP geht es darum, dass der Gemeinderat beauftragt wird noch vor Jahresende 2007 in Verhandlungen mit der Eigentümerin des sogenannten Derflerhauses zu treten um sämtliche Möglichkeiten auszuloten dieses Gebäude langfristig für die Stadt Steyr zu sichern. Es steht in keinem Wort in dem gesamten Antrag „Ankauf des Hauses“. Ich würde auch wirklich bitten, Anträge der Opposition vielleicht doch genau zu lesen und dann nicht in der Tagesordnung,

die immerhin öffentlich ist, hineinzuschreiben „Ankauf des Derflerhauses“, weil das steht mit keinem Wort da drinnen und das ist auch nicht Inhalt dieses Antrages – langfristig zu sichern. Zu sichern kann ein Hauskauf sein, muss es aber nicht. Sichern kann auch sein, einen Vertrag abzuschließen in Richtung einer Leibrente oder anderes. Wichtig ist uns einmal, dass Gespräche mit der Eigentümerin geführt werden um dieses Haus an einem strategisch zentralen Punkt in der Stadt Steyr langfristig für die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt zu sichern. Wer sollte diese Gespräche führen? Der Herr Bürgermeister, nachdem er der Finanzreferent ist, der Herr Vzbgm. Spanring in seiner Funktion als Kulturstadtrat, der Kollege Vzbgm. Bremm in seiner Funktion als Liegenschaftsreferent und der Kollege Mayrhofer in seiner Funktion als Bau- und Tourismusstadtrat um hier wirklich einen gemeinsamen Weg zu finden, Lösungen, dass dieses zentrale Gebäude erhalten wird.

Die Begründung für diesen Antrag ist relativ einfach. Wie jeder weiß, steht dieses Gebäude derzeit zum Verkauf und es ist ein ganz zentrales Gebäude am Eingang zur Stadt Steyr. Das 1. was Sie sehen, wenn Sie durch das Neutor fahren, dann ist das auf der einen Seite der Innerberger Stadl und auf der anderen Seite ist es dieses Derflerhaus mit diesem Platz. Und jeder von Ihnen der sich ein bisschen beschäftigt hat mit dem was derzeit bei Grünmarkt in Bewegung passiert, mit den Visionen zum Teil die auch vorgestellt worden sind vom Arch. Projer, der wird mitbekommen haben was es dort für tolle Möglichkeiten gibt in Richtung Stadtentwicklung. Touristische Nutzung, es gibt viele Möglichkeiten. Wir haben auch bewusst keine konkreten hineingeschrieben, das sollen die Verhandlungen ergeben und die Prüfung des Gebäudes. Man kann Schätzgutachten in Auftrag geben usw.

Ich gehe schon davon aus und hoffe, dass dieser Antrag einstimmig beschlossen wird, weil es geht im Prinzip um nichts anderes als die Aufnahme von Gesprächen. Was bei diesen Gesprächen dann herauskommt können wir sowieso nicht präjudizieren. Aber diese Gespräche einmal zu führen, und zwar zur richtigen Zeit, nicht bevor es zu spät ist und das Gebäude weg ist, halte ich für besonders wichtig.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Das Gebäude steht ein Jahr schon zum Verkauf.

Nächster zu Wort gemeldet ist GR Payrleithner.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, es gibt im Kulturbereich zwei große Anliegen um die sich seit Jahren die Diskussionen drehen und wo nicht viel weiter geht. Das ist auf der einen Seite der heute lang diskutierte Kulturentwicklungsplan und auf der anderen Seite die Belebung und Neuausrichtung des Heimathauses am Grünmarkt. Vielleicht der Fairnesshalber sollte man auch sagen, dass diese Diskussionen gar nicht, vor allem was das Heimathaus betrifft, ein paar Jahre alt sind sondern Jahrzehnte alt sind. Nichtsdestotrotz sollte hier endlich einmal was weiter gehen. Wenn dieser Antrag heute dazu beiträgt, dass man wirklich im Heimathaus zu neuen Überlegungen kommt, dann werden wir das selbstverständlich unterstützen. Es sind ja 1 ½ Jahre oder noch länger bis zur nächsten Wahl und man kann ja auch durchaus sachlich über diese Dinge heute diskutieren. Es ist uns ja bekannt, dass der Herr Bürgermeister dieses Ansinnen durchaus unterstützt und dem nicht ablehnend gegenüber steht. Wenn man immer wieder, Frau Kollegin Frech, zu allen

und jenen ein Gutachten verlangt, ein Konzept verlangt, dann soll man das auch bei den eigenen Anträgen so halten. Wir wissen ja gar nicht in welchem Zustand das Haus ist. Wenn man die Altstadt von Steyr kennt, dann wissen wir eh alle was da Sanierungsmaßnahmen ect., kosten. Ich bin ja selbst aus einem alten Haus stammend und dann sollte man das auch seriös so angehen. Ich bin dafür, dass man sich das auf sachlicher Ebene anschaut. Ich weiß nicht, wird das dann zugewiesen? Ich nehme an, dass die SP-Fraktion da eh schon Überlegungen hat. Diese Überlegungen teilen wir natürlich auch und dem werden wir uns auch anschließen.

Übrigens, Herr Bürgermeister, nachdem das ja in die Finanzen hineinspielt, die Frage der Kollegin Frech hast du nicht ganz beantwortet, wie das in Steyr so weiter geht, wenn sich die finanzielle Situation so entwickelt. Das sollte man vielleicht auch noch sagen, was dann passiert. Vielleicht kommt der Kommissar und der Kollege Mayrhofer wird Bürgermeister. Das haben wir auch schon einmal vor vielen, vielen Jahren gehabt.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Nächster ist der Herr GR Hack.

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

„Euer Wohlgeboren, es ist Ihnen sicherlich bekannt, dass die Verhältnisse in unserem städtischen Museum wenig erbaulich sind. Die wertvollen Sammlungen die die Vergangenheit dieser Stadt widerspiegeln, drohen zu verderben. Abgesehen von deren ungünstigen Unterbringung sind keine Mittel vorhanden um auch nur die notwendigen Erhaltungsarbeiten und Maßnahme zu bestreiten. Von der Stadt-

verwaltung, die selbst mit finanziellen Nöten zu kämpfen hat, ist in absehbarer Zeit keine Hilfe zu erwarten.“ So, das ist ein Schreiben, das ist ein Text der ist nicht aus der Jetztzeit, ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Das haben wir aber eh gewusst.

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

- wie Sie erkannt haben - ... sondern aus dem Jahr 1929 und ist unter anderem auch vom Professor Michael Plöglhuber unterschrieben worden. Wenn ich jetzt zurückschauen, dann ist der Bürgermeister, der da hinten links hängt, ich glaube der Sichlrader, der war zu dieser Zeit Bürgermeister. Wenn man jetzt weiter zählt, eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben, drüben hängt auch noch ein ehemals amtierender Bürgermeister ...

Zwischenruf: Es sind mehr!

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Na, das ist ja noch schlimmer. Die ganze Generationenreihe hat es bisher nicht geschafft mit dem Heimathaus irgendetwas Vernünftiges zu machen. Jetzt bietet sich die Gelegenheit das anschließende Haus zu erwerben, möglicherweise, oder für die Stadt in Nutzung zu bringen und so eine Gelegenheit gibt es üblicherweise nicht einmal einmal im Leben sondern ich weiß nicht wie viele Leben, dass man die Möglichkeit hat dieses Gefiert zu schließen. Ich denke, man muss alles machen und alle Möglichkeiten ausloten und ausschöpfen um diese einzigartige Gelegenheit wahr zu nehmen und auch für die Stadt zu realisieren. Darum geht es uns in diesem Antrag und darum bitten wir um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist der Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich kann mich einfach des Eindrucks nicht erwehren, dass die Unterzeichner dieses Antrages ein neues Betätigungsfeld suchen, nachdem der Kulturentwicklungsplan auf Eis gelegt wurde. Abgesehen davon, Herr Kollege Hack, habe ich gar nicht gewusst, dass Sie wieder so einen Aufstieg gemacht haben, dass Sie sogar für die ÖVP schon unterschreiben dürfen. Das so als Beibemerkung.

Es ist ja so, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass auch die Antragsteller offensichtlich nicht die geistigen Urheber sind, dieses Planes, das Derflerhaus anzukaufen. Es wurde in einer Beibemerkung bereits dargelegt und tatsächlich auch habe ich ein Protokoll in Händen, das stammt von einer Sitzung des Stadtentwicklungsprojektes Grünmarkt, da hat es am 23. 10. eine Zusammenkunft gegeben und da hat der Herr Bürgermeister unter anderem darauf hingewiesen, dass vonseiten der Stadt Überlegungen getätigt wurden das sogenannte Derflerhaus zu erwerben, mit gewissen Einschränkungen der Nutzung usw. und so fort. Dem kann ich mich durchaus anschließen, darauf hat auch der Kollege Payrleithner bereits hingewiesen. Also glaube ich, dass es nicht unbedingt erforderlich ist, dass man da einen eigenen Antrag im Gemeinderat einbringt. Ich habe schon Verständnis dafür, weil man ja doch damit gerechnet hat, dass auch Presseleute und das Fernsehen anwesend sind. Das dürfte eher der Hintergrund gewesen sein. Aber man muss sich schon auch die Frage stellen, wie das finanziell zu verkraften ist, wenn man das Budget des Kulturbereiches dadurch ja wesentlich ausdehnt, sofern es mög-

lich ist es auszudehnen, denn wenn man das Derflerhaus ankauft, dann wird womöglich, und da habe ich die starke Vermutung, noch weniger übrig bleiben, dass man endlich einmal das Heimathaus, ich sage es ein bisschen leger, auf Schwung bringt. Nichtsdestotrotz, der Kollege Payrleithner hat es schon gesagt, sind wir natürlich bereit darüber zu diskutieren und zu reden dieses Haus anzukaufen. Die Nutzung sollte aber vorerst genau ausgelotet werden und ich glaube da reicht es, wenn man demnächst in einem Ausschuss, da gibt es mehrere Möglichkeiten weil ja mehrere Bereiche angesprochen werden, wenn im Finanz- und Rechtsausschuss der Herr Bürgermeister berichtet, was bei den bisherigen Gesprächen herausgekommen ist. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Vzbgm. Bremm.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen, jetzt haben wir gerade vorher den Nachtragsvoranschlag diskutiert und es wurde die finanzielle Situation sehr stark kritisiert. Ein paar Minuten später tun wir so als ob wir das Geld abgeschafft hätten und wir kaufen die Häuser zusammen in der Stadt Steyr. Das grundsätzlich dazu. Wir werden diesem Antrag nicht die Zustimmung geben, aber wir machen einen Vorschlag. Wir wissen ja eh schon seit längerer Zeit, dass das Haus zu kaufen ist und wir wissen auch einen Kaufpreis, der ist nicht unbekannt und der ist in gewaltiger Höhe. Er liegt bei 750.000 Euro. Wenn man sich dann noch dazu rechnen würde was an zusätzlichem Sanierungsaufwand in diesem Haus notwendig ist, also geht das in Bereiche wo es unvorstellbar ist dieses Haus zu kaufen. Wir

sollten schon unsere Zielrichtung, und wenn der Herr Kollege Hack die Gelegenheit genutzt hat wenn der Chef in Urlaub ist schnell einen Antrag an den Gemeinderat zu formulieren, dann ist das eh ehrenwert, mutig.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:

Aber ich glaube unsere Zielrichtung, wenn Sie sich hier herstellen und kritisieren, alle Bürgermeister seit 1928, wo das Thema Heimatmuseum schon debattiert worden ist, dann glaube ich sollte man sich auf das Heimathaus konzentrieren und sollten uns da wirklich überlegen was machbar ist und was nicht machbar ist. Wenn man das Ganze jetzt mit zusätzlichen finanziellen Dingen überfrachten, dann wird das nie etwas Gescheites.

GEMEINDERAT
ING. WOLFGANG HACK:

Aber Spurwien ist noch teurer.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:

Das ist auch ein Thema. Ich glaube es wird notwendig sein, dass man sich einmal intensiv mit dem auseinandersetzt was machbar ist und was man nicht noch alles möchte und was uns vielleicht andere immer sagen was wir zu tun hätten. Wir müssen selbst wissen was wir wollen und da bin ich dabei. Wir haben ja im letzten Gemeinderat darüber diskutiert und haben auch gesagt welche Vorgangsweise wir wählen wollen und die Vorbereitungen sind und wir werden da im Jänner sicherlich schon konkret über gewisse Dinge aussagefähig sein.

Zum konkreten Derflerhaus. Wir wollen, um da auch zu signalisieren, dass es uns nicht ganz egal ist, einen gewissen Reiz hätte es schon, das ist ganz klar, aber man muss sich halt

immer nach der Decke strecken. Wir wollen aber schon wissen was Fachleute dazu sagen was das Haus wert ist. Wir wollen ein Schätzgutachten, mit Einverständnis der Eigentümerin natürlich, anders geht es ja nicht, machen lassen. Das hält sich finanziell sehr in Grenzen. Wir haben uns da schon erkundigt und uns da Kosten eingeholt. Das bewegt sich um gut 2.000 Euro. Ich glaube, das ist es uns wert, das sollten wir uns leisten. Dann sollte man darüber beraten. Man muss sich dann natürlich die Substanz dazu ansehen. Das wird aber in dem Schätzgutachten mit berücksichtigt werden. Dann sollten wir uns darüber intensiv auseinandersetzen wenn der Preis vorstellbar ist, was das Schätzgutachten sagt. Dann müssen wir uns überlegen, ob es in diesem Ausmaß für uns interessant ist. Wenn man zu der Erkenntnis ja kommt, dann müsste man mit der Eigentümerin reden, selbstverständlich, weil wir können die tollsten Schätzgutachten haben und sie sagt, um das Geld verkaufe ich es nicht, dann werden wir das nicht ändern und das halt nicht bekommen. Wenn das alles so möglich wäre, sollte man sich das in der Gesamtkonzeption aber anschauen. Was braucht man im bestehenden Heimatmuseum nicht machen, wenn man da zusätzlich ein Haus erwerben könnte. Wo kann man da an so gravierenden Investitionen verzichten, weil man es dann nicht braucht, weil man eh andere Räumlichkeiten dazu hat. Also wir sollten das in der Gesamtkonzeption sehen und auch von den Kosten her in der Gesamtschau betrachten, wenn man das Haus erwerben würde und das bestehende Haus herrichten und sanieren und auf Schuss bringen, mit allem Drumherum, was eh schon viel debattiert worden ist, sind diese Kosten für uns akzeptabel oder sind sie nicht akzeptabel. Diese Vorgangsweise würden wir vorschlagen, dass wir den Schritt machen, aber die-

sen Antrag nicht beschließen, sondern dass wir den ablehnen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Kupfer. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, dass das Gebäude oder das Gefiert strategisch nicht uninteressant ist für die Stadtentwicklung ist glaube ich ganz klar. Auch wenn man unter Umständen noch viel weiter denkt, ich sage jetzt Brückenkopf und das Projekt Schiffmeister, könnte diesem Platz eine noch strategisch wichtigere Position zu kommen. Es kommt nicht so oft vor, dass der Kollege Payrleithner und ich einer Meinung sind. Ideologisch sind wir glaube ich ziemlich diametral weit entfernt, aber was uns verbindet ist eigentlich schon der jahrelange gemeinsame Einsatz für das Heimatmuseum. Das ist für mich auch ein bisschen die Gefahr dieses Antrages und das haben auch Vorredner schon signalisiert, dass wir uns sozusagen jetzt in eine Diskussion und in ein Projekt verstricken ohne dass wir eigentlich die zukünftige Nutzung dieses Gebäudes wissen und wir es eigentlich bei der letzten Sitzung endlich geschafft haben hier im Gemeinderat, bis auf den Kollegen Hack, einen Konsens zu finden, bezeichnenderweise ist er der Vorsitzende des Kulturausschusses, einen Konsens gefunden, dass wir endlich ein Konzept das wir vor vielen Jahren beschlossen haben hier im Gemeinderat, jetzt eine Vorgangsweise gefunden haben dieses Projekt voranzutreiben, weil es ja wirklich eine Schande ist wie das Heimathaus da steht. Das ist für mich die Gefahr von diesem Antrag sozusagen jetzt dieses Paket wieder aufzuschnüren. Es steht ja nicht im Antrag drinnen, aber es ist glaube ich in der Zeitung gestanden, ein Presse-

artikel von der ÖVP, man könnte dieses Haus kaufen und könnte sich dann gleichzeitig auch Gedanken machen wie man dieses Museumskonzept dann neu andenkt. Wieder einen Prozess zu starten ein Museumskonzept neu anzudenken, das würde uns große zeitliche Verzögerung bringen. Wieder ein Konzept zu beauftragen, wieder vielleicht Ausschreibungen zu machen ect., ect. Da ist schon so viel Zeit verstrichen, da ist schon so viel passiert. Dass dieses Konzept von Spurwien nicht 1:1 umgesetzt werden kann, das ist uns allen klar. Aber es gibt einen Kulturausschuss, es gibt Beamte, es gibt Leute die sich damit beschäftigen, wir können und wir haben die großartige Chance, wirklich, wenn wir alle zusammen helfen, dass wir dieses Projekt vor der nächsten Gemeinderatswahl zumindest einmal in die Spur bringen mit Spurwien. Dafür appelliere ich. Die Vorgangsweise die der Gerhard Bremm angesprochen hat finde ich gut, weil das Objekt natürlich strategisch interessant ist und der Preis überhöht ist, das ist ganz klar. Alleine diese Summe wäre eine erste Etappe die wir für das Heimatmuseum ganz gut brauchen könnten. Also, unsere Unterstützung für diese Vorgangsweise.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Danke. Die Frau Kollegin Frech hat sich zum zweiten Mal gemeldet.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich würde das Ganze sehr unemotional sehen und würde Sie bitten einfach auf das zurück zu gehen was im Antrag steht. Im Antrag steht nichts vom Thema Hauskauf, in dem Antrag steht wirklich nur drinnen, dass jene Personen, und das ist eine Querschnittsmaterie, wo der Liegenschafts-

referent viel bewirken kann, wo der Kulturstadtrat viel bewirken kann, der Tourismusstadtrat und der Herr Bürgermeister natürlich in seiner Funktion als Stadtoberhaupt und Finanzreferent, dass sich diese Personen einfach zusammen setzen und Gespräche führen. Um mehr geht es gar nicht. Mir ist selbstverständlich klar, dass dieser Kaufpreis, der jetzt genannt worden ist, überhöht ist. Da sind wir absolut einer Meinung. Aber im Endeffekt denke ich mir, wenn das ja ohnedies beabsichtigt ist, kann man diesem Antrag ja einfach die Zustimmung geben. Es steht ja nichts Böswilliges drinnen, gar nichts. Ich würde Ihnen auch gerne, ich muss Ihnen ehrlich sagen Herr Kollege Bremm wir hätten uns gar nicht getraut so weit zu gehen, das Schätzgutachten mit hinein zu packen, aber wenn von eurer Seite her der Wunsch nach einem Schätzgutachten kommt, natürlich decken wir das auch und das als Zusatzantrag mit hineinzunehmen denke ich mir ist das auch etwas was sicherlich auch von der ÖVP und den anderen Fraktionen gut geheißen wird. Warum kann man nicht einfach einmal ein Signal setzen, ein gemeinsames, wir alle stehen dahinter, dass wirklich diese Situation, also das Derflerhaus um das es da geht, in Verbindung auch mit dem Innerberger Stadl, wobei es da gar nicht um die Aufstellung von Museumskonzepten geht, gar nicht. Man könnte viele andere Dinge auch noch daraus machen, aber einfach diese Vision zu sehen, da haben wir ein Gebäude das wertvoll ist, das an einem strategisch zentralen Punkt der Stadt liegt und wir bemühen uns gemeinsam das zu sichern. Und es wäre einfach, Herr Kollege Bremm, ein wirklich schönes Signal einmal, dieser Antrag kostet nichts außer Gespräche zu führen, einmal wirklich zu zeigen, auch nach außen, dass es gemeinsam geht, dass man gemeinsam etwas macht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Dann hätten wir gemeinsam einen Antrag stellen müssen.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Dass sich wir, der Bürgermeister, die Vizebürgermeister und der Kollege Mayrhofer zusammensetzen, da brauchen wir doch keinen Antrag. Wir haben doch halbwegs unsere Tassen im Schrank, liebe Frau Kollegin.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Die können doch so auch miteinander reden und diskutieren.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Der Antrag ist ja auch deshalb gekommen weil, und das war auch der Stand der Grünmarktdiskussion wo das hergekommen ist, einfach diese Gespräche bis zu diesem Zeitpunkt nicht stattgefunden haben. Mir wäre es auch lieber für so etwas keinen Antrag einbringen zu müssen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Das weißt ja du nicht ob da Gespräche geführt worden sind oder nicht.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Bis zum Zeitpunkt der Grünmarktsitzung, und das war vor ein paar Wochen, waren noch keine Gespräche.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Oh ja, da hat es schon Gespräche gegeben.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Mit dem Tourismusstadtrat gemeinsam? Mit dem Kulturstadtrat?

VIZEBÜRGERMEISTER
ING. DIETMAR SPANRING:
Mit mir schon.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Möchten Sie, Herr Kollege, den Vorsitz übernehmen, weil ich kenne mich jetzt nicht aus. Es geht um diesen Antrag?

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Über das haben wir jetzt gerade gesprochen. Ich bitte um Ruhe, die Kollegin Frech ist noch am Wort.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
D. h., ich meine, ich bin kein Formalist. Wenn Sie mir jetzt garantieren können Herr Bürgermeister, dass gemeinsam mit den Personen die da oben stehen Gespräche geführt werden, dass über diese Gespräche auch berichtet wird, ob jetzt in einem Ausschuss oder in einem Gemeinderat, wenn Sie das versprechen können, dann ziehe ich gerne diesen Antrag zurück und denke mir da auch im Einverständnis der ÖVP. Wenn Sie uns das versprechen. Wenn Sie uns das nicht versprechen können, dann muss ich diesen Antrag aufrecht erhalten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Herr Bürgermeister bitte. Jetzt wird dir schon vorgeschrieben mit wem du reden sollst.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
So, ich glaube ich verstehe das auch von der Frau Gemeinderätin Frech, dass sie auf ihren Text unbedingt beharren möchte und dass sie das vielleicht beschließen möchte mit vielleicht kleinen Abänderungen. Wir brauchen das aber nicht mehr diskutiere-

ren, wir haben schon einen Vorschlag präsentiert wie wir weiter machen und ich glaube, dass das auch konstruktiv und sinnvoll ist was wir in Zukunft machen, weil wir uns wirklich überlegen müssen wie schaut dieses ganze Gefiert in diesem Bereich aus, ist es sinnvoll für die Stadt. In der Gesamtsicht und in der Gesamtzusammenschau müssen wir halt überlegen ob das gescheit und gut ist. Wenn dir das nicht genügt, wir haben in der Stadt schon mehrere Objekte gekauft, aber da brauchen wir nicht jedes Mal einen Antrag des Gemeinderates dazu ob wir das Haus oder das Gebäude oder das Grundstück kaufen oder verkaufen. Ich bitte dich, dass du das auch so verstehst.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Herr Bürgermeister, wir sind mit dem Vorschlag wie er vom Vzbgm. Bremm gekommen ist, einverstanden, nachdem ja auch nach seinen Worten das Derflerhaus betrachtet wird. Und nachdem es ja im Bauausschuss generell behandelt werden soll, wie wir in der letzten GR-Sitzung beschlossen haben, glaube ich könnten wir unseren Antrag zurückziehen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Also, dann brauchen wir darüber nicht mehr abstimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Aber die Antragstellerin und der Antragsteller müssen diesen Antrag zurückziehen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ist das so?

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Unter der Voraussetzung, Herr Bürgermeister

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Wenn du ihn nicht zurückziehst, dann stimmen wir ab.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Darf ich bitte noch ausreden? Darf ich eine Bitte äußern?

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Die hast du eh schon geäußert, aber mach noch einmal eine.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Nachdem der Antrag nun weitreichender ist, kann man, wie vorher von Vzbgm. Bremm vorgeschlagen, das weiterverfolgen, die Nutzungsmöglichkeit sich anzuschauen, dass man dies auch unter Einbindung aller Fraktionen macht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Im Bauausschuss ist jede Fraktion vertreten und da wird diskutiert und im Bauausschuss werden wir diese Informationen erhalten und wenn es weiter geht, wird es im Finanz- und Rechtsausschuss kommen.

Ist der Antrag jetzt zurückgezogen?

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Im Sinne der Sache ja, aber ich ...

Gelächter

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

So, der Antrag ist zurückgezogen. Wir brauchen jetzt nicht abstimmen, die zwei Antragsteller haben den Antrag zurückgezogen.

Jetzt machen wir 20 Minuten Pause

GR Fanta verlässt um 16.30 Uhr die Sitzung

PAUSE VON 16.35 UHR BIS 17.05 UHR

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir setzen die Sitzung fort. Nächste Berichterstatterin ist die Frau Vizebürgermeisterin. Ich bitte um deinen Bericht.

BE: VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. In meinem einzigen Antrag geht es heute um die Sozialhilfekostenüberschreitung der Budgetmittel. Es ist darüber schon viel gesprochen worden. Es geht zum Teil um eine Kreditübertragung und eine Kreditüberschreitung. Der Antrag lautet:

- 4) SH-157/07
 Sozialhilfekosten; Überschreitung
 der Budgetmittel.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Jugend- und Sozialhilfe vom 20. 09. 2007 werden für die Mehrausgaben im Bereich der Sozialhilfe folgende Kreditübertragungen/-überschreitungen genehmigt:

**Kreditübertragung von der
VSt 1/411000/768100
(SH-Dauerbezieher)**

auf die VSt 1/411000/68300 (einmalige
Bezieher) € 100.000,00
auf die VSt 1/411000/729710 (Sh end-
gültige Kostenträger) € 30.000,00

**Kreditübertragung von der
VSt 1/411000/729700
(ausw. öffentl. Altersheime)**

auf die VSt 1/419000/458000 (Medi-
kamentenkosten) € 2.500,00
auf die VSt 1/411000/728030 (Arztkos-
ten) € 1.500,00
auf die VSt 1/411/000/728030 (Alters-
heimkosten APM, APT) € 50.000,00
auf die VSt 1/411000/728020 (ausw.
private Altersheime) € 109.000,00

**Weiters wird bei VSt
1/411000/728020 eine Kreditüber-
schreitung in Höhe von € 141.000,00
bewilligt.**

Die Deckung dieser Kreditüberschrei-
tung hat durch Mehreinnahmen bei
den allgemeinen Deckungsmitteln zu
erfolgen.

Ich ersuche den hohen Gemeinderat
um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Roman
bitte.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:

Wertes Präsidium, meine Damen und
Herren des Gemeinderates, hingegen
eines Werbeslogans einer Versiche-
rung mache ich mir Sorgen. Und zwar
mache ich mir sehr große Sorgen um
die Entwicklung, und zwar der budge-
tären Entwicklung im Sozialbereich.
Das ist eigentlich nur ein Teilbereich
der heute hier in diesem Amtsbericht

angesprochen wird. Es gibt ja noch weitere Bereiche im Sozialen wo immer höherer Finanzbedarf erforderlich ist. Aber ich bleibe einmal bei diesem Antrag was die Sozialhilfe-Barleistungen betrifft. So ist ja aus den Darstellungen erkennbar, dass man alleine bei den einmaligen Sozialhilfeleistungen eine Steigerung in den letzten 5 Jahren, von 2002 bis 2007, um 73,8 % feststellen muss. Das geht ja auf der zweiten Seite des Amtsberichtes weiter, nochmals angesprochen die vorhin erwähnten Bereiche der Sozialhilfe-Barleistungen. Im Jahr 2007 ist 1,200.000 Euro im Budget vorgesehen, man kommt damit nicht aus und braucht um 100.000 Euro mehr. Des Weiteren ist es auch erforderlich bei den Sozialhilfeleistungen für Altenheimbewohner durch einen starken Anstieg der Zahl auswärtiger Bewohner ebenfalls entsprechend aufzustocken. Weiters ist auch nicht das Auslangen zu finden bei den Zahlungen für private Altenheime. Da spricht man von Mehrkosten in der Größenordnung von 250.000 Euro. Schlussendlich für Sozialhilfeszuzahlungen an Bewohner des APT und APM sind ebenfalls Mehrkosten im Amtsbericht ausgewiesen in der Höhe von 50.000 Euro, im Budget sind 2,370.000 Euro dafür vorgesehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, weil ich ja gerade Alten- und Pflegeheime angesprochen habe, so sage ich sehr deutlich, um nicht missverstanden zu werden, selbstverständlich sind wir von der Freiheitlichen GR-Fraktion dafür, dass unsere älteren Mitbürger die beste Pflege die es gibt auch erhalten sollen und erhalten müssen. Aber man kann ja durchaus auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, noch weitere Zahlen in diesem Zusammenhang nennen, weil es ja im Zusammenhang des Gesamtbudgets, das ja immer angespannter sich darstellt, zu sehen sind. Es gibt ja auch Zahlen für das Jahr 2008. Da beträgt

der Betriebsabgang im Alten- und Pflegeheim Tabor 2,831.000 Euro und im Alten- und Pflegeheim Münchenholz 856.000 Euro.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aus diesen Zahlen alleine, obwohl es ja noch weitere Beträge gibt, wo eben im sozialen Bereich die Stadtgemeinde ihre Leistungen zu erbringen hat, ist erkennbar, dass sich, wie gesagt, die budgetären Spielregeln in Zukunft massiv ändern werden müssen, denn es kommt ja noch eines dazu. Es kommt die Errichtung und der Betrieb des Alten- und Pflegeheimes dazu. Das wird in den nächsten Jahren dann auf uns zukommen, wobei ja bekanntlich die Stadt aus budgetären Gründen nicht mehr in der Lage ist die Errichtungskosten direkt zu übernehmen, sondern das über die GWG abwickelt und dann in Teilbeträgen zurückbezahlt. Das belastet natürlich auch den ordentlichen Haushalt. Des Weiteren soll ja auch das Alten- und Pflegeheim Tabor umgebaut bzw. ein Teil neu errichtet werden. Also zweifellos sehr wichtige Bereich die finanziell entsprechend ausgestattet werden müssen in Zukunft. Nur erhebt sich die Frage, wie wird man das in Zukunft noch finanzieren können? Denn es wird nicht möglich sein, auch nicht durch ständig steigende Tarife und Gebühren, und wir haben ja jede GR-Sitzung beinahe solche Anträge vorliegen wo es um Tarif- und Gebührenanhebungen geht. Aus diesem Titel heraus werden natürlich nicht diese Summen lukrierbar sein die man tatsächlich, alleine im Sozialbereich, in Zukunft brauchen wird. Es gibt also daher nur zwei Möglichkeiten, meine Damen und Herren, entweder es gibt eine massive Umschichtung der Budgetmittel oder aber, und das ist heute auch schon einmal angesprochen worden, es wird in Zukunft so sein, und der Zeitpunkt ist nicht mehr so ferne, dass ein Kommissar aus Linz kommt

und die Finanzen der Stadtverwaltung übernimmt.

Herr Bürgermeister, wenn man die Entwicklung so fortschreibt, da mache ich mir massive Sorgen. Wir werden ja noch die Gelegenheit haben bei der nächsten Sitzung des Gemeinderates über das Budget 2008 sehr ausführlich zu diskutieren und da ist sehr deutlich erkennbar, ich habe es heute ja bereits angeschnitten, wo der Zug hinfährt, nämlich Rücklagenauflösungen bis in einer Größenordnung von 831.000 Euro, der Herr Kollege Apfelthaler hat bereits darauf hingewiesen, und der Schuldenstand steigt im Gegensatz dazu massiv an. Wir haben ja heute einen Antrag beispielsweise wo es um Kanalisierung geht. Auch da geht es um einen Betrag von über 200.000 Euro und auch dazu ist es schon erforderlich, dass man neue Darlehen aufnimmt.

Ich mache mir jedenfalls große Sorgen, meine sehr geehrten Damen und Herren, um die Zukunft der Finanzen der Stadt Steyr.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau GR Frech.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, eine Anmerkung, wenn man sich, ich glaube man muss das Thema splitten was die Sozialhilfe anbelangt, in dem Bereich wo es um die Zuschüsse geht für die Alten- und Pflegeheime, da können wir nicht umhin, das ist eine demokratische Entwicklung, und es ist uns denke ich allen ein Anliegen, dass die älteren Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt eine ordentliche Pflegebetreuung er-

halten. Da können wir nicht aus, das ist einfach so. Der andere Punkt, der offenen Sozialhilfe, wo es um die Barleistungen geht, da denke ich mir schon da mache ich mir Sorgen, weil wenn Sie sich den Amtsbericht anschauen, dann haben wir in den Jahren von 2002 bis 2007, das sind nur 5 Jahre, in diesen 5 Jahren pro Jahr eine Steigerung jener Personen die Sozialhilfeleistungen bekommen von rund, je nach Jahr, aber bis zu 20, 25 %. Von einem Jahr auf das andere. Das sind massive Steigerungsraten. Alleine vom letzten Jahr zum Teil sogar 30 % und das von einem Jahr auf das nächste. D. h., hier galoppieren uns die Sozialhilfeausgaben enorm davon. Der Grund im Amtsbericht ist, es sind Personen mit niedrigerer Bildung, es sind Personen die Aufzahlungen erhalten auf die Notstandshilfe und da denke ich mir da müsste man mehr tun im Präventivbereich. Da gibt es ja z. B. auch diesen Bereich, die Gemeinden sind ja laut Sozialhilfegesetz dazu aufgerufen Hilfe zur Arbeit anzubieten. Und wenn Sie sich wieder den Nachtragsvoranschlag anschauen, ist eines interessant, dass wir weniger ausgegeben haben für diese Hilfe zur Arbeit als wir budgetiert haben. Und das wäre meine Frage. Ich verstehe es nicht ganz. Auf der einen Seite galoppieren uns die Sozialhilfeausgaben davon und dann aber machen wir weniger als wir sogar vorgesehen haben im Bereich Hilfe zur Arbeit. Es kann ja nicht in unserem Sinne sein, dass wir Sozialhilfebezieher haben die praktisch dann 10, 15, 20 oder mehr Jahre oder vielleicht sogar im schlimmsten Fall Zeit ihres Lebens Sozialhilfe beziehen, sondern wir müssen ihnen diese Hilfe zur Selbsthilfe geben, die Möglichkeit in den Arbeitsprozess wieder einzusteigen oder diese Bildungsdefizite zu beseitigen. Und deshalb meine Frage an die zuständige Frau Vizebürgermeisterin: „Warum ist das so, warum machen

wir nicht mehr in Richtung Hilfe zur Arbeit bzw. ...

VIZEBÜRGERMEISTER

ING. DIETMAR SPANRING:

Weil sie nicht kommen oder gleich wieder gehen, weil sie nicht mittun. Ganz einfach.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Die kommen eine Zeit lang und dann gehen sie wieder.

VIZEBÜRGERMEISTER

ING. DIETMAR SPANRING:

Da müssten wir sie zwangsverpflichten.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Dann wäre für mich die Frage, wenn das in Steyr so ist, ist das auch in Linz so? Ist das auch in Wels so? Haben die dieselbe Problematik? Gibt es nicht andere Städte die zu diesem Themenbereich eine Lösung gefunden haben? Weil nur zuzuschauen wie die Sozialhilfeausgaben nach oben klettern und den Leuten auch nicht wirklich zu helfen ist mir persönlich ehrlich gesagt zu wenig.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Auch die Stadt Steyr hat bereits etwas unternommen. Das sind ja nicht die laufenden Sozialhilfeempfänger sondern das sind die Einmalsozialhilfeempfänger, wie man sie nennt. Wir haben ja auch in Steyr zusätzlich eine Sozialarbeiterin aufgenommen die Hilfe zur Arbeit, die Leute, unterstützt. Aber wir können sie ja natürlich nicht zwangsverpflichten. Es ist was unter-

nommen worden. Also, dass gar nichts unternommen worden ist, das stimmt nicht. Wenn man berücksichtigt, warum ist die Zahl so steigend, weil natürlich die großen Betriebe, gerade in den Lebensmittelketten, Teilzeitarbeit anbieten. Da verdienen die Leute so wenig und dann bekommen sie vom Sozialamt die Aufzahlung, wenn sie dann zum AMS kommen und die Arbeit verlieren, weil zumindest das Mindesteinkommen müssen sie bekommen. Darum ist die Zahl so steigend. Ich ersuche auch das einmal zu berücksichtigen. Die bekommen ja nur die Aufzahlung, aber die Anzahl ist steigend. Die Laufenden, die immer Sozialhilfeempfänger sind, das wissen wir, das ist ein gewisser Prozentanteil, der bleibt seit Jahren gleich. Das sind die Einmalzahler die die Aufzahlung bekommen, damit sie das Existenzminimum haben und das brauchen sie. Wenn sie aber vom AMS so wenig Unterstützung bekommen, bekommen sie natürlich, das steht ihnen zu, vom Sozialamt die Aufzahlung. So ist das zu erklären.

Dass wir nichts machen, es steht auch in dem Projekt Yes das drinnen, und da steht drinnen, eine zusätzliche Sozialarbeiterin. Die haben wir im letzten Personalbeirat aufgenommen und die wird ihren Dienst bei uns beginnen. Wir sind also auch daran interessiert, dass die Leute jemanden haben der ihnen beisteht und am Anfang unterstützend wirkt für die Arbeit.

Zum GR Eichhübl möchte ich auch noch sagen, Sorgen braucht man sich nicht machen, weil wir bemühen uns immer, dass wir, gerade im Sozialbereich, die Summen drinnen haben. Es war noch nie eine Kürzung drinnen, es ist immer auch eine Erhöhung drinnen. Bei den Altenheimen sind wir schon verpflichtet und das zeigt auch wieder, dass viele Bewohnerinnen und Bewohner sehr wenig Pension haben und darum ist dann die Aufzahlung vorhan-

den. Dazu sind wir glaube ich auch verpflichtet.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gut. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? 2 (1 Bürgerforum Steyr, 1 FPÖ – GR Dr. Zöttl). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Ich danke der Berichterstatterin. Nächster Berichterstatter ist Vzbgm. Gerhard Bremm.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

In meinem ersten Antrag geht es um einen Verkauf einer Liegenschaft im Ausmaß von 427 m² an die Privatstiftung Reichenpfader. Es ist im Amtsbericht erläutert um was es hier geht. Herr Reichenpfader möchte den Grund wo sein Objekt darauf steht erwerben. Ich glaube, in Anbetracht dessen was Herr Reichenpfader für den Stadtteil Steyrdorf alles investiert hat, zur Verbesserung der Infrastruktur beigetragen hat und es keine wirklichen Gründe gibt, dass man das nicht verkaufen sollte, ersuche ich diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

5) ÖAG-7/07

Verkauf der Liegenschaft EZ 1304; Grundbuch Steyr, an die Reichenpfader Privatstiftung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 12. 10. 2007 wird dem Verkauf der Liegenschaft EZ 1304, Grundbuch Steyr, mit dem darin vorgetragenen Grundstück .1635 Baufläche im bücherlichen Ausmaß von 427 m² zum Kaufpreis von EUR 150,-- je m², insgesamt demnach um den Betrag von EUR 64.050,-- an die Reichenpfader Privatstiftung, 4400 Steyr, Gleinker

Gasse 25, entsprechend dem beige-schlossenen Vertragsentwurf zugestimmt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es Wortmeldungen? Herr Mayrhofer bitte.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Sehr geehrter Gemeinderat, lieber Herr Vizebürgermeister, vielleicht kann man bei den Verhandlungen oder beim Vertrag noch berücksichtigen die Tiefgarage fällt ja an uns nach Ablauf der Frist zurück. Undrängbar damit verbunden ist aber der Zugang und der ist da in dem Amtsbericht nicht angesprochen. Da ist nur von der Einfahrt die Rede, von den Toiletten und von den Müllgeschichten. Wir brauchen aber den Zu- und Abgang, weil wo machen wir sonst den Automaten zum Bezahlen, wo können die Leute hinaus und hinein. Das gehört bitte schön auch noch in den Vertrag hinein, weil sonst können wir später, als Eigentümer der Garage, die nicht benutzen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ist das nicht drinnen?

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Wir stimmen zu, aber bitte schön das gehört berücksichtigt, weil sonst haben wir Probleme.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gut. Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Payrleithner.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Herr Bürgermeister, lieber Herr Referent, wir haben ja schon ein paar Mal vorgeschlagen, dass man bei Grundkäufen

oder –verkaufen vielleicht eine kleine Skizze dazu gibt, damit sich die geschätzten Mandatäre die nicht immer in der Lokalität so informiert sind sich vorstellen können wo das genau ist. Es sind zwar nur 427 m² aber es wäre oft auch ganz interessant, welche Grundstücke rund um dieses Gebäude dabei sind oder keine dabei sind. Das nur am Rande vermerkt. Wir haben das schon ein paar Mal vorgeschlagen. Es ist auch durchaus auf Verständnis gestoßen nur hat man es nicht gemacht.

Ein weiterer Punkt der meiner Meinung nach auch diskutiert gehört bzw. in diesem Kaufvertrag wiederum nicht berücksichtigt worden ist, wir haben ja schon einmal im Gemeinderat darüber diskutiert, dass es Überlegungen und Anstrengungen der Anrainer gibt, die sich ja jetzt in einer Art Interessensgemeinschaft zusammengeschlossen haben, die Parkzeiten zu verändern. Das ist ja hier schon einmal angesprochen worden. Es wird jetzt eigentlich wieder fortgeschrieben, weil wenn man hineinschreibt, dass wir keinen Gewinn machen, wir wissen alle, die Situation der Parkgarage. Es tut mir Leid für den Herrn Reichenpfafer, weil so wie der Kollege Bremm gesagt hat er hat ohne Zweifel dort oben für eine Qualitätssteigerung des ganzen Stadtteiles gewaltig beigetragen, das steht außer Zweifel, wer sonst hätte es gemacht. Er hat jetzt neben dem Objekt Gründer, falls es wem interessiert, auch das gegenüberliegende Haus gekauft und er saniert die wirklich ordentlich. Aber die Anrainer, und sie haben ja jetzt eine Studie in Auftrag gegeben, Herr StR Hauser, vielleicht für dein Interesse, und das Ergebnis schaut jetzt so aus, dass über 80 % z. B. mit der Verkehrssituation dort nicht einverstanden sind.

STADTRAT

WILHELM HAUSER:

Eine Umfrage ist gemacht worden.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Das habe ich eh gesagt.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Du hast gesagt eine Studie.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Entschuldigung, ich weiß zwar nicht wo da der große Unterschied ist, aber es ist eh egal.

Das sollte vielleicht auch von Interesse sein, aber ein Hauptkritikpunkt sind die Parkzeiten bzw. der Wunsch nach Angleichung nach jenen in der Altstadt und der wird meiner Meinung nach mit dem heute wieder auf unbestimmte Zeit fortgesetzt, weil einen Gewinn wird diese Garage in absehbarer Zeit nicht abwerfen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Zu dem Thema „Zufriedenheit - Verkehrssituation“, das ist eine unendliche Geschichte in Wirklichkeit. Wenn wir uns so erinnern wie wir begonnen haben die Fußgeherzone zu errichten, was es für Pro und Kontra gegeben hat, waren dort unterschiedlichste Auffassungen und man hat sich halt dann auf eine Regelung geeinigt. Es war ein Konsens der hergestellt worden ist. Natürlich, jetzt, einige Jahre später, taucht halt wieder das eine oder andere auf. Es gibt Unterschriftenlisten die meinen die Parkzeit gehört angepasst an die üblichen und es gibt hier auch die Unterschriftenliste, dass man das öffentlichen Verkehrsmittel dort nicht in dem Ausmaß fahren lassen soll. Die Gastrobetriebe, die ihre Schanigärten dort haben, meinen, die Autobusse sollten dort nicht fahren, die soll man

dort irgendwo darüber tragen und dann hinten nach können sie wieder fahren. Also es ist dort die Diskussion halt wieder entstanden. Es gibt aber auch Gegenunterschriftenlisten von den Bewohnern die sehr wohl diese Regelung wünschen und das mit ihrer Unterschrift auch unterstützen, dass man an dem nichts ändern soll.

Zum Vertrag Reichenpfader selbst glaube ich sollte der Gemeinderat auch für den Betreiber der Tiefgarage schon ein gewisses Verständnis an den Tag legen. Wir wissen wie mühselig das zustande gekommen ist. Wir wissen auch, dass die Stadt selbst großes Interesse gehabt hat, dass ein privater Investor diese Tiefgarage errichtet. Natürlich kommen dann Vereinbarungen zustande. Was natürlich auch in unserem Interesse sein muss, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass gerade in so einem Bereich, wie es dort oben ist, gewisse Lenkungsmaßnahmen notwendig sind. Auf der einen Seite sagen wir es soll einer privat investieren und auf der anderen Seite schauen wir, dass der ja kein Geschäft machen kann damit. Das wird nicht funktionieren. Dadurch ist auch im Vertrag beinhaltet worden, dass die Parkzeiten, wie sie jetzt sind, dass die für den zumindest eine gewisse Lenkungsmaßnahme sind. Wir wissen auch, dass die Garage dort wahrscheinlich noch etliche Jahre unwirtschaftlich sein wird. Also es wird dort sicherlich kein Plus herauskommen und dadurch hat er auch darauf gepocht, auf diesen Vertragsteil, dass die Parkzeiten so beibehalten werden wie bisher. Es ist auch ein Kompromiss den wir halt hier getroffen haben. Wir haben doch eh intensiv darüber diskutiert. Der Walter Oppl hat da auch als Verkehrsreferent massiv gedrängt, dass wir vielleicht doch zu einer Abänderung kommen. Es ist ein Kompromiss, den wir zustande gebracht haben, wo auch das Interesse des Betreibers und des In-

vestors irgendwo berücksichtigt ist, wenn er in der Situation ist, und ich glaube das müssen wir uns alle miteinander selbst wünschen, dass die Garage doch nach einer bestimmten Zeit wirtschaftlich zu führen ist, wenn dort positive Zahlen geschrieben werden, dass wir da auch im Vertrag vorgesehen haben die Parkzeiten an die übrigen anzupassen.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Mit einem Euro plus sind wir dann schon dabei? Oder was?

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Ja, dann sind wir schon dabei. Also, sobald dort ein Plus herauskommt. Es ist nachvollziehbar, weil ja wir da auch im Vertrag sind. Er muss die Bilanz legen, weil die Garage in Form eines Baurechtes errichtet worden ist, der Grund gehört ja uns und wenn ein Plus ist, dann sind wir dort auch beteiligt, soweit ich das jetzt im Kopf habe. Es ist ein fairer Kompromiss.

Grundsätzlich möchte ich zur Parkzeit selbst nur sagen, die Entwicklung geht ja in eine andere Richtung und wenn man sich letzte Berichte auch aus Wien angehört hat, der Parkraum in den Zentren wird immer weniger, also die Fahrzeuge werden immer mehr und es ist eher der Trend ansatzweise schon da, dass die Parkregelungen verlängert und nicht verkürzt werden. In Wien sind es teilweise, ich weiß nicht ob im ganzen Stadtgebiet, aber in einigen Bezirken sind sie von 18 Uhr weggegangen in Richtung 20 Uhr hin. Es ist der Druck da und es wird da möglicherweise auch Steyr eine Stadt werden wo man solchen Entwicklungen auch Rechnung tragen muss. Grundsätzlich glaube ich ist es aber trotzdem eine faire Vorgangsweise mit dem Garagenbetreiber.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich möchte noch dazu erwähnen, es gibt ja eine Bürgerinitiative am Roten Brunnen vorne und eine Gegeninitiative dann vom Wieserfeldplatz die sich gegenseitig aber diametral entgegenstehen. Das muss man auch dazu gesagt haben. Es ist äußerst schwierig, dass man dort eine Einigung herbeiführt. Das aber nur zu dem Thema, zu deiner Frage.

Wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? 4 (2 Grüne, 1 FPÖ – GR Dr. Zöttl und 1 Bürgerforum Steyr). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Im nächsten Punkt geht es um die Verleihung von Sportehrenzeichen an Funktionäre und an aktive Sportler. Im Amtsbericht ist es genau aufgelistet. Es ist eine Empfehlung des Stadtsportausschusses und ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

6) Sport-8/07

Sportehrenzeichenverleihung 2007.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Schule und Sport vom 16. Oktober 2007 wird folgenden Personen, die durch hervorragende Leistungen im sportlichen Wettkampf das Ansehen der Stadt Steyr erhöht bzw. auf dem Sportsektor Außerordentliches geleistet oder sich Verdienste erworben haben, als Anerkennung das „**Sportehrenzeichen der Stadt Steyr**“ verliehen.

SPORTEHRENZEICHEN FÜR FUNKTIONÄRE IN GOLD:

Gemäß III B/1. und 2. der Richtlinien kommen für die Verleihung des Sportehrenzeichens der Stadt Steyr Frauen und Männer in Frage, die während einer **25jährigen ehrenamtlichen Tätigkeit** ohne Unterbrechung in anerkannten Steyrer Sportvereinen oder -verbänden Außerordentliches für den Sport geleistet, das **50. Lebensjahr erreicht** und in den **letzten zehn Jahren** eine oder mehrere maßgebliche Funktionen im Verein ehrenamtlich ausgeübt haben.

1. Michael KETA, Jg. 1956 – ASV Bewegung Steyr

seit 1970 bis 1982	Trainer Jugendmannschaften + Kampfmannschaften bei SK Amateure Steyr
seit 1983 bis 2002	Nachwuchstrainer + sportl. Leiter ASV Bewegung Steyr
seit 1999 bis 2003	Jugendleiter-Stv. + sport. Leiter ASV Bewegung Steyr
seit 2002 bis dato	Sektionsleiter ASV Bewegung Steyr

2. Franz OBERGRUBER, Jg. 1948 – ATSV „Vorwärts“ Steyr

seit 1982 bis 1985	Beirat
ASKÖ Schiverein Steyr	
seit 1986 bis 2002	Kassier
ASKÖ Bezirk Steyr	
seit 1994 bis dato	Kassier
ATSV Gesamtverein	
seit 2005 bis dato	Beirat
ASKÖ Bezirk Steyr	

3. Günther VOLLENHOFER, Jg. 1956 – Magistratssportverein Steyr

seit 1980 bis 1994	Bezirksfachwart Schwimmen
seit 1986 bis 1990	Fitsportreferent ASKÖ Bezirk Steyr
seit 1991 bis 1996	Kassier Magistratssportverein Steyr
seit 1978 bis dato	Schriftführer ATSV Steyr

seit 1990 bis dato Sportleiter-
Stv. ASKÖ Bezirk Steyr
seit 1993 bis dato Obmann
ASKÖ Schwimmclub Steyr
seit 1996 bis dato 1. Obmann-Stv.
Magistratssportverein Steyr
seit 2002 bis dato Vorstands-
mitglied ASV Bewegung Steyr Fuß-
ball
seit 2004 bis dato Schriftführer
ASV Bewegung Steyr
seit 2006 bis dato Jugendleiter
ASV Bewegung Steyr Fußball

SPORTEHRENZEICHEN FÜR SPORTLER IN SILBER:

Gemäß III A/2. der Richtlinien wird das Sportehrenzeichen der Stadt Steyr an **Sportler in silberner Ausführung** für die **dreimalige Erringung eines österreichischen Staatsmeistertitels** in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb bzw. für die **fünfmalige Erringung eines Landesmeistertitels** in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb verliehen. Der Meistertitel in einem Mannschaftsbewerb wird als halber Einzeltitel bewertet, wenn in dieser Sparte auch Einzelbewerbe ausgeschrieben werden.

1. Mag. Susanne SIX, Jg. 1980 – ATSV Eckelt Glas Steyr Tennis/Kornspitz Team OÖ
Staatsmeisterin Damen-Doppel
2003, 2005 und 2007
Staatsmeisterin Mannschaft 2004
und 2007

SPORTEHRENZEICHEN FÜR SPORTLER IN BRONZE:

Gemäß III A/3. der Richtlinien wird das Sportehrenzeichen der Stadt Steyr an **Sportler in bronzener Ausführung** für die **Erringung eines österreichischen Staatsmeistertitels** in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb, für die **dreimalige Erringung eines Landesmeistertitels** in einem Einzel- oder

Mannschaftsbewerb sowie für die **fünfmalige Erringung eines Stadtmeistertitels** in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb verliehen.

1. Isabelle HANNL, Jg. 1988 – ASKÖ Kampfsportverein Steyr
Landesmeisterin 2006 – 65 kg im
Semikontakt
Landesmeisterin 2007 – 65 kg im
Semikontakt
Landesmeisterin 2007 – 65 kg im
Leichtkontakt
2. Markus PÖLLHUBER, Jg. 1971 – UTC Steyr – Sektion Tennis
Mannschafts-Landesmeister im
Tennis:
1985 ATSV Steyr Tennis
1993 ATSV Steyr Tennis
1998 UTC Steyr
2005 UTC Steyr
2006 UTC Steyr
2007 UTC Steyr

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Im nächsten Punkt geht es um eine Verlängerung einer Optionsvereinbarung mit Burg Design. Das ist ja auch im Amtsbericht erläutert. Ich glaube, dass für uns als Stadt das für uns durchaus zu unterstützen ist. Wir haben da auch drinnen festgehalten, sollte ein Interessent kommen, ein Käufer, ein potenter Käufer dieses Stück wollen, dass dann Burg Design die Option ziehen muss. Ansonsten ist das möglich, dass das an einen anderen verkauft wird. Ich ersuche auch diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

7) ÖAG-7/03

Burg Design GmbH; Abschluss eines zweiten Nachtrages zur Optionsvereinbarung vom 23. 07. 2003.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 25. 10. 2007 wird der Verlängerung der zwischen der Stadt Steyr und der Burg Design GmbH abgeschlossenen Optionsvereinbarung vom 23. 7. 2003 entsprechend dem abgeschlossenen 2. Nachtrag zu dieser Optionsvereinbarung zugestimmt.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Auch nicht. Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Berichterstatter. Nächster Berichterstatter ist StR Wilhelm Hauser.

BE: STADTRAT

WILHELM HAUSER:

Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, meine sehr geschätzten Gäste, werte Damen und Herren. Ich habe heute hier zwei Anträge und einen Abänderungsantrag zu präsentieren. Der erste Antrag von mir befasst sich mit einem Preisanpassungsvorschlag zum 1. 1. 2008 für den Stadtbus. Es ist also so, das hier eine Erhöhung bei den Verbundfahrpreisen auf Kernzonen von ca. 1,7 % erfolgt und zwar nur bei ein paar bestimmten Kartentypen. Das ist für den Kernzonenpreis bei der Wochenkarte von 9,70 auf 9,90 Euro, bei der Monatskarte von 34,80 auf 35,60 Euro und bei der Jahreskarte von 358 auf 356, Entfall der nicht übertragbaren Jahreskarte 348, fällt also aus der Liste heraus.

Bei der vom Gemeinderat für den Haustarif, da geht es vor allen Dingen um diese Netzmarken. Sie wissen ja, dass wir für die Schülerinnen und Schüler hier sogenannte Netzmarken haben die sie auf den Freifahrtsausweisen anbringen können und die kann man sich entweder monatlich kaufen oder für das ganze Jahr, für die Ferienzeit oder nur für die Schulzeit. Da ist es so, dass die Netzmarken für die Ferien von 11 Euro auf 12 Euro steigt, für die Schulzeit von 22 auf 24 Euro und für das ganze Jahr von 33 auf 36 Euro. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir vor allen Dingen gerade in den letzten beiden Jahren massive Steigerungen hier gehabt haben, bei Schwarzfahrerinnen und Schwarzfahrern im Schülerbereich. Für mich ist das nicht ganz erklärlich, wenn man auf der anderen Seite ein ganzes Monat auf allen Linien fahren kann, wenn man sich um 3,20 eine Netzmarke für den Schülerfreifahrtsausweis kauft oder eben 33 bzw. ab nächstes Jahr dann 36 Euro ausgibt für eine sogenannte Ganzjahresmarke, weil dann ist es für mich wirklich nicht mehr verständlich warum das so sein soll, weil ich denke mir für ein Game-Boy-Spiel geben die Leute manchmal wahrscheinlich mehr aus. Außerdem wird die Monatskarte für Senioren von 34,80 Euro auf 35,60 erhöht, wobei es hier eine Unterstützung durch die Stadt von 5 Euro gibt. Ich ersuche dem Antrag des Verwaltungsausschusses hier zuzustimmen.

8) Stw-249/07

Stadtbus; Preisanpassungsvorschlag per 1. 1. 2008.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Stadtwerke Steyr vom 1. 10. 2007 über die Preisanpassung für den städt. Verkehrsbetrieb mit Wirksamkeitsbeginn 1. 1. 2008 und zufolge des Beschlus-

ses im Verwaltungsausschuss für die wirtschaftliche Unternehmung „Stadwerke Steyr“ entsprechend der Beilage wird der Anwendung der neuen Beförderungspreise zum genannten Zeitpunkt zugestimmt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Roman. Es hätte mich gewundert, wenn du dich nicht gemeldet hättest.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wertres Präsidium. Es ist ja wohl unbestritten, dass wir seit geraumer Zeit, vor allen Dingen seit Einführung der neuen EU-Währung, in allen unseren Lebensbereichen unständig, und das in immer kürzeren Abständen, mit Preisanhebungen, mit Tarif- und Gebührenanhebungen belastet werden. Daraus resultierend können sich viele ihren ursprünglichen und eigentlichen Lebensstandard und auch die Lebenskosten kaum mehr finanzieren. Das beweisen ja auch die Zahlen die bekannt sind bezüglich der steigenden Privatkonkurse. Es ist aber auch unbestritten, meine Damen und Herren, auf das ist der Referent eigentlich gar nicht eingegangen, dass die Dieselpreise in letzter Zeit massiv angestiegen sind, so wie im Amtsbericht das festgehalten wird. Aber es gibt einen Unterschied. Die Erhöhungen bei den Verbundfahrpreisen, die angeführt wurden, sollen um 1,7 % Steigerungen wirksam werden ab 1. 1. 2008, bei den Bereichen Haustarifen aber, in mehreren Kategorien, eine Anhebung um 10 %. Aber gerade beim öffentlichen Verkehr, den alle angeblich so sehr forcieren und so lieben, wäre die Stadt eigentlich aufgerufen ihren Beitrag dazu zu leisten, dass in diesen Bereich unsere Kunden nicht ständig mit Tarif- und Gebührenanhebungen konfrontiert werden. Die letzte Erhöhung hat es ja

erst vor einem Jahr gegeben, wie auch diesbezüglich im Amtsbericht das Datum festgehalten wird.

Wir glauben, meine sehr geehrten Damen und Herren, wie gesagt es wäre ein Beitrag vonseiten der Stadt notwendig, um ein Zeichen zu setzen, dass der öffentliche Verkehr der Stadt Steyr etwas wert ist, dass man diesem einen höheren Stellenwert gibt und man kommt dadurch, so haben sich ja auch in der Vergangenheit die Zahlen dargestellt, zu mehr Einnahmen bezüglich auch zu mehr Kunden in diesem Bereich. Man macht aber jetzt genau in dem Bereich wo man mehr Kunden haben möchte bei den jüngeren Leuten eine Preisanhebung. Wir werden aus diesem Grund und aus diesen Gründen die ich angeführt habe diese Tarifierhebungen nicht positiv beurteilen bei der Abstimmung.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Frau GR Frech.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, ich kann mich dem Kollegen Eichhübl da nur anschließen. Ich verstehe nicht ganz das Argument vom Kollegen Hauser zu sagen wir haben einen Anstieg an Schwarzfahrer und statt jetzt den Tarif zu erhöhen für die Schwarzfahrer, weil die zahlen nach wie vor die 50 Euro wenn sie erwischt werden, machen wir eines, dass wir den Tarif erhöhen für diese Netzmarken nämlich z. B. von 33 auf 36 Euro. Das sind immerhin fast 10 %. Das ist mir irgendwie nicht logisch in der Argumentation, das verstehe ich nicht ganz, weil wenn ich mehr Schwarzfahrer habe dann mache ich die Strafen höher damit es wirklich nicht, unter Anführungszeichen, interessant ist „schwarz“ zu fahren und umgekehrt hingegen schaue ich, dass

ich die Netzmarken reduziere. Das Argument ist für mich nicht schlüssig, und wie gesagt, aus diesem Grund, außer Sie können es mir erklären Kollege Hauser, aber sonst würde ich mich da auch der Meinung vom Kollegen Eichhübl anschließen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort.

STADTRAT

WILHELM HAUSER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, beim Roman Eichhübl bin ich es ja gewohnt, dass wir also permanent eine Gebührendiskussion haben. Aber auf der anderen Seite möchte ich schon sagen, dass wir ca. 1,5 Millionen Euro Defizit im Jahr haben und wenn wir also Preissteigerungen die wir sozusagen selbst mit machen müssen wie beim Einkauf der Energie, sprich beim Diesel z. B., udgl. nicht mehr umsetzen können und die nicht mehr auf den Kunden abgeben können, dann brauchen wir von vornherein gar nicht anfangen. Das 2. was dazu kommt ist, dass man uns immer vorrechnet dass wir doch wirtschaftlicher arbeiten sollen nur weitergeben dürften wir es dann nicht. Kommt das Geld von der Stadt, lieber Kollege Eichhübl, kommt es aber auch wieder vom Steuerzahler, also ist es egal ob ich es von der Kassa oder von der Kassa nehme. Eines ist klar, Auto bus fahren kostet halt auch Geld, genauso wie Auto fahren, genauso wie Taxi fahren, genauso wie Zug fahren oder fliegen. Das ist eine Realität. Wenn wir das nicht tun, dann müssen wir alle miteinander zu Fuß gehen und zwar von Steyr bis nach Wien, von mir aus. Aber wenn wir glauben, dass das nicht notwendig ist, dass wir unseren Preis für diese Dinge zahlen müssen, dann ist das Realität.

Liebe Frau Kollegin Frech, wenn Sie eine aufmerksame Mitarbeiterin im Verwaltungsausschuss sind, dann wissen Sie, dass wir voriges Jahr, kräftigst, um 10 Euro, die Strafen erhöht haben.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Aber jetzt nicht.

STADTRAT

WILHELM HAUSER:

Jetzt nicht, weil ich kann sie nicht jedes Jahr um 10 Euro machen, wenn ich auf der anderen Seite, bitte sehr, alleine im Schülerbereich 160 Anzeigen über Gericht eingeklagt habe, weil es nicht einmal die Eltern bezahlen. Ich finde es nicht als realistisch und zugänglich, wenn ich auf der anderen Seite sage, weil die Leute, die die Netzmarke kaufen, die kaufen sie sich eh, weil sie genau wissen was für ein tolles Angebot das ist. Wenn ich um 33 Euro, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, ein ganzes Jahr auf allen Linien in Steyr fahren kann, in der gesamten Betriebszeit, dann muss mir einer sagen, dass er sich das nicht leisten kann. Aber wenn er sich dafür lieber 35 Euro beim ersten Mal erhöhtes Beförderungsgeld und 50 Euro beim zweiten Mal erhöhtes Beförderungsgeld leisten will oder dann eine Anzeige wo ich nachher über das Jugendamt sozusagen vorgelegt bekommen, dass sie gerne Ratenzahlungen beantragen, weil jetzt sind wir schön langsam für einmal Schwarzfahren auf 200 Euro, weil halt dann die Rechtsanwalts- und Gerichtskosten dazu kommen, dann muss ich sagen, dann lernen sie es nicht anders. Aber sie lernen es sicher nicht, weil sie eine billigere Karte bekommen. 100 %ig nicht, weil sie haben einen Freifahrtsausweis und mit dem Freifahrtsausweis fahren sie aus Prinzip nicht mit der Linie mit der sie ins Gymnasium fahren sollten die drauf steht, weil sie

wollen die Nebenlinie nehmen, weil die ist nicht so voll. Er steigt nicht beim City-Point aus oder auf der Haltestelle auf der Schönauer Brücke, dort wo er aussteigen sollte, so wie es drinnen steht nämlich, weil da sind wir ja gebunden an das Bundesgesetz vom Finanzamt her für die Schülerbeförderung und Schülerfreifahrt, sondern sie steigen in der Tomitzstraße aus, weil es leichter oder angenehmer für sie zu gehen ist oder weil er noch in die Trafik gehen will und sich ein Packerl Zigaretten kaufen will. Das sind die Realitäten, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Wenn wir das aber auf der anderen Seite zu tolerieren anfangen, dann fährt jeder dort wo er will ohne zu bezahlen.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Man hätte es im Ausschuss sagen können, dass es ein Problem ist, dass es so viele Schwarzfahrer gibt ...

STADTRAT

WILHELM HAUSER:

Das haben wir diskutiert.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

... und dass es auch die Gerichtsverfahren gibt. Das ist nicht diskutiert worden.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Im Verwaltungsausschuss ist das in diesem Zusammenhang nicht diskutiert worden.

STADTRAT

WILHELM HAUSER:

Roman bitte, ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, Protokollleser wissen auch mehr, und der Kollege Apfelthaler kann das 100 %ig bestätigen, dass ich sogar vorgetragen habe, dass durch den Dr. Schmoll, aufgrund des allgemeinen Gesetzbuches das

geprüft wurde ob überhaupt Minderjährige geklagt werden können. Das war nämlich die einzige Möglichkeit warum wir überhaupt dazu kommen können, dass wir uns einen sogenannten Exekutionstitel holen, damit wir überhaupt klageberechtigt sind dort. Und, liebe Frau Kollegin Frech, ich gebe ja zu, aufgrund ihrer beruflichen Situation, ist es manchmal möglich, dass sie nicht da sind, aber es ist 100 %ig im Verwaltungsausschuss vorgetragen worden, weil wir eben das Problem haben, dass die Polizei gesagt hat sie kann hier nicht tätig werden.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Aber nicht im Zusammenhang mit der Tariferhöhung und der hohen Anzahl der Schwarzfahrer.

Diskussion verschiedener Mandatare

STADTRAT

WILHELM HAUSER:

Selbstverständlich haben wir darüber gesprochen.

Ordnungsruf

STADTRAT

WILHELM HAUSER:

Auf alle Fälle ist es so, dass ich nach wie vor meine, dass eine Jahresmarke die von 33 auf 36 Euro steigt eine verträgliche Lösung ist, noch dazu wo wir genau diese Marken die letzten Jahre hindurch nicht erhöht haben. Wenn man es sich anschaut, es steht drinnen, lieber Kollege Eichhübl, wenn du es dir anschaut, „über alle Tarife gelegt ca. 3,8 % Erhöhung“, da waren aber diese Tarife, die jetzt erhöht werden, nicht dabei, sondern die Einzelkarten.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Roman Eichhübl

STADTRAT

WILHELM HAUSER:

Du hast gesagt, nachdem wir es eh alle Jahre erhöhen und ich habe jetzt gerade gesagt, voriges Jahr haben wir sie nicht erhöht gehabt.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung (Bürgerforum Steyr). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Danke, nächster Punkt.

STADTRAT

WILHELM HAUSER:

Ich danke für die Zustimmung und trage nun meinen zweiten Antrag vor der durch einen Abänderungsantrag ergänzt ist, der Ihnen mittlerweile auch zugegangen ist. Ich möchte gleich erklären, warum es überhaupt zu einen Abänderungsantrag kommt. Wir haben unsere Verwaltungsausschusssitzung am 29. 10. gehabt und haben dort beschlossen, dass wir dieses Mal Gott sei Dank in einer Situation sind, aufgrund einer guten Ertragslage beim Wasser, eine sehr moderate Erhöhung von 1 Cent durchzuführen. Sie wissen ja, dass es aufgrund des Landesgesetzes so ist, dass hier eine Mindestgebühr vorgeschrieben ist und eine gewisse Bandbreite in der man sich bewegen kann. Bisher waren wir immer 9 Cent darüber, jetzt senken wir uns hier also ab auf 5 Cent darüber. Wir sind aber trotzdem der Meinung, dass das nicht nur einerseits gerechtfertigt ist, sondern dass wir es auch notwendig brauchen um also hier auch die notwendigen Investitionen immer wieder machen zu können. Ich gebe aber auch zu, dass wir natürlich hier die Gewinne, die erzielt werden, auch zur Abdeckung der Defizite in den Freizeitbetrieben, Eiskunstabahn und Stadtbad, natürlich auch dringend benötigen. Auf der anderen Seite ist es so,

dass einen Tag nach unserer Verwaltungsausschusssitzung der Erlass in der Landesregierung beschlossen wurde, dass auch die Mindestanschlussgebühr beim Wasser erhöht wird. Das liegt beim Abänderungsantrag ja auf, von 1.580 auf 1.644 Euro. Hier sind wir gezwungen das auch umzusetzen, nämlich diese Mindestanschlussgebühr, weil wir sonst sozusagen in die Bredouille kommen, dass, wenn es irgendetwas gäbe wo wir Förderungen vom Land bekommen, also wir aus den Förderungsrichtlinien herausfallen würden. Das große Problem dabei ist auch, dass das beides in einer Verordnung ist und daher war es also sinnvoll. Ich ersuche das auch so zu genehmigen einen Abänderungsantrag einzubringen, dass also neben der Wassergebühr die Erhöhung um 1 Cent auch gleich mitbeschlossen wird, die Änderung der Verordnung mit der Mindestanschlussgebühr ab dem 1. Jänner 2008 in der Höhe von 1.644 Euro für den Wasseranschluss. Ich ersuche den Antrag zur Diskussion zu stellen und anschließend abzustimmen.

9) Stw-253/07

Städt. Wasserversorgung – Wassergebühren; Änderung zum 1.1. 2008.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 8. 10. 2007 wird der Erhöhung der Wasserbezugsgebühr entsprechend dem in der Beilage übermittelten Verordnungstext und der darin enthaltenen Gebührenhöhe zum 1. 1. 2008 zugestimmt.

Diese Verordnung tritt am 1. 1. 2008 in Kraft und wird gem. § 65 Abs. 1 StS 1992, LGBl Nr. 9/1992, durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundgemacht. Gleichzeitig

tritt die Vorgängerverordnung außer Kraft. (Beilage)

ABÄNDERUNGSANTRAG

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 12. 11. 2007 wird der Erhöhung der Wasserleitungsanschlussgebühr und der Wasserbezugsgebühr entsprechend dem in der Beilage übermittelten Verordnungstext und der darin enthaltenen Gebührensätze zum 1. 1. 2008 zugestimmt.

Diese Verordnung tritt am 1. 1. 2008 in Kraft und wird gem. § 65 Abs. 1 StS 1992, LGBl Nr. 9/1992 idgF., durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundgemacht. Gleichzeitig tritt der § 3 Abs. 2 in der Fassung der Verordnung vom 17. 11. 2005 (Wasserleitungsanschlussgebühren) und der § 7 Abs. 2 in der Fassung der Verordnung vom 16. 11. 2006 (Wasserbezugsgebühr) außer Kraft.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Roman.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wertes Präsidium, ich melde mich jetzt nicht deswegen zu Wort weil der Kollege Hauser gemeint hat er ist es eh schon gewohnt, wenn es um Tarife geht, dass der Kollege Eichhübl zum Diskutieren anfängt, sondern es gibt da schon eine Reihe von anderen Begründungen die ich Ihnen noch näher erläutern werde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates wir haben es ja bisher so gehalten, dass wir jenen Tarif- und Gebührenanhebungen die

Zustimmung gegeben haben, obwohl es uns nicht besonders Spaß gemacht hat, die mit einer entsprechenden nachvollziehbaren Begründung dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt wurden. Wir halten das auch so in diesem Fall, wenn es nur, unter Anführungszeichen, um 1 Cent geht. Aber meine Damen und Herren, es geht nicht nur um 1 Cent. Und zwar deswegen nicht, weil die Wasserbezugsgebühr untrennlich mit der Kanalbenützungsg Gebühr bei der Verrechnung für unsere Kunden im Zusammenhang ist. Darum sage ich das. Und zwar deswegen, ich habe es heute schon einmal anklingen lassen bei einem anderen Antrag, weil ja auch die Kanalbenützungsg Gebühr angehoben wird. Und zwar wird die angehoben um 16,5 Cent und das bedeutet, dass man künftig, wenn man ein Kubikmeter Wasser aus dem Netz der städt. Wasserversorgung entnimmt, für den Wasserbezug 1,43 Euro bezahlt, für die Kanalbenützung 3,31 Euro. Das ist insgesamt ein Betrag von 4,75 Euro, und ich tu mir ein bisschen leichter, so manche andere auch, so wie der Kollege Bremm das auch betont hat, möchte ich das in Schilling sagen, das sind in Zukunft für ein Kubikmeter Wasser 65,22 Schilling. Das ist innerhalb von 10 Jahren, meine sehr geehrten Damen und Herren, eine Steigerung von 100 %. Herr Bürgermeister, also da sind wir weit weg von einer Inflationsabgeltung so wie du in der Steyrer Rundschau berichtet hast. Das möchte ich schon auch hier sehr deutlich darlegen.

Aber damit nicht genug, der Kollege Hauser, als zuständiger Referent, hat ja bereits darauf hingewiesen, dass so quer eine weitere Preisanhebung hereingekommen ist, aufgrund einer Verordnung des Landes Oberösterreich, das die Kanalanschlussgebühren betrifft.

STADTRAT

WILHELM HAUSER:

Nein, die Wasseranschlussgebühren.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Entschuldigung, die Wasseranschlussgebühren. Die Wasseranschlussgebühren werden angehoben und zwar von 1.738 Euro, Mindestgebühr, weil da gibt es ja dann eine Steigerung je nach Rohrdurchmesser, da steigt ja das in entsprechenden Dimensionen weiter an. Und diese Mindestgebühr von 1.738 Euro wird angehoben auf 1.808,40 Euro. Meine Damen und Herren, ich möchte aber sehr deutlich darauf hinweisen, und jetzt komme ich wieder auf die Wasserbezugsgebühr zurück, dass wir bereits seit einigen Jahren über der Mindesttarifordnung des Landes liegen. Wir liegen über der Mindesttarifordnung des Landes. Das ist eindeutig nachzulesen in diesem Amtsbericht.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Beim Wasserbezug, aber nicht bei der Anschlussgebühr.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Darum habe ich gesagt, jetzt rede ich vom Wasserbezug Herr Bürgermeister. Aber es gibt vor allem einen weiteren Grund, meine Damen und Herren, der es nicht rechtfertigt die Wasserbezugsgebühr auf nur, unter Anführungszeichen, auf 1 Cent anzuheben. Das beweisen ja die eigenen Zahlen der Stadtwerke. Die möchte ich Ihnen jetzt vor Augen halten. Erlöse und Erträge 3,782.000 Euro, beruht hauptsächlich natürlich aus dem Wasserverbrauch den unsere Kunden zu bezahlen haben. Daraus ist man in der Lage, von diesen 3,782.000 Euro eine Verlustabdeckung für Stadtbad und Kunsteisbahn in der Höhe von 890.000 Euro zu berappen. Apropos Verlustersatz. Vor

einigen Jahren noch hat die Stadt Steyr als Eigentümer, und das ist ja auch heute noch, der Stadtwerke diesen Verlustersatz aus dem Budget der Stadt Steyr bezahlt. Dann ist aber der Herr Finanzdirektor Lemmerer auf den Plan getreten und hat zugunsten der Stadt Verhandlungen mit dem Herrn Dkfm. Zeilinger geführt. Um nicht zu sagen er hat ihn über den Tisch gezogen, denn es ist ihm gelungen einen Austausch zu machen. Nämlich einen Austausch zwischen den sogenannten Wasser-Schilling, wurde er damals getauft, er heißt in Wahrheit Reinhaltungsbeitrag, und der Verlustabdeckung für Stadtbad und Kunsteisbahn. Der Pferdefuß für die Stadtwerke ist allerdings der, dass dieser Reinhaltungsbeitrag nicht einmal die Hälfte von dem ausmacht was die Stadtwerke Einnahmen im Vergleich dazu was sie ausgeben für den Verlustersatz Stadtbad und Kunsteisbahn. Das möchte ich auch wieder einmal Ihnen so in aller Deutlichkeit sagen, weil es die Tatsache ist. Investitionen, und das ist ja sehr positiv, werden ebenfalls aus diesen 3,782.000 Euro Einnahmen getätigt und zwar in der Höhe von 798.000 Euro, das ist sehr positiv, das sage ich noch einmal, ich unterstreiche das, aber das ist weniger als der Verlustersatz für diese beiden vorhin von mir genannten Bereiche. Und das führt dann nach Abzug aller anderen Aufwendungen beim Bilanzergebnis zu einem Plus von 62.200 Euro. Und daher, meine Damen und Herren, ist eine Tarifierhebung in diesem Bereich auch nur um 1 Cent absolut nicht gerechtfertigt.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich danke. Nächster ist Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch wenn wir gewisse Präferenzen haben zu denen mit Sicherheit der öffentliche Verkehr gehört, glaube ich trotzdem, dass man eine gewisse Kostenwahrheit auch einhalten soll. D.h., Verursacherprinzip. Darum haben wir auch der Erhöhung für die Bustarife zugestimmt. Wir werden der Erhöhung der Wassergebühr nicht zustimmen, weil sie über dem vom Land empfohlenen Mindestbeitrag ist. Erschwerend kommt dazu, dass wir in diesem Bereich einen gewaltigen Gewinn machen. Wir sehen daher nicht ein, warum wir die Steyrer Bürgerinnen und Bürger über Gebühr hier noch belasten sollen. Ich glaube, man sollte sich das wirklich überlegen, das ist überzogen, das ist auch nicht notwendig und sollten wir auch nicht machen. Danke.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Willi, Schlusswort bitte.

STADTRAT

WILHELM HAUSER:

Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Also ich kann mich noch sehr gut erinnern, dass wir des Öfteren darüber gesprochen haben, dass es auch nicht verboten sein darf Gewinne zu erzielen, dass es Kostenwahrheiten geben soll udglm. Ich denke mir, dass also, wenn wir mit den erzielten Gebühren unter anderem die 890.000 Euro aus Kunst- eisbahn und Stadtbad abdecken können, die hier der Kollege Eichhübl auch nominal zitiert hat, dann denke ich mir, dass das auch etwas ist wo es der Allgemeinheit zu Gute kommt und das ist ja nicht etwas wo wir sozusagen Geld horten oder sonst was und auf der anderen Seite machen wir auch viele Investitionen. Ich habe vor Kurzem, ge-

schätzte Kolleginnen und Kollegen, eine Bericht gesehen im ZDF über die Stadt Scheffield. Dort ist also unter anderem unter der Zeit der Maggy Thatcher, jeder kann sich noch erinnern, ist das Wasserleitungsnetz verkauft worden, privatisiert worden. Die haben das ausgebeutet bis zum geht nicht mehr und Anfang dieses Jahres um 1 Englischen Pfund der Stadt Scheffield wieder zurückgeschenkt. Das ist nämlich mittlerweile dort so, dass 72 % des Wassers im Erdreich versinken, weil das Netz dort so kaputt ist. Wir minimieren unsere Verluste ins Erdreich wir schauen, dass wir überall ein gutes Leitungssystem haben und andererseits überall dort wo also neue Straßen gemacht werden, um auch hier unterstützend mitzuwirken, die Leitungen ...

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Sind wir jetzt in Steyr oder wo sind wir?

STADTRAT

WILHELM HAUSER:

Nein, ich beurteile ja nur, dass man auch schauen muss, dass man mit dem öffentlichen Gut und den öffentlichen Investitionen dementsprechend sorgsam umgeht. Ich behaupte, dass wir versuchen das sehr gut zu tun. Wir sind darauf aus, dass es eine Versorgungssicherheit gibt und wir sind auch darauf aus, dass es eine ständige Messtätigkeit gibt, dass es bei uns sicherlich sauberes, keimfreies Wasser gibt, das bestätigbar ist und wo unter anderem auch viele Investitionen in dem Bereich gemacht werden. Ich weise darauf hin, dass ich mich noch sehr gut daran erinnern kann wie wir voriges Jahr darüber diskutiert haben, dass es doch möglich sein muss, dass man beim Wasser einen Gewinn erzielt um nicht in die Situation hinein zu rutschen Abgangsgemeinde zu werden die irgendwann Zuschüsse vom Land braucht. Oder wie uns der Herr Eichhübl ja schon indoktriniert fast, dass

wir uns darauf vorbereiten sollen einen Kommissär der Landesregierung zu bekommen. Also ich bin durchaus der Meinung, dass 1 Cent der Bevölkerung auch in diesem Bereich zumutbar ist und ersuche daher den Antrag und den Abänderungsantrag zu beschließen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir kommen zur Abstimmung und zwar im Sinne des Abänderungsantrages. Wer für diesen Antrag ist, in dieser Form, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ und Grüne. Wer ist dagegen. ÖVP, FPÖ, Bürgerforum Steyr. Stimmenthaltung. Niemand. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Ich danke dem Berichterstatter. Nächster Berichterstatter ist Herr StR Gunter Mayrhofer.

BE: STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, mein erster Antrag bezieht sich auf die Tourismuskommission, auf die Entsendung von Mitgliedern. Wie Sie mitverfolgt haben, ist eine neue Kommission für vier Jahre gewählt worden. Vertreten in dieser Kommission sind auch die politischen Parteien.

Es wird vorgeschlagen für die SPÖ als Mitglied Frau Vzbgm. Friederike Mach, als Ersatzmitglied GR Gerald Hackl. Für die ÖVP Frau GR Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner, Ersatzmitglied Frau GR Eva Wührleitner. Für die Grünen Steyr Mitglied Herr Ing. Wilhelm-Karl Enzlberger, Ersatzmitglied Herr GR Andreas Kupfer. Für die FPÖ, als Mitglied Herr GR Hans Payrleithner, Ersatzmitglied Herr GR Roman Eichhübl. Für das Bürgerforum Steyr FRECH, als Mitglied Frau GR MMag. Michaela Frech und Ersatzmitglied Herr Mag. Wolfgang Glaser. Ich ersuche den Herrn Bürgermeister um die Vornahme der Wahl.

10) Wi-23/07

Tourismuskommission Steyr; Entsendung von Mitgliedern (Fraktionswahlen).

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir werden bei diesem Punkt einzeln die Parteien abstimmen lassen. Es ist immer nur die zuständige Fraktion Wahlberechtigt. Wir stimmen zuerst über die SPÖ-Mitglieder und SPÖ-Ersatzmitglieder ab und zwar die Frau Vzbgm. Mach und der Herr GR Gerald Hackl als Ersatzmitglied. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Wir kommen zur ÖVP. Als Mitglied die Frau Dr. Birgitta Braunsberger Lechner und Ersatzmitglied GR Eva Wührleitner. Wer von der ÖVP dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Dagegen? Stimmenthaltung? Auch einstimmige Annahme. Von den Grünen der Herr Wilhelm Enzlberger und der GR Andreas Kupfer. Wer dafür ist von den Grünen den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke, einstimmig. Von der FPÖ – Herr GR Hans Payrleithner und Herr GR Roman Eichhübl. Wer ist von der FPÖ dafür? Dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Bürgerforum Steyr Frech, Mitglied Frau MMag. Frech und Herr Mag. Wolfgang Glaser. Ist die Partei auch dafür?

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Könnten wir uns vielleicht darauf einigen, das man die Bezeichnung so verwendet, das ist auch eine Art Wertschätzung, es heißt „Bürgerforum Steyr.“

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Da steht es aber so.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Da kann ich aber nichts dafür.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Okay, es tut mir Leid, ich habe das nicht korrigiert. Michaela, bist du einverstanden? Gut, einstimmige Annahme.
Der Antrag wurde einstimmig von jeder Fraktion angenommen.
Kann man die nächsten Punkte irgendwie zusammen fassen?

Gelächter

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Danke Herr Bürgermeister. Ich komme zum nächsten Tagesordnungspunkt und zwar Kanalisation Steyr. Hier geht es um eine Verpflichtungserklärung wo die Stadt Steyr den Interessentenbeitrag zahlen muss an die Wildbachverbauung. Wir übernehmen 55 % der Kosten, das sind 209.000. D. h., die Gesamtkosten sind 380.000 Euro. Ich ersuche um Zustimmung.

11) BauT-7/06
Kanalisation Stadt Steyr; Einzugsbereich Gründberg – Spitalsbach, Neubau; Verpflichtungserklärung - Interessentenbeitrag der Stadt.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 25. September 2007 wird der vorgelegte Interessentenbeitragsverpflichtungserklärung der Wildbach- und Lawinerverbauung, Gebietsbauleitung Steyr – Ennsgebiet, vom 6. August 2007, den für 2008 geplanten Neubau des Spitalsbaches von der Stadt zu 55 % in Höhe von EUR 209.000,00 (Gesamtkosten EUR 380.000,00) mitzufinanzieren, zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel sind im Rechnungsjahr 2007 bei der VSt. 5/851000/004000 „Ausbau weiterer Kanäle“ bereitgestellt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine zusätzliche Darlehensaufnahme in Höhe von insgesamt EUR 209.000,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Im nächsten Punkt geht es um die Verleihung des Ehrenzeichens „Steyrer Panther 2006“.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
2007!

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
2006 bitte. Das wird rückwirkend für das Jahr 2006 verwendet. Der Herr Magistratsdirektor hat uns gesagt, dass alles so in Ordnung ist.

Hier werden vorgeschlagen als Preisträger die Familie Anna Maria und Peter Trautwein aus der Schuhbodengasse, die Frau Mag. Irene Mayrhofer und Herr Ing. Othmar Riepl vom Wieserfeldplatz und Herr Ing. Friedrich Weber, Mitarbeiter der GWG in Steyr. Ich ersuche um Zustimmung.

12) Verleihung des Ehrenzeichens „Steyrer Panther 2006“; Auszeichnung der Stadt Steyr für besondere Verdienste in der Denkmalpflege.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung vom 16. Oktober 2007 wird an folgende Personen, die sich besonders für die Pflege und Erhaltung von Baudenkmalern in der Stadt Steyr einsetzen und Außergewöhnliches für die Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung geleistet haben, als Anerkennung das Ehrenzeichen „Steyrer Panther“ verliehen.

Gemäß III Abs. 1. der Richtlinien werden genannt:

1. Familie Anna Maria und Peter Trautwein
2. Frau Mag. Irene Mayrhofer und Herr Ing. Othmar Riepl
3. Herr Ing. Friedrich Weber

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Im nächsten Tagesordnungspunkt geht es um eine Änderung eines Bebauungsplanes und zwar des Bebauungsplanes Nr. 63 – Jägerberg. Hier geht es um den Bereich von der Klingenschmiedgasse im Norden bis zu den Reihenhäusern der ehem. Steyr-Daimler-Puch AG in der Josef-Fellinger-Siedlung. Ich ersuche, wie von der Fachabteilung für Stadtentwicklung vorgeschlagen, dem Antrag die Zustimmung zu geben.

13) BauGru-59/06
Bebauungsplan Nr. 63 – Jägerberg; Änderung Nr. 1.

Antrag des Stadtsenates

an den Gemeinderat

Der Gemeinderat möge die Erlassung des Bebauungsplanes Nr. 63 Jägerberg – Änderung Nr. 1 entsprechend den Plänen der Fachabteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 15. 11. 2006 und den Ausführungen im Amtsbericht der Fachabteilung für Baurechtsangelegenheiten vom 5. 09. 2007 beschließen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Danke. Beim nächsten Punkt geht es um das Neuplanungsgebiet Nr. 5, Hausleiten, Bebauungsplan Hausleiten, hier neben der Tennishalle Rotenbrunner, Kläranlage gelegen. Es soll eine vernünftige Bebauung der sehr großen Grundstücke ermöglicht werden. Ich ersuche um Zustimmung.

14) BauGru-55/04

Neuplanungsgebiet Nr. 5 – Hausleiten; Verordnung; 1. Verlängerung.

A n t r a g

des Ausschusses für Stadtentwicklung und Stadtplanung

an den Gemeinderat

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat wolle nachstehende Verordnung betreffend die 1. Verlängerung des Neuplanungsgebietes Nr. 5 – Hausleiten beschließen:

V e r o r d n u n g

des Gemeinderates der Stadt Steyr vom

Für das im Plan der Fachabteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 6.10.2004 und mit Gemeinderatsbeschluss vom 22.09.2005 beschlossene Neuplanungsgebiet „Hausleiten“ der Stadt Steyr wird gemäß § 46 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr die 1. Verlängerung verordnet:

I.

Gemäß § 45 Abs. 1 der OÖ. Bauordnung, LGBl. Nr. 66/1994 idgF., wird für das im Plan des Stadtbauamtes vom 6.10.2004 bezeichnete Gebiet (rot umrandet) ein zeitlich befristetes Neuplanungsgebiet verhängt.

Das Planungsgebiet wird im Westen durch die aufsteigende Geländekante zum Stadtteil Resthof, im Süden und Osten durch das unmittelbar angrenzende bzw. durch Ackerflächen getrennte Flussufer der Enns eingegrenzt. Im Norden stellen die angrenzenden landwirtschaftlichen Flächen im Bereich des Tennishofes Rotenbrunner den Grenzbereich dar. Bei einer Bebauung sind nachfolgende Kriterien zu berücksichtigen:

Die im Flächenwidmungsplan Nr. 2 der Stadt Steyr festgelegten Widmungen werden übertragen.

Die Festlegungen des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 24 vom 20.3.1962 (Zahl Bau 2-6831/60) inkl. dessen Teiländerung Nr. 1 vom 1. Feb-

ruar 1990 (Zahl Bau 2-4180/88) sind uneingeschränkt anzuwenden.

Für sämtliche Flächen des Neuplanungsgebietes, die außerhalb des Bereiches des Bebauungsplanes Nr. 24 gelegen sind, gelten folgende Einschränkungen:

Die vorderen Baufluchtlinien der Grundstücke mit den Nummern 1191/3, 1191/12, 1191/14-18, KG Gleink, werden in einem Abstand von 5 m zur ostseitigen Grundgrenze und als anbauverbindlich festgesetzt, die hinteren Baufluchtlinien werden in einem Abstand von 12 m, gemessen von der vorderen Baufluchtlinie, festgesetzt. Für alle anderen Grundstücke können aufgrund deren unterschiedlichen Konfiguration keine Baufluchtlinien festgelegt werden, in diesem Fall gilt: es ist die Bebauung einer Fläche mit max. 12 m x 12 m zulässig, wobei die Abstandsbestimmungen nach § 5 OÖ. BauTG einzuhalten sind.

Die maximal zulässige Anzahl der zu errichtenden Geschosse ist mit 1 Vollgeschoss begrenzt.

Die maximal zulässige Geschossflächenzahl darf 0,25 nicht übersteigen.

Gemäß § 45 der OÖ. Bauordnung leg. cit. kann der Gemeinderat durch Verordnung bestimmte Gebiete zu Neuplanungsgebieten erklären, wenn ein Flächenwidmungs- oder Bebauungsplan für dieses Gebiet erlassen oder geändert werden soll und dies im Interesse der Sicherung einer zweckmäßigen und geordneten Bebauung erforderlich ist. Die Erklärung zum Neuplanungsgebiet hat die Wirkung, dass Bauplatzbewilligungen; Bewilligungen für die Änderungen von Bauplätzen und bebauten Grundstücken und Baubewilligungen, ausgenommen Abbruchbewilligungen, nur ausnahmsweise erteilt werden dürfen, wenn nach der jeweils gegebenen Sachlage anzunehmen ist, dass die beantragte Bewilligung die Durchführung des künf-

tigen Flächenwidmungs- oder Bebauungsplanes nicht erschwert oder verhindert und dem bestehenden Bebauungs-, Flächenwidmungsplan oder der Bauordnung nicht widersprechen. Der Gemeinderat kann die Erklärung zum Neuplanungsgebiet durch Verordnung höchstens zweimal auf je ein weiteres Jahr verlängern.

II.

Die Kundmachung der Verordnung erfolgt gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr 1992, LGBl. Nr. 9 idgF., im Amtsblatt der Stadt Steyr. Die Planunterlagen liegen vom Tage der Kundmachung an in der Fachabteilung für Baurechtsangelegenheiten sowie in der Fachabteilung für Stadtplanung und Stadtentwicklung des Magistrates der Stadt Steyr durch 2 Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Der Plan liegt auch nach Inkrafttreten während der Amtsstunden zur Einsichtnahme für jedermann auf.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ich möchte vielleicht das nächste Mal bitten, wenn wir wieder so Neuplanungsgebiete beschließen, dass man das zumindest auch bildlich darstellt. Zu dem haben wir extra das Bild so montieren lassen.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Gerne. Nachdem ich zuerst ihren Wunsch gehört habe, das Ganze zu beschleunigen, habe ich als Vorgriff das nicht vorgenommen, aber ich kann das beim nächsten Mal gerne machen.

Gelächter

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das ist eine gute Ausrede. Wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand ge-

gen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Danke. Im nächsten Tagesordnungspunkt geht es um das Neuplanungsgebiet Nr. 4, Tiefgarage Werndlpark, um eine Verlängerung, die zweite Verlängerung. Das ist jenes Grundstück wo der Gemeinderat mehrheitlich gesagt hat es hat erste Wahl für eine Tiefgarage. Hier wollen wir uns die Möglichkeit nicht begeben und möchten eine Verlängerung bis zur endgültigen Klärung auf welchem Standort die Tiefgarage kommen soll. Ich ersuche um Zustimmung.

15) BauGru-54/04

Neuplanungsgebiet Nr. 4 – Tiefgarage Werndlpark; 2. Verlängerung.

A n t r a g

des Bauausschusses

an den Gemeinderat

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat wolle nachstehende Verordnung betreffend die 2. Verlängerung des Neuplanungsgebietes Nr. 4 – Tiefgarage Werndlpark - beschließen:

V e r o r d n u n g

des Gemeinderates der Stadt Steyr vom

Für das im Plan der Fachabteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 21.9.2004 und mit Gemeinderatsbeschluss vom 16.11.2006 beschlossene Neuplanungsgebiet „Tiefgarage Werndlpark“ der Stadt Steyr wird gemäß § 46 Abs. 1 des Statutes für die

Stadt Steyr die 2. Verlängerung verordnet:

I.

Gemäß § 45 Abs. 1 der OÖ. Bauordnung, LGBl. Nr. 66/1994 idGF., wird für das im Plan des Stadtbauamtes vom 21.9.2004 bezeichnete Gebiet (rot umrandet) ein zeitlich befristetes Neuplanungsgebiet verhängt.

Das Neuplanungsgebiet betrifft die Grundstücke Nr. 319, 287, 282, 277/1, 277/3, 277/5, 277/7, 276, .244/1 Bfl. und 275, alle KG Steyr, die Flächen selbst werden im Osten durch den Unteren Schiffweg, im Westen von der Werndl-Straße und im Norden von der Tomitzstraße begrenzt und reicht im südlichen Bereich bis zu den bestehenden Gebäuden des Bundesgymnasiums Steyr.

Gemäß § 45 der OÖ. Bauordnung leg. cit. kann der Gemeinderat durch Verordnung bestimmte Gebiete zu Neuplanungsgebieten erklären, wenn ein Flächenwidmungs- oder Bebauungsplan für dieses Gebiet erlassen oder geändert werden soll und dies im Interesse der Sicherung einer zweckmäßigen und geordneten Bebauung erforderlich ist. Die Erklärung zum Neuplanungsgebiet hat die Wirkung, dass Bauplatzbewilligungen; Bewilligungen für die Änderungen von Bauplätzen und bebauten Grundstücken und Baubewilligungen, ausgenommen Abbruchbewilligungen, nur ausnahmsweise erteilt werden dürfen, wenn nach der jeweils gegebenen Sachlage anzunehmen ist, dass die beantragte Bewilligung die Durchführung des künftigen Flächenwidmungs- oder Bebauungsplanes nicht erschwert oder verhindert.

Das Neuplanungsgebiet hat die Wirkung, dass Bauplatzbewilligungen, Bewilligungen für die Änderung von Bauplätzen und bebauten Liegenschaften sowie Baubewilligungen, ausge-

nommen Abbruchbewilligungen, nur ausnahmsweise erteilt werden dürfen, wenn anzunehmen ist, dass die beantragte Bewilligung die Durchführung des künftigen Flächenwidmungsplanes bzw. Bebauungsplanes nicht erschwert oder verhindert.

II.

Die Kundmachung der Verordnung erfolgt gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr 1992, LGBl. Nr. 9 idGF., im Amtsblatt der Stadt Steyr. Die Planunterlagen liegen vom Tage der Kundmachung an in der Fachabteilung für Baurechtsangelegenheiten sowie in der Fachabteilung für Stadtplanung und Stadtentwicklung des Magistrates der Stadt Steyr durch 2 Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Der Plan liegt auch nach Inkrafttreten während der Amtsstunden zur Einsichtnahme für jedermann auf.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist auch nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Einstimmige Annahme.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Danke. Im nächsten Antrag geht es ebenfalls um eine Verlängerung und zwar im Bereich der Hofergründe. Das ist jenes Gebiet was direkt angrenzt an das Gemeindegebiet Garsten. Ich ersuche der Verlängerung zuzustimmen.

16) BauGru-21/05

Neuplanungsgebiet Nr. 11 – Hofergründe, 1. Verlängerung.

A n t r a g

**des Ausschusses für Stadtentwicklung
und Stadtplanung**

an den Gemeinderat

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat wolle nachstehende Verordnung betreffend die Erlassung des Neuplanungsgebietes Nr. 11 - Hofergründe - 1. Verlängerung - beschließen:

V e r o r d n u n g

des Gemeinderates der Stadt Steyr vom

Für das im Plan der Fachabteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 11.5.2005 und mit Gemeinderatsbeschluss vom 15.12.2005 beschlossene Neuplanungsgebiet „Hofergründe“ der Stadt Steyr wird gemäß § 46 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr die 1. Verlängerung verordnet:

I.

Gemäß § 45 Abs. 1 der OÖ. Bauordnung, LGBl. Nr. 66/1994 idgF., wird für das im Plan des Stadtbauamtes vom 11.5.2005 bezeichnete Gebiet (rot umrandet) ein zeitlich befristetes Neuplanungsgebiet verhängt.

Räumlich begrenzt ist es einerseits durch den bestehenden Bebauungsplan Hofergründe (Fellingiersiedlung) im Osten, die westliche Begrenzung ist die Hubergutstraße, die südliche und nördliche Grenze des Neuplanungsgebietes ist in etwa ident mit einer Verlängerung der nördlichen und südlichen Grenze des Bebauungsplanes Hofergründe, reichend bis zur Hubergutstraße. Bei einer Bebauung sind nachfolgende Kriterien zu berücksichtigen:

Die maximal zulässige Anzahl der zu errichtenden Geschosse im Bereich der Einfamilienhäuser ist mit einem Vollgeschoss und dem Ausbau des

Dachgeschosses bzw. des Dachraumes zu begrenzen.

Im Bereich der Flächenwidmung - Gemischtes Baugebiet - im westlichen Teil des Planungsgebietes dürfen keine zusätzlichen Geschosse errichtet werden.

Die Geschossflächenzahl in den von Einfamilienhausbebauung geprägten Bereichen darf 0,4 nicht übersteigen. Bei bebauten Grundstücken mit einer errechneten Geschossflächenzahl von mehr als 0,4 dürfen keine Erweiterungen vorgenommen werden. Eine Ausnahme gilt bei der Bebauung der Grundstücke mit einer Flächenwidmung - Gemischtes Baugebiet - im westlichen Teil des Planungsgebietes, hier darf eine Geschossflächenzahl von 0,8 nicht überschritten werden.

Baufluchtlinien: Der rechtskräftige Bebauungsplan Nr. 42 vom 24.11.1983 (Zahl Bau 2-2628/77) ist uneingeschränkt anzuwenden. Für sämtliche Flächen des Neuplanungsgebietes, die außerhalb des Bebauungsplanes Nr. 42 gelegen sind, gilt folgende Bestimmung: Die Baufluchtlinien sind mit den bestehenden Gebäudefassaden ident. Eventuelle mögliche Zubauten sind mit den bestehenden Gebäudefassaden ident. Eventuelle mögliche Zubauten werden im Zuge der Bebauungsplanerstellung überprüft.

Gemäß § 45 der OÖ. Bauordnung leg. cit. kann der Gemeinderat durch Verordnung bestimmte Gebiete zu Neuplanungsgebieten erklären, wenn ein Flächenwidmungs- oder Bebauungsplan für dieses Gebiet erlassen oder geändert werden soll und dies im Interesse der Sicherung einer zweckmäßigen und geordneten Bebauung erforderlich ist. Die Erklärung zum Neuplanungsgebiet hat die Wirkung, dass Bauplatzbewilligungen; Bewilligungen für die Änderungen von Bauplätzen und bebauten Grundstücken und Baubewilligungen, ausgenommen Abbruchbewilligungen, nur ausnahms-

weise erteilt werden dürfen, wenn nach der jeweils gegebenen Sachlage anzunehmen ist, dass die beantragte Bewilligung die Durchführung des künftigen Flächenwidmungs- oder Bebauungsplanes nicht erschwert oder verhindert und dem bestehenden Bebauungs-, Flächenwidmungsplan oder der Bauordnung nicht widersprechen. Der Gemeinderat kann die Erklärung zum Neuplanungsgebiet durch Verordnung höchstens zweimal auf ein weiteres Jahr verlängern.

II.

Die Kundmachung der Verordnung erfolgt gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr 1992, LGBl. Nr. 9 idgF., im Amtsblatt der Stadt Steyr. Die Planunterlagen liegen vom Tage der Kundmachung an in der Fachabteilung für Baurechtsangelegenheiten sowie in der Fachabteilung für Stadtplanung und Stadtentwicklung des Magistrates der Stadt Steyr durch 2 Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Der Plan liegt auch nach Inkrafttreten während der Amtsstunden zur Einsichtnahme für jedermann auf.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Danke. Im nächsten Tagesordnungspunkt geht es ebenfalls um ein Neuplanungsgebiet und zwar Nr. 12, das ist die sogenannte Glinsnerwiese. Die Glinsnerwiese liegt in der Kreuzung Feldstraße, Ketteringstraße. Ich ersuche hier ebenfalls, wie von der Fachabteilung vorgeschlagen, der Verlängerung zuzustimmen.

17) BauGru-9/06

Neuplanungsgebiet Nr. 12 – Glinsnerwiese.

A n t r a g

des Ausschusses für Stadtentwicklung und Stadtplanung

an den Gemeinderat

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat wolle nachstehende Verordnung betreffend die Erlassung des Neuplanungsgebietes Nr. 12 – Glinsnerwiese - beschließen:

V e r o r d n u n g

des Gemeinderates der Stadt Steyr
vom

Das im Plan der Fachabteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 11.01.2007 bezeichnete Gebiet Glinsnerwiese wird als Neuplanungsgebiet der Stadt Steyr gemäß § 46 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr verordnet:

I.

Gemäß § 45 Abs. 1 der OÖ. Bauordnung, LGBl. Nr. 66/1994 idgF., wird für das im Plan des Stadtbauamtes vom 11.01.2007 bezeichnete Gebiet (rot umrandet) ein zeitlich befristetes Neuplanungsgebiet verhängt.

Das Planungsgebiet wird zum Großteil von landwirtschaftlichen Nutzflächen umschlossen, ausgenommen davon sind unmittelbar angrenzende Waldflächen im Nordwesten und Südosten.

Bei einer Bebauung sind nachfolgende Kriterien zu berücksichtigen:

Maßgebliche Punkte für eine Bebauung sind, dass die künftigen straßenseitigen Baufluchtlinien den Baufluchtlinien des straßenseitigen Baubestandes gleichzusetzen sind. Die hinteren Baufluchtlinien werden in einem Abstand von 15 m, gemessen von der straßenseitigen Baufluchtlinie, ausgewiesen. Die maximal zulässige Anzahl der zu errichtenden Geschosse über den Erdboden darf zwei Vollgeschosse, die Geschossflächenzahl darf 0,35 nicht übersteigen. Bei Bestandsobjekten, die bereits jetzt die maximal zulässige Geschossflächenzahl erreichen bzw. übersteigen, darf eine zusätzliche Erweiterung nicht mehr ermöglicht werden. Der Bestand gilt in diesem Fall als Obergrenze. Die erforderlichen Verbindungsflächen für eine Geh- und Radwegeverknüpfung zwischen Hochstraße/Knoglergründe und dem Bereich östlich des ehemals landwirtschaftlichen Vierkantgebäudes sind freizuhalten.

Gemäß § 45 der OÖ. Bauordnung leg. cit. kann der Gemeinderat durch Verordnung bestimmte Gebiete zu Neuplanungsgebieten erklären, wenn ein Flächenwidmungs- oder Bebauungsplan für dieses Gebiet erlassen oder geändert werden soll und dies im Interesse der Sicherung einer zweckmäßigen und geordneten Bebauung erforderlich ist. Die Erklärung zum Neuplanungsgebiet hat die Wirkung, dass Bauplatzbewilligungen; Bewilligungen für die Änderungen von Bauplätzen und bebauten Grundstücken und Baubewilligungen, ausgenommen Abbruchbewilligungen, nur ausnahmsweise erteilt werden dürfen, wenn nach der jeweils gegebenen Sachlage anzunehmen ist, dass die beantragte Bewilligung die Durchführung des künftigen Flächenwidmungs- oder Bebau-

ungsplanes nicht erschwert oder verhindert.

II.

Die Kundmachung der Verordnung erfolgt gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr 1992, LGBl. Nr. 9 idGF., im Amtsblatt der Stadt Steyr. Die Planunterlagen liegen vom Tage der Kundmachung an in der Fachabteilung für Baurechtsangelegenheiten sowie in der Fachabteilung für Stadtplanung und Stadtentwicklung des Magistrates der Stadt Steyr durch 2 Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Der Plan liegt auch nach Inkrafttreten während der Amtsstunden zur Einsichtnahme für jedermann auf.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke, nächster und letzter Punkt.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Im nächsten und letzten Punkt geht es um die Kammermayrstraße, ebenfalls ein Neuplanungsgebiet. Kammermayrstraße im Bereich Ennsleite gelegen, Arbeiterberg hinauf auf der linken Seite. Hier hat die Fachabteilung für Stadtentwicklung und Planung einen Bebauungsplan vorgelegt. Ich ersuche, so wie vorgesehen, dem die Zustimmung zu geben.

18) BauGru-10/06

Neuplanungsgebiet Nr. 13 – Kammermayrstraße.

A n t r a g

**des Ausschusses für Stadtentwicklung
und Stadtplanung**

an den Gemeinderat

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat wolle nachstehende Verordnung betreffend die Erlassung des Neuplanungsgebietes Nr. 13 - Kammermayr - beschließen:

V e r o r d n u n g

des Gemeinderates der Stadt Steyr vom

Das im Plan der Fachabteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 19.03.2007 bezeichnete Gebiet Kammermayr wird als Neuplanungsgebiet der Stadt Steyr gemäß § 46 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr verordnet:

I.

Gemäß § 45 Abs. 1 der OÖ. Bauordnung, LGBl. Nr. 66/1994 idgF., wird für das im Plan des Stadtbauamtes vom 19.03.2007 bezeichnete Gebiet (rot umrandet) ein zeitlich befristetes Neuplanungsgebiet verhängt.

Das beabsichtigte Neuplanungsgebiet wird im Norden durch die Damberggasse und der anschließenden Neustiftgasse, im Westen durch die Arbeiterstraße, im Osten durch die Grenze zur Nachbargemeinde St. Ulrich und im Süden durch mehrgeschossige Wohnbauten des Stadtteiles Ennsleite bzw. unbebauten Flächen begrenzt.

Bei einer Bebauung sind nachfolgende Kriterien zu berücksichtigen:

Maßgebliche Punkte für eine Bebauung sind, dass die künftigen straßenseitigen Baufluchtlinien den Baufluchtlinien des straßenseitigen Baubestandes gleichzusetzen sind. Die hinteren Baufluchtlinien werden in einem Abstand von 15 m, gemessen von der

straßenseitigen Baufluchtlinie, ausgewiesen. Die maximal zulässige Anzahl der zu errichtenden Geschosse über den Erdboden darf zwei Vollgeschosse, die Geschossflächenzahl darf 0,35 nicht übersteigen. Bei Bestandsobjekten, die bereits jetzt die maximal zulässige Geschossflächenzahl erreichen bzw. übersteigen, darf eine zusätzliche Erweiterung nicht mehr ermöglicht werden. Der Bestand gilt in diesem Fall als Obergrenze.

Im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 41 gelten die rechtskräftigen Bestimmungen. Bis zur Erstellung eines Bebauungsplanes sind im Bereich aller Geschosswohnbauten keine baubewilligungspflichtigen Bauvorhaben zulässig. Betroffen davon sind die mehrgeschossigen Objekte in der Schiller-, Kammermayr- und Voglstraße (ehem. Steyr Daimler Puch AG u. Wohnbau 2000 Objekte).

Gemäß § 45 der OÖ. Bauordnung leg. cit. kann der Gemeinderat durch Verordnung bestimmte Gebiete zu Neuplanungsgebieten erklären, wenn ein Flächenwidmungs- oder Bebauungsplan für dieses Gebiet erlassen oder geändert werden soll und dies im Interesse der Sicherung einer zweckmäßigen und geordneten Bebauung erforderlich ist. Die Erklärung zum Neuplanungsgebiet hat die Wirkung, dass Bauplatzbewilligungen; Bewilligungen für die Änderungen von Bauplätzen und bebauten Grundstücken und Baubewilligungen, ausgenommen Abbruchbewilligungen, nur ausnahmsweise erteilt werden dürfen, wenn nach der jeweils gegebenen Sachlage anzunehmen ist, dass die beantragte Bewilligung die Durchführung des künftigen Flächenwidmungs- oder Bebauungsplanes nicht erschwert oder verhindert.

II.

Die Kundmachung der Verordnung erfolgt gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr 1992, LGBl. Nr. 9 idgF., im Amtsblatt der Stadt Steyr. Die Planunterlagen liegen vom Tage der Kundmachung an in der Fachabteilung für Baurechtsangelegenheiten sowie in der Fachabteilung für Stadtplanung und Stadtentwicklung des Magistrates der Stadt Steyr durch 2 Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Der Plan liegt auch nach Inkrafttreten während der Amtsstunden zur Einsichtnahme für jedermann auf.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Einstimmige Annahme. Ich danke dem Berichterstatter.

Wir sind am Ende unserer Tagesordnung. Wir haben heute Verhandlungsgegenstände in der Höhe von 643.000 Euro beschlossen, Kenntnisnahme von Beschlüssen in der Höhe von 27.000 Euro und das sind in Summe 670.000 Euro die heute beschlossen worden sind.

Ich wünsche einen schönen Abend und schließe die Sitzung.

ENDE DER SITZUNG: 18.15 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Ing. David Forstenlechner

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

MD-Stv. Präsidialdirektor
SR Dr. Gerhard Alphasamer

Gabriele Obermair

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

GR Mag. Stephan Keiler LL.M.

GR Roman Eichhübl